



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Verband der bayerischen Bezirke in Bad Gögging:

Gesellschaft ohne Barrieren

Unter dem Motto „Zukunft der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung im Lichte der UN-Konvention“ tagte in Bad Gögging die Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke. Vor rund 200 Teilnehmern hob Verbandspräsident Manfred Hölzlein in seinem Tätigkeitsbericht hervor, dass die Bezirke und der Verband hinter der Zielsetzung der UN-Konventionen stünden, die die Lebenssituation behinderter Menschen grundlegend verbessern soll. Ziel sei die Schaffung einer Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen von Anfang an ein Leben ohne Barrieren und Beeinträchtigungen führen können.

Hölzlein betonte, dass es bei der Umsetzung der UN-Konvention auf der Ebene der Bezirke bereits konkrete Erfolge gebe. So liege ein Eckpunktepapier für die Schaffung dezentraler Wohnstrukturen für Menschen mit Behinderungen vor. Dabei werde der Ausbau ambulanter Betreuungsangebote gefordert, um noch flexibler als bisher auf die Herausforderungen in diesem Bereich reagieren zu können.

Deutlich bezog der Präsident Stellung zur neu entbrannten Debatte um die Zuständigkeit in der Pflege. „Die Bezirke sind mit ihren hoch qualifizierten Sozialverwaltungen in der Lage, auch die Zuständigkeit für die ambu-

lante Hilfe zur Pflege zu übernehmen, sofern diese auf die dritte kommunale Ebene übertragen werden sollte – wobei dies kein Muss ist“, machte Hölzlein klar.

Fachkompetenz

Derzeit seien die Bezirke für mehr als 30.000 Menschen zuständig, die ein in Anspruch auf stationäre Hilfe zur Pflege haben. Dem stünden lediglich 6.200 Fälle der ambulanten Hilfe zur Pflege im Aufgabenbereich der Landkreise und kreisfreien Städte gegenüber. „Wir wären demnach mit einem Zuwachs von 6.200 ambulanten Fällen keineswegs überfordert.



Auf dem Podium der Verbandsversammlung in Bad Gögging: Dr Günther Denzler, Bezirkstagspräsident von Oberfranken, Ministerpräsident Horst Seehofer und Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke (v. l.).

Denn dass sich die Bezirke neuen Aufgaben im Sozialbereich fachkompetent und kostenbewusst stellen können, haben wir bei der ambulanten Eingliederungshilfe – und hier insbesondere bei der Frühförderung und der Offenen Behindertenarbeit – eindrucksvoll bewiesen“, erklärte Hölzlein.

Förderschulsystem

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die Zukunft des Förderschulsystems im Freistaat sagte Hölzlein für die Bezirke zu, dass diese „selbstverständlich

den jeweiligen Elternwillen respektieren werden, in welche Schule diese ihre von einer Behinderung betroffenen Kinder geben wollen.“ Gleichwohl sei es die Position der Bezirke, das bewährte Förderschulsystem auch in Zukunft beizubehalten. An den Freistaat Bayern appellierte Hölzlein, die Förderschulen personell zu stärken und zusätzlich Kräfte für den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst (MSD) bereit zu stellen.

„Die Bezirke prägen mit ihrer Arbeit das soziale und kulturelle Gesicht Bayerns und tragen zur (Fortsetzung auf Seite 4)

DStGB-Präsidiumssitzung in Berlin:

Energiewende und Zivildienst

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen, hat bei einer Präsidiumssitzung in Berlin darauf hingewiesen, dass die Energieversorgung der Zukunft dezentral und kommunal ist. Den Städten und Gemeinden komme eine Schlüsselrolle beim Ausbau der dezentralen Energieerzeugung und -versorgung unter verstärkter Nutzung der Potenziale der Erneuerbaren Energien zu.

Schäfer forderte die Bundesregierung deshalb auf, die Kommunen in den Entscheidungs- und Umsetzungsprozess der angestrebten Energiewende frühzeitig und umfassend einzubin-

den. Insbesondere beim Leistungsausbau zur Netzintegration der Erneuerbaren Energien sei die Planungshoheit der Städte und Gemeinden als bürgernächste Ebene zu stärken. In diesem

Energiewende:

Kommunale Positionen

Nach dem Energiegipfel und der Regierungserklärung von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer ist nach Auffassung von Bayerischem Städtetag, Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Landkreistag nunmehr deutlicher Handlungsbedarf gegeben. So ist laut Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl jetzt der Startschuss für die Energiewende gefallen. Der Verband fordert, dass ihm in der neuen „Task-Force“ (Entscheidungs-gremium für den Vollzug der Energiewende) ein Sitz zugesprochen wird. „Das entspricht der Schlüsselrolle der Kommunen“, sagte Brandl.

„Vor uns liegt ein Berg von Aufgaben. Was wir jetzt brauchen ist Beratung, Beratung und nochmals Beratung unserer Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen“, meinte Brandl. Gerade den vielen kleinen Gemeinden müssten so schnell wie möglich qualifizierte Energieberater zur Seite gestellt werden. „Der effizienteste Weg ist, die bestehenden Einrichtungen, besonders die kommunal getragenen Energieagenturen, für den zu erwartenden Beratungsansturm fit zu machen.“ Für diese Fachleute brau-

che es eine Qualitätssicherung. Ihre Hauptaufgabe werde sein, den Gemeinden dabei zu helfen, unter Einbindung der Bürger Energieleitpläne aufzustellen, um den richtigen örtlichen Erzeugungsmix hin zu bekommen. Brandl: „Nur so kriegen wir die erforderliche Akzeptanz.“

Vernünftige Standards

Für die Energieleitpläne seien vernünftige Standards erforderlich. Außerdem brauche es eine staatliche Handreichung für die Genehmigung der verschiedenen Energiegewinnungsanlagen, um Klarheit bei den Genehmigungsbehörden zu schaffen. Dagegen könne es bei der energetischen Sanierung der kommunalen Ge- (Fortsetzung auf Seite 2)

Bayerischer Städtetag in Bad Reichenhall:

Lokal handeln - Klimaschutz in der Stadt

Die Folgen des Klimawandels sind alltäglich zu sehen: Vor der bayerischen Haustüre sind Überschwemmungen oder Berggrutsche, weltweit sind Flutwellen in Asien, Dürren in Afrika oder Wirbelstürme in Amerika ein Indiz für den Klimawandel. Vor Ort stellt sich die Aufgabe, die Folgen des Klimawandels bewältigen: Kommunen müssen sich auf den Klimawandel einstellen und versuchen, den Klimawandel zu bremsen. Der Bayerische Städtetag behandelt das Thema am 20. und 21. Juli in Bad Reichenhall unter dem Motto „Lokal handeln - Klimaschutz in der Stadt“. Der Titel zeigt, dass Klimaschutz auch eine Aufgabe der Kommunen ist. Klimaschutz ist aber keine alleinige kommunale Aufgabe. Klimaschutz muss global angepackt werden, wobei sich die lokale Ebene tatkräftig beteiligt. Die lokale Ebene ist nicht auf das Kommunale zu reduzieren. Betroffen sind Wirtschaft, Privathaushalte, Kommunen, Land und Bund. Die Handlungsfelder sind reichhaltig und ineinander verwoben.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Auch dieses Jahr fand das GZ-Energieforum „Power für Bayerns Kommunen“ wieder im Gar-chinger Bürgerhaus statt. Weit über 300 Bürgermeister, Landräte und kommunale Angestellte besuchten die Veranstaltung und informierten sich an Ständen und in Vorträgen über die neuesten Entwicklungen. Eine ausführliche Dokumentation der Veranstaltung veröffentlichen wir im Internet sowie in der nächsten Ausgabe (Nr. 14) der Bayerischen Gemeindezeitung.

Zusammenhang forderte der Präsident einen finanziellen Ausgleich für besonders vom Ausbau der Energieinfrastruktur betroffene Städte und Gemeinden.

Sanierung

„Der verstärkten Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz kommt bei der Einhaltung der Klimaschutzziele eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere die energetische Sanierung im Gebäudebestand ist ohne eine massive Aufstockung der öffentlichen Förderung nicht zu leisten“, betonte Schäfer. Allein mehr als 170.000 öffentliche Gebäude seien in der Hand der Kommunen. Der DStGB-Chef plädierte für einen Umbau der Energieversorgung mit Augenmaß. Energie müsse (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Mit der Einführung des Freiwilligendienstes ist das persönliche Engagement in der Übergangszeit vom Jugendlichen zum Erwachsenen keine lästige Pflicht mehr, sondern eine bewusste Entscheidung. Der Bürgermeister ist davon überzeugt, dass damit wichtige Erfahrungen und soziale Kompetenzen erworben werden. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Fahrplan zur Energiewende	2
Zukunftsrat-Expertise: Misstrauen hält an	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Botschaft des ländlichen Raumes	3
Fördergeld: Vorschriften vereinfachen	3
Sudetentag: Mauer des Schweigens durchbrochen	4
Sonderdokumentation: Der Bundeshaushalt 2011	5
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	6-11
Abfall · Umwelt	11-15
Aus den bayerischen Kommunen	15-20

Fahrplan zur Energiewende

Koalition steht zum „Aufbruch Bayern“

Bis spätestens 2022 von der Kernenergie in das Zeitalter der erneuerbaren Energien umzusteigen, bleibt das Ziel in Bayern. Ministerpräsident Horst Seehofer sieht nach Spitzengesprächen mit relevanten Vertretern von Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zum Naturschutz in der Staatskanzlei den bereits fest ins Auge gefassten Aktionsplan für den Umstieg als „Teil unserer Zukunftsstrategie Aufbruch Bayern“ bestätigt und mit Einschaltung einer „Energieagentur Energie innovativ“ machbar. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Kommunen. Mit den Vorsitzenden von Städte-, Gemeinde- und Landkreistag hatte er zunächst verhandelt, um deren entscheidende Mitwirkung zu betonen. Sie verwiesen bei aller Zustimmung auf die hohen finanziellen Belastungen und örtliche Umstiegsprobleme.

Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger erachtete die Kraft-Wärme-Kopplung als effizienteste Technologie zur Energienutzung. Hier sei eine Förderung bis 2025 erforderlich. Nur so könne diese Form der Stromerzeugung von heute 25% auf 50% ansteigen. Dr. Jakob Kreidl (Landkreistag) fordert, den Netzausbau nicht nur auf die städtischen Förderzentren zu konzentrieren. Dem Gemeindetag, so Energiereferent Stefan Graf, wäre es am liebsten, wenn neue Energieanlagen von Genossenschaften, in Stiftungsmodellen oder direkt mit gemeindlicher Beteiligung gebaut werden. Für die Wirtschaft verlangte Verbandspräsident Randolf Rodenstock einen Investitionsplan, um die Milliarden zu finanzieren, die der Umstieg kosten werde. Die Vertreter der vier bundesweiten Spitzenunternehmen der Energiewirtschaft legten sich vor allem bei den Kosten nicht fest. Lediglich von E.ON wurde eine gewisse Mittelstellung nicht ausgeschlossen.

Neues Zeitalter

Der Ministerpräsident zog in einer Regierungserklärung im Landtag das Fazit, es seien beachtliche Herausforderungen zu bewältigen. Alle Gesprächspartner seien bereit zum Aufbruch in ein neues Energiezeitalter. Eine Generalantwort zu den aufgeworfenen Fragen gebe es freilich nicht. Um die Arbeit der Akteure zu koordinieren, werde mit allgemeiner Zustimmung die Agentur „Energie innovativ“ gegründet unter Leitung von Wirtschaftsminister Martin Zeil. Er hat bislang seine Skepsis zum Zeitplan des Aus- und Umstiegs nach außen deutlich, intern auch kontrovers

geäußert und will einen Energieeffizienzpakt zwischen Staat, Wirtschaft und auch Bürgern schließen. Die Energieagentur soll keine neue Behörde sein, mit den bestehenden regionalen Initiativen zusammenarbeiten und für landesweite Koordinierung sorgen. Seehofer, der die Energiewende zur Chefsache erklärt hatte, kündigte an, unter seiner Führung werde mit allen Teilnehmern des Energiegipfels mindestens einmal jährlich die Umsetzung der Energiewende überprüft.

Ohne Hintertürchen

Erstmals nannte er Termine für die Abschaltung der nach der Stilllegung von Isar 1 in Bayern noch arbeitenden AKW's. 2015 sollen Grafenrheinfeld, 2017 und 2021 die Blöcke B und C von Gundremmingen (Block A ist längst außer Betrieb) und zuletzt 2022 Isar 2 abgeschaltet werden. „In elf Jahren ist kein Kernkraftwerk mehr am Netz, verlässlich und ohne Hintertürchen“. Strom solle sicher und bezahlbar bleiben. Der bayerische Weg sei Modell für Bund und Länder.

Zäsur von Fukushima

Die Regierungserklärung hatte der Ministerpräsident mit dem Eingeständnis begonnen, seit der Katastrophe von Fukushima schätze er das Restrisiko der Kernkraft „anders ein als vor einem Jahr“ - was die Opposition mit Hohngelächter quittierte. SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher spottete, Seehofer sei „der schnelle Brüter aus Ingolstadt“. Die Wende zur Umkehr binnen Jahresfrist sei nicht bessere Einsicht. „Das Motiv war Machtinstinkt.“ Da sich die CSU

jedoch jetzt zur Generallinie bekenne, die SPD und auch Grüne seit Jahrzehnten verfochten, werde die SPD kritisch und konstruktiv an der Umsetzung des neuen Konzepts mitarbeiten. Dazu wird es eine eigene Kontrollkommission des Landtags geben. Die Oppositionsforderung, einen eigenen beschlussfähigen Ausschuss zu schaffen, wurde von der Koalition abgelehnt.

Regionalität

Grünen-Fraktionsvorsitzender Dr. Martin Runge äußerte bei aller Bereitschaft, den Wandel mit zutragen, deutliche Zweifel, dass die schwarz-gelbe Staatsregierung „die Kraft und die Kompetenz hat, hier wirklich Nägel mit

Köpfen zu machen“. Die Grünen würden darauf drängen, „dass die Energiewende in Bayern ein echter Aufbruch wird“. Hubert Aiwanger, Fraktionschef der Freien Wähler, legte besonderen Wert auf die Regionalität des Umstiegs. Kommunen und Bürger seien einzubeziehen.

Die FDP verzichtete nach der Stellungnahme ihres Wirtschaftsministers auf eine weitere Aussage. Für die große Regierungsfraktion dankte Georg Schmid dem Ministerpräsidenten für entschlossenes und konsequentes Handeln. Im Gegensatz zur Opposition „haben CSU und Staatsregierung ein schlüssiges Konzept erarbeitet“. Man dürfe sich jetzt nicht „in parteitaktisches Klein-Klein verlieren“. **rm**

Kommunale...

(Fortsetzung von Seite 1) bäude nicht bei Ratschlägen bleiben. Soll die Sanierungsquote tatsächlich verdoppelt werden, bedürfe es eines neuen Investitionspakts zur energetischen Sanierung von Rathäusern, Schulen und sonstiger kommunaler Gebäude. „Auch hier muss die Staatsregierung entsprechende Fördermittel locker machen.“

Der Gemeindetag selbst sieht seine Aufgabe darin, jene Städte und Gemeinden zu unterstützen, die selbst Windkraft-, Photovoltaik-, Wasserkraftanlagen etc. errichten und betreiben wollen. Da eine gemeindliche Trägerschaft Garant dafür sei, dass die Gewinne wieder an die Bürgerschaft zurückfließen und auch Anlagen mit geringeren Renditen realisiert werden, bestehe hieran ein öffentliches Interesse.

Herausforderung

„Die Energiewende ist eine Herausforderung: Wir müssen ein modernes Energiesystem schaffen, das auf erneuerbare Energien und eine dezentrale Energieversorgung setzt. Kommunale Energieversorger und Stadtwerke waren hier schon frühzeitig innovativ auf dem Weg. Sie waren bereits mitten im Umstellungsprozess auf erneuerbare Energien mit einer Fülle an dezentralen Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, Wasserkraft, Windkraft oder Photovoltaik. Ohne Stadtwerke ist die Energiewende nicht zu meistern, ohne die Vielfalt dezentraler kommunaler Kraftwerke wird es nicht funktionieren“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger.

Die kommunalen Versorger benötigen passende Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Investitionen, um die regenerative Energiegewinnung ausbauen zu können. Schaidinger verwies daher auf die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung: „Der weitere Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung muss gesichert werden, sie ist wegen ihres hohen Wirkungsgrads die effizienteste Technologie zur Energienutzung.“ Notwendig sei eine Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes, um die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung über 2016 hinaus fortzuführen und bis 2025 zu verlängern. Nur so könne das Ziel erreicht werden, dass der Kraft-Wärme-Kopplungs-Anteil an der Stromerzeugung von heute 15 Prozent auf 25 Prozent ansteigt.

Schaidinger nannte einen weiteren Aspekt, nämlich die Planung und Genehmigung von regenerativen Energie-Anlagen: „Wir müssen Möglichkeiten finden, damit regenerative Energiegewinnung leichter zu realisieren ist. Genehmigungsverfahren für Windräder, Photovoltaikanlagen und Wasserkraftanlagen sollen erleichtert werden.“ Die Beschleunigung der Verfahren könne durch eine gezielte vorberei-

tende Planung (zum Beispiel im Flächennutzungsplan) erreicht werden, in die bereits die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Abwägungsprozesse integriert sind. Die Städte und Gemeinden seien bei dieser Aufgabe durch den Staat finanziell zu unterstützen.

Energieeffizienz

Darüber hinaus verwies der Vorsitzende auf die Notwendigkeit, die Energieeffizienz zu steigern: „Städte und Gemeinden nehmen bereits jetzt im Rahmen ihrer Möglichkeiten freiwillig eine Vorbildrolle bei der energieeffizienten Gebäudesanierung ein. Die energetische Sanierung im Gebäudebestand erfordert erhebliche und verstetigte finanzielle Mittel. Der Bund und die Länder müssen die bestehenden Förderprogramme deutlich aufstocken und teilweise neue Förderprogramme einrichten.“ Insbesondere müssten die Finanzmittel des CO2-Gebäudesanierungsprogramms von den derzeit vom Bund angedachten 1,5 Milliarden Euro pro Jahr auf jeweils 5 Milliarden Euro für die Jahre 2012 bis 2014 erhöht werden. Daneben sei ein Sonderprogramm für die Sanierung öffentlicher Liegenschaften aufzulegen.

Nach den Worten des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl tritt sein Verband beim Umbau der Energiesysteme vor allem die Belange des ländlichen Raums, da dieser zu erheblichen Teilen die mit Energiegewinnung und -transport verbundenen Belastungen trägt. Kreidl steht für den Ausbau eines dezentralen Energieversorgungsnetzes ein. In infrastruktureller Hinsicht fordert er, „den Netzausbau nicht nur auf die städtischen Ballungsräume zu konzentrieren; vielmehr seien Netze flächendeckend zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen.“

Eigeninitiative

Präsident Kreidl plädiert außerdem dafür, dass die Kommunen beim Bau von Windrädern und Solaranlagen die Weichenstellungen selbst vornehmen. Ungeachtet der höheren Netzkosten dürften die Energiepreise im ländlichen Raum das Energiepreisniveau in städtischen Ballungsräumen grundsätzlich nicht übersteigen.

Der Bayerische Landkreistag unterstützt alle Programme, die den Anteil an erneuerbaren Energien erhöhen. Gleichzeitig müssten die energetischen Potenziale der Abfallentsorgungsanlagen genutzt werden. Diese zurück gewonnene Energie müsse den erneuerbaren Energien gleichgestellt werden. Der Verband begrüßt alle Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Energieeinsparung, „denn die beste Energie ist diejenige, die eingespart wird und gar nicht erst produziert werden muss“, so Kreidl. **DK**

Abfallwirtschaft:

Weiter in kommunaler Regie

CSU und Opposition gegen weitere Liberalisierung FDP verärgert

In Kampfabstimmung hat der Landtag die Staatsregierung aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass den Kommunen im neuen Abfallrechtsgesetz die Selbstbestimmung erhalten bleibt und bewährte Entsorgungssysteme nicht weiter liberalisiert werden. SPD und Freie Wähler hatten sinngemäß gleiche Dringlichkeitsanträge eingereicht, die in den Koalitionsfraktionen teils auf Zustimmung, teils auf Ablehnung stießen. Die CSU war mehrheitlich für Zustimmung, die FDP für Ablehnung. Das Resultat waren in namentlichen Abstimmungen 81 und 58 Stimmen für die Oppositionsanträge, bei zahlreichen Stimmenthaltungen aus der Koalition, Regierungs-, und Koalitionsspitzen bemühten sich umgehend darum, den neuen Zwist herunterzuspielen.

An der Koalition bestehe kein Zweifel, versicherte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). Wechselnde Mehrheiten seien jedoch immer eine Gefahr. Sein Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), forderte die CSU auf, schnellstens zur Koalition zurückzufinden. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid (CSU) erklärte nach einem Gespräch mit seinem Pendant Thomas Hacker (FDP), „die Dinge sind ausgeräumt“, während Hacker seinem Unmut über die CSU Ausdruck gab. Man habe erwartet, dass die CSU sich gemäß Koalitionsvereinbarung dem Votum des Partners anschließen werde.

Im SPD-Antrag wurde die Staatsregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass den Kommunen nicht die Abfallströme entzogen werden, für die sie bisher verantwortlich waren und wofür ihre Entsorgungsanlagen ausgerichtet seien. Städte und Gemeinden wüssten am besten, wie eine Kreislauf- und Abfallwirtschaft zu erreichen seien. Dazu bräuchten sie keine bundeseinheitliche Regelung. In diesem Sinn nahm Ludwig Wörner (SPD) federführend Stellung. Für die Freien Wähler verwies Dr. Hans Jürgen Fahn darauf,

dass sich diesbezüglich alle kommunalen, Spitzenverbände einig seien und dass das bewährte kommunale Entsorgungssystem „nicht auf dem Altar der Liberalisierung geopfert werden darf“. Wenn Private die Oberhand gewannen, sei eine ökologisch schonende Beseitigung des Restmülls in Gefahr. Hier müsse Gemeinwohl vor Profit stehen.

Für die CSU mahnte Markus Blume, seriös zu bleiben. Man habe im Umweltausschuss ausführlich diskutiert und die Dinge seien im Bundesrat auf einem guten Weg. Grundsätzlich seien die Dringlichkeitsanträge richtig und das Anliegen werde genau so gesehen. Die CSU stehe in der Abfallwirtschaft an der Seite der Kommunen. Tobias Thalhammer, (FDP) war zurückhaltender. Es gehe um die Abwägung zwischen Wertstoff und Hausmüll, zwischen Öffentlich-rechtlichen und privaten Unternehmen im Sinne eines freien und fairen Wettbewerbs. Seine Partei sei noch in der Phase der Meinungsbildung. Deswegen seien die Anträge abzulehnen. Das war für die CSU das Signal, teilweise den beiden Oppositionsanträgen zuzustimmen oder sich der Stimme zu enthalten. **rm**

Zukunftsrats-Expertise:

Misstrauen hält an

Alle Fraktionen im Landtag in Sorge um den Ländlichen Raum

Die im Auftrag der Staatsregierung im Dezember letzten Jahres vorgelegte Expertise des Zukunftsrates, das Schwergewicht der Landesentwicklung auf die Metropolregionen zu legen, sorgt weiter für Unruhe und Widersprüche. Auf Initiative der Grünen betonten im Plenum erneut Sprecher aller Fraktionen ihre Skepsis oder Ablehnung der Expertise. Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber (CSU) versicherte unter Bezug auf wiederholte Erklärungen von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), die Entwicklung des Ländlichen Raumes bleibe wesentlicher Teil der Politik. An den verfassungsmäßig gesicherten „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ in ganz Bayern werde nicht gerüttelt. Der Zukunftsrat sei keine Nebenregierung, die Entscheidungen treffen könne.

Zukunftsratsvorsitzender Prof. Herbert Henzler und andere Mitglieder des Gremiums hatten wiederholt betont, es gehe auch um die Auswirkungen der Ballungszentren auf den ländlichen Raum. Das beruhigte die Politiker ebenso wenig wie auch die kommunalen Spitzenverbände. Das Plenum hatte Anfang Februar einen CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag mit dem Tenor angenommen, die Politik für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern konsequent fortzusetzen.

In der abermaligen Plenardiskussion befand Alexander König (CSU), der Zukunftsrat habe teilweise „sehr geirrt“. Die Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen wiederholten auch Christoph Rabenstein (SPD) und Thomas Mütze (Grüne). Thomas Dechant (FDP) befürchtete indessen, es werde auch bei hohem Einsatz von Haushaltsmitteln nicht möglich sein, im ganzen Land gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Die Freien Wähler stellten neue der Plenardebatte - die ohne neue Abstimmung blieb - ein eigenes

Gegengutachten zur Zukunftsrats-Expertise vor. „Der Trend geht in die regionale Ebene“, fasste Prof. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, den Inhalt des Gutachtens zusammen. Es teilt den Freistaat in drei Kategorien ein: Strukturstarke Räume, Mischräumen und Räume mit flächiger Strukturschwäche.

Alexander Muthmann, der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, wertete die Studie als klare Alternative zur Zukunftsrats-Expertise. Wichtigste Konsequenz sei, den Regionen und Kommunen mehr Eigenverantwortung zu geben. Seine Fraktion hat „zehn Strategien“ dazu entwickelt. Mehr Eigenverantwortung bringe auch mehr innovative Ideen. Die in verschiedenen Ministerien zersplitterte staatliche Unterstützung müsse künftig „aus einer Hand“ erfolgen. Für die SPD teilte Anette Karl mit, diese Strategien stimmten überwiegend mit den eigenen Vorstellungen überein. Allerdings blieben sie an einigen Stellen zu vage. **rm**

Wir gratulieren	
ZUM 65. GEBURTSTAG Bürgermeister Werner Pfadler 97258 Gollhofen am 18.7. Bürgermeister Reinhold Kuhn 97337 Dettelbach am 23.7.	Bürgermeister Georg Vonbrunn 96264 Altenkunstadt am 23.7. Bürgermeister Klaus Fließ 86932 Pürgen am 24.7.
ZUM 60. GEBURTSTAG Bürgermeister Richard Gaßner 92245 Kümmersbrück am 15.7. Bürgermeister Peter Flach 82237 Wörthsee am 19.7. Bürgermeister Peter Neubert 97493 Berggrünfeld am 21.7. Bürgermeister Ottmar Hirschbichler 94522 Wallersdorf am 21.7.	ZUM 50. GEBURTSTAG Bürgermeister Josef Scharf 84166 Adlkofen am 15.7. ZUM 45. GEBURTSTAG Bürgermeister Lothar Müller 95703 Plößberg am 15.7. Bürgermeister Klaus Löffler 96361 Steinbach a. Wald am 16.7. Bürgermeister David Schneider 91469 Hagenbüchach am 21.7. Bürgermeister Anton Freudenstein 94148 Kirchham am 25.7.
ZUM 55. GEBURTSTAG Bürgermeisterin Annemarie Detsch 82152 Planegg am 18.7.	ZUM 40. GEBURTSTAG Bürgermeister Martin Behringer 94169 Thurmansbang am 25.7.
Hinweis in eigener Sache: Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.	

Bayerischer Archivtag in Neu-Ulm:

Verantwortung für das kulturelle Erbe

Auszeichnung für Schwandorfer Archiv

Ein reiches Erbe wird gerne angetreten – und dass in den Archiven des Staates, der Kommunen, der Kirchen und vieler weiterer Institutionen ein reiches kulturelles Erbe verwahrt wird, steht außer Zweifel. Um es unversehrt an die nachfolgenden Generationen weitergeben zu können, ist es jedoch von größter Bedeutung, dass die Unikate erhalten werden. Daher muss auch – wie das Beispiel des Stadtarchivs Köln gezeigt hat – für den nie auszuschließenden Notfall geplant werden.

Der 7. Bayerische Archivtag widmete sich den zentralen Fragen der Erhaltung von Archivgut und der Notfallplanung in Archiven. Rund 200 Archivarinnen und Archivare aus Bayern und den benachbarten Regionen diskutierten diese zentralen Themen zum Erhalt des kulturellen Gedächtnisses in Neu-Ulm.

Prof. Dipl.-Restaurator Erwin Emmerling, Inhaber des Lehrstuhls für Restaurierung, Kunsttechnologie und Konservierungswissenschaft an der Technischen Universität München, führte mit seinem Vortrag zur „Präventiven Konservierung“ – Anmerkungen zu einem „neuen“ Begriff – in das Thema der Tagung ein. Wie Dr. Maria Rita Sagstetter vom Staatsarchiv Amberg ausführte, umfasst Bestandserhaltung im Archiv ein Paket von Maßnahmen, die es sinnvoll aufeinander abzustimmen gilt.

Schadensprophylaxe

Der Schadensprophylaxe, häufig auch als „passive Konservierung“ umschrieben (im Unterschied zur kostenintensiven „aktiven“ Instandsetzung bei bereits eingetretenen Schäden), komme dabei als wirkungsvollster und wirtschaftlichster Maßnahme zur Erhaltung von Archivgut grundlegende Bedeutung zu. Nachdem sie nahezu alle Bereiche der Archivarbeit tangiert, erfordere sie vom Archivar Problembewusstsein, Kenntnis der Schadensfaktoren und Risiken sowie Achtsamkeit und Sorgfalt im täglichen Umgang mit den Archivalien, wozu auch die Benutzererziehung anzuhalten seien.

Aus der Vielzahl der konservatorischen Anforderungen und möglichen Lösungen, die zur Schadensvermeidung bzw. Schadensbegrenzung beitragen können, griff Sagstetter schwerpunktmäßig drei Aufgabenbereiche heraus: Sie präsentierte Grundregeln, die es hinsichtlich einer sachgerechten Aufbewahrung von Archivgut (Klimakontrolle und Klimaregulierung, Schimmelprophylaxe, Brand- und Wasserschutz), einer geeigneten Verpackung sowie eines verantwortungsvollen und schonenden Umgangs mit den Originalen bei der Nutzung (inklusive Ausheben und Reponieren) zu beachten gilt, gab einige Empfehlungen für technische und organisatorische Vorkehrungen und bot Hinweise auf wichtige einschlägige Normen, Richtlinien und Handreichungen, die in Druckform bzw. im Internet zugänglich sind.

Notfallplanungen

Dr. Bettina Schmidt-Czaia vom Historischen Archiv der Stadt Köln wies darauf hin, dass nach dessen Einsturz im Jahr 2009 die Arbeiten an der Beständezusammenführung der völlig in Unordnung geratenen Archivalien und die Restaurierung angelaufen sind. Bereits vor dem Einsturz habe es seitens des Archivs und der Berufsfeuerwehr Köln im Rahmen einer Fortbildung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) erste Überlegungen für eine Notfallplanung

gegeben. Der Hauseinsturz mit Schäden am Archivgut sei jedoch keines der angedachten Notfallszenarien gewesen.

Barcodierung

Aus den Erfahrungen von Bergung und Erstversorgung ließen sich nunmehr zehn Gebote für die Notfallversorgung herleiten, die unter anderem regelmäßige Notfallübungen, die Sorge um sofortige Verpackung und Barcodierung neuen Archivgutes und die sofortige Erschließung bei Übernahme beinhalten. Auch wurde von Schmidt-Czaia die veränderte Rolle der Digitalisierung und des Webauftritts sowie die Rolle der Findmittel- und

Fördergeld:

Vorschriften vereinfachen

Landtagsanhörung der Kommunen und Ministerien Alle Fraktionen für Durchforstung des Dickichts

Das Dickicht der Vorschriften und Richtlinien für die Verwendung staatlicher Zuschüsse in den Kommunen zu durchforsten, hat sich der Kommunalausschuss des Landtags zur Aufgabe gestellt. Dies nach einer Anhörung der von Sprechern der kommunalen Spitzenverbände einerseits sowie der zuständigen Ministerialreferenten und nicht zuletzt des Obersten Rechnungshofes andererseits. Sie zeigten Verständnis für die Schwierigkeiten in den Kommunen, beriefen sich aber auf ihre Pflichten auf Grund von Landes-, Bundes- und EU-Richtlinien. Hier gelte es einzugreifen, waren sich letztlich alle einig.

Die Vielzahl der Fördermöglichkeiten solle dringend bei einem Ansprechpartner bei den Regierungen gebündelt werden, forderte der Städtetag in einer schriftlichen Stellungnahme des Vorsitzenden Hans Schaidinger. Alle Versuche zum Bürokratieabbau seien bisher im Sande verlaufen. Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl sprach von undurchschaubarem Förderwesen. Die Bürgermeister Jürgen Seifert (Prien am Chiemsee) und Johannes Wegner (Markt Maßbach) sowie Stadtkämmerer Harald Riedel aus Nürnberg belegten ihre Ärgernisse und Nöte mit zahlreichen Beispielen; von der Sanierung von Kanal- und Wasseranlagen über Bauzuschüsse bis zur Straßenbeleuchtung.

Mehr Freiheit

Hier müsse den Kommunen mehr Freiheit in der Verwendung der staatlichen Gelder gelassen werden. Die Praxis seien kleinliche Vorschriften und Fördergrenzen, vor allem aber die vielfach verspätete Zahlung der gewährten Mittel, was die Gemeinden in Zahlungsschwierigkeiten bringe. Die Mindeststandards müssten weitgehend gesenkt oder den örtlichen Verhältnissen angepasst werden.

Komplizierte Bearbeitung

Wie kompliziert die Bearbeitung und Bewilligung von Förderanträgen bereits auf Landesebene ist, zeigte sich im Ausschuss darin, dass Fachreferenten des Finanz-, Innen-, Sozial-, Landwirtschafts- und Umweltministeriums Stellung nahmen. Sie beriefen sich auf die Vor-

Mikrofilmdigitalisierung im Zusammenhang mit Notfallvorsorge thematisiert.

Im Rahmen der Bayerischen Archivtage wurde dem Schwandorfer Oberbürgermeister Helmut Hey ein renommierter Anerkennungspreis verliehen – „Der Bayerische Janus 2011“. Mit der Auszeichnung würdigte das Bayerische Wissenschaftsministerium die Verdienste des OB „um das Archiv seiner Stadt“. Für dessen Ausbau habe der OB „großes persönliches Engagement gezeigt“, unterstützt durch eine Förderung mit Mitteln aus dem Kulturfonds.

Mittlerstellung

Den Preis, eine Kleinplastik, die durch ihren Bezug auf den doppelköpfigen römischen Gott Janus die Mittlerstellung der Archive zwischen Vergangenheit und Zukunft symbolisiert, schuf die ortsansässige Künstlerin Dorothee Herrmann. **DK**

Liebe Leserinnen und Leser!

„Vom reinen Verwaltungsgeschehen zur Botschaft des ländlichen Raums“ – diese Wandlung hat der Bayerische Landkreistag vollzogen. Obwohl sich der Landkreistag im Zentrum Münchens befindet und als kommunaler Spitzenverband die 71 bayerischen Landkreise vertritt, fristete das Gebäude bisher eher ein Schattendasein.

Das hat sich nun gravierend geändert: Nach umfangreichen Sanierungsmaßnahmen erstahlt der Bau in neuem Glanz und transportiert damit sein Selbstverständnis als Repräsentanz der bayerischen Landkreise und Botschaft des ländlichen Raumes auch nach

Botschaft des ländlichen Raumes

außen. Im Foyer des Erdgeschosses besteht seit Kurzem für die bayerischen Landkreise die Möglichkeit, sich mitten in der Metropole München der Öffentlichkeit im Rahmen einer Ausstellung zu präsentieren.

Den Auftakt machte der Landkreis Regen mit dem Thema „Demographischer Wandel – Folgen, Ziele, Maßnahmen und Forderungen“. Nun folgt der Landkreis Mühldorf mit dem Motto „Natur und Lebensqualität im Landkreis Mühldorf a. Inn – wo sonst?“. Im Rahmen dieser Ausstellung zeigt der Landkreis sein Regionales Entwicklungsfeld „Natur und Lebensqualität“ mit dem Schwerpunkt Klimaschutz und Energieeinsparung.

Verfolgt man die öffentliche Debatte, ist gerade dieses Thema, das den Landkreis Mühldorf bereits seit längerem beschäftigt, aktueller denn je. Als wir die Ausstellung planten, war an einen schnellen Atomausstieg noch nicht zu denken. Heute ist die öffentliche Wahrnehmung eine ganz andere, und doch hat sich an der Ausgangssituation nicht viel geändert. Damals wie heute ist es das gesamtgesellschaftliche Ziel, eine sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energiever-

fach durch eine Postkarte als beendet erklärt werden, rief heftigen Protest hervor. Er entschuldigte sich für seine Formulierungen, die im Kern aber richtig seien. Auch der Rechnungshof sieht zwecks Vereinfachung Handlungsbedarf auf allen Ebenen.

Koordinierung

Ausschussvorsitzender Joachim Hanisch und Bernhard Pohl (beide FW) begrüßten die von allen Referenten geforderte Vereinfachung und vor allem Koordinierung der Vorschriften in München, Berlin und Brüssel. Die Anhörung sei hier sehr hilfreich gewesen. Das Fazit sei, „wir haben alle Hausaufgaben zu machen, Legislative und vor allem die Exekutive“. Dies werde man in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden tun. Die Anhörung war auf Initiative der Freien Wähler anberaumt worden. Reinhold Perlak (SPD) hatte die Aussprache zwar aber das Resümee gezogen, wirklich neue Erkenntnisse habe es nicht gegeben. Er forderte, eine interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft für die Durchforstung des Vorschriften Dickichts zu bilden. Christine Kamm (Grüne) forderte insbesondere, Standard-Zuwendungen nach den örtlichen Voraussetzungen zu gewähren. Die kommunale Selbstverwaltung müsse gestärkt werden.

Manfred Ländner (CSU) bestätigte, es gebe regelrecht Angst vor dem Obersten Rechnungshof. Auch er war der Meinung, die Anhörung sei notwendig gewesen. Landtagsvizepräsident Jörg Rohde (FDP) forderte als Ausschussmitglied, die Bagatelengrenzen für Zuschüsse zu ändern. Gäbe es weniger einzelne Programme, gäbe es auch weniger hinderliche Kompetenzgrenzen. **rm**

Kolumne Georg Huber



sorgung sicherzustellen. Und gerade hier sind einmal mehr die Kommunen vor Ort gefragt. Denn es ist nicht alleine die große Bundes- oder Landespolitik, in der wichtige Entscheidungen getroffen werden. Es sind die Landkreise, und in den Landkreisen wiederum die Städte und Gemeinden, die die Lebensbedingungen und damit die Lebensqualität der Menschen unmittelbar beeinflussen.

Das gilt unter anderem auch besonders stark im Energiebereich. Hier sind dezentrale, regionale Lösungen gefragt. Dabei muss uns eines bewusst sein: Eine Energiewende ohne Veränderung unserer bisherigen Lebensgewohnheiten wird es nicht geben.

Wir haben nur eine Chance, die Energiewende und somit auch den Klimaschutz zu meistern, wenn wir alle Energiearten nutzen - von der Wasserkraft, Sonnenenergie, Biogas bis zur Windenergie. Um die Menschen zu sensibilisieren und mitzunehmen, bedarf es jedoch noch vieler öffentlicher und transparenter Diskussionen und Gespräche. Der Landkreis versteht sich auch hier als Dienstleister und plant neben der weiteren Dynamisierung unseres Energieatlases nun auch die Erstellung eines regionalen Windatlases.

Damit soll der bayerische Windatlas auf die Gegebenheiten des Landkreises abgestimmt und konkretisiert werden, indem die Flächen, die sich für den Bau von Windrädern eignen, genauer untersucht und dargestellt werden. Der regionale Windatlas soll bis Herbst fertig sein und unseren Städten, Märkten und Gemeinden als Entscheidungshilfe in ihrer Selbstverwaltung dienen.

Neben dem Schwerpunktthema Energie mit den Unterpunkten Energieatlas, Klimaschutzfahrplan, Regionale Energie GmbH, Geothermie sowie Energie aus Abfall werden auch die touristischen Vorzüge des Landkreises Mühldorf im Rahmen der Ausstellung präsentiert.

So hoffen wir, dass möglichst viele die Ausstellung besuchen und sich ein Bild über die Natur und die Lebensqualität im familienfreundlichen Landkreis Mühldorf a. Inn und dem ländlichen Raum an sich machen. Die Ausstellung dauert von Mitte Juli bis Ende September.

Ihr Georg Huber

Sommerempfang der Handwerkskammer:

„Mit Energie sparsamer und effizienter umgehen“

„Der Blick zum Himmel – ob besorgt oder hoffnungsvoll – gehört in unseren Breiten zu jeder Freiluftveranstaltung dazu“, begann Präsident Heinrich Traublinger, MdL a. D., seine Rede beim Sommerempfang der Handwerkskammer. „Vielleicht werden wir aber künftig noch häufiger zum Himmel schauen und noch intensiver den Wetterbericht verfolgen. Nach den ehrgeizigen Beschlüssen für eine Energiewende wird in wenigen Jahren die Energieversorgung in Deutschland entscheidend von Sonne und Wind abhängen.“ Die gesteckten Ziele seien nur erreichbar, wenn Energie sparsamer und effizienter verbraucht werde als bisher, betonte der Kammerpräsident.

„Die billigste Energie ist die, die wir nicht erzeugen müssen. Das Handwerk bietet hierzu Produkte und Dienstleistungen an, zum Beispiel in der Gebäudesanierung. Jetzt müssen rasch Rahmenbedingungen geschaffen werden, um dieses Potenzial voll zur Entfaltung zu bringen.“ Um den ambitionierten energiepolitischen Zielen näher zu kommen, sei insbesondere die Bereitstellung der Infrastruktur durch den Ausbau der Stromnetze und die rasche Verwirklichung leistungsfähiger Stromspeicher erforderlich, betonte Traublinger und dankte Ministerpräsident Horst Seehofer für die Einladung des Handwerks zum „Energiegipfel“, bei dem über die Zukunft der Energieversorgung diskutiert wurde.

Fachkräfteversorgung

Ein weiteres Augenmerk des Handwerks liege auf der Versorgung mit Fachkräften, so der Kammerpräsident: „Schon heute können unsere Betriebe viele Arbeits- und Ausbildungsplätze nicht besetzen. Mit unserer bundesweiten Imagekampagne und

unserer bayerischen Nachwuchskampagne „Macher gesucht“ haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. Wir brauchen aber auch Unterstützung durch eine Politik, die auf der Überzeugung fußt, dass der qualifizierte Handwerker genauso wichtig ist für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist, wie der Akademiker.“

Hilfe zur Selbsthilfe

Weiter kritisierte Traublinger, dass immer neue Milliarden des Steuerzahlers für die verschuldeten EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden: „Verstehen Sie mich nicht falsch: Das Handwerk braucht einen stabilen Euro. Wir haben aber immer schon ‚Nein‘ gesagt zu einer europäischen Transfunion. Wie bei jedem verschuldeten Unternehmen muss zuerst der eigene Laden in Ordnung gebracht werden, ehe neue Kredite ausgeben werden. Eigenverantwortung ist die Voraussetzung, dass Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden kann. Keinesfalls dürfen nicht tragfähige Strukturen auf Dauer subventioniert werden.“ □



Von Tausenden gefeiert wurde beim 62. Sudetendeutschen Tag in Augsburg der 71-jährige Dr. Dieter Kraus nach seinem Protestmarsch gegen die Vertreibung nach Prag. Dabei legte er in 62 Tagesetappen vom 12. April bis 11. Juni zu Fuß von Kempten aus über 1300 Kilometer zurück. Ihre Hochachtung vor dem weißbärtigen Arzt (2. von links) bekundeten auch der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, Georg Schmid, der Augsburger Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Ministerpräsident Horst Seehofer, Ingeborg Neumeyer aus Landsberg (die 1945 den „Brünner Todesmarsch“ überlebte) und Professor Barbara Probst-Polasek (von rechts). Auf seinem Rucksack aufgenäht hat Kraus die „N-Binde“, die die Sudetendeutschen nach dem Krieg tragen mussten.

Bild: jdt

Sudetendeutscher Tag 2011:

Mauer des Schweigens durchbrochen

Mit starkem Beifall gefeiert wurde der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer für sein temperamentvolles Treuebekenntnis zum vierten Stamm Bayerns während der Hauptkundgebung des 62. Sudetendeutschen Tages. Der Schirmherr der Volksgruppe betonte vor den Tausenden Zuhörern in der Schwabenhalle des Messezentrums Augsburg, an der in aller Welt bewunderten Stärke Bayerns hätten die Sudetendeutschen einen hohen und kraftvollen Anteil.

Im Blick auf das Leitwort der zwei Sudetentage in der Fuggerstadt „Dialog und Wahrheit – Nachbarschaft gestalten“ äußerte Seehofer seine Hochachtung vor dem hier demonstrierten „guten Zusammenhalt“. Mut machen müsse man gegen vom Zeitgeist beeinflusste negative Entwicklungen: „Die Sudetendeutschen haben die uneingeschränkte Solidarität der Bayerischen Staatsregierung. Wir sind Tiefwurzler und keine Flachwurzler.“

Der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Franz Pany, zeigte sich beeindruckt von deutlich spürbaren Entwicklungen eines Wandels im Nachbarland, gerade bei der jungen Generation. Durchbrochen sei vor allem die „Mauer des Schweigens, die lange zwischen dem tschechischen Volk und der Anerkennung der Verbrechen bei der Vertreibung der Deutschen aufgerichtet war“. Hervorragende Beispiele gebe es bei der Dokumentation tschechischer Gymnasiasten und dem Aufsehen erregenden Film „Töten auf tschechisch“.

Versöhnung

Der Sprecher der Volksgruppe, der Europaabgeordnete Bernd Posselt, bekräftigte unter Hinweis auf die Notwendigkeit, Versöhnung und gute Nachbarschaft auf der Basis der Wahrheit zu gestalten, die „Treue der Tapferen“. Mit hoher Anerkennung würdigte Posselt den großen Einsatz Seehofers als „Schirmherr mit Herzblut“.

Vor der Hauptkundgebung konnte der Visitator für die Sudeten- und Karpatendeutschen, Monsignore Karl Wuchterl, die große Gemeinschaft der Sudetendeutschen zum römisch-katholischen Pontifikalamt in der Schwabenhalle begrüßen. Der Hauptzelebrant, Abt Emmeram Kränkl OSB, wandte sich mit einer von tiefer Verbundenheit mit seinen „lieben sudetendeutschen Landsleuten“ zeugenden Predigt an die Zuhörer aus dem In- und Ausland.

Abt Kränkl erinnerte an die Flucht aus Klattau in stockdunkler Nacht im Oktober 1945 über die Grenze („Ich saß mit meinen 3 ½ Jahren im Rucksack meines Vaters“). Der frühere Abt von St. Stephan in Augsburg wirkt heute in der Abtei Schäftlarn. Enge

Kontakte pflegt er in die alte Heimat, wo er auch seinen 50. Geburtstag feierte. In seiner Ansprache äußerte Abt Kränkl Freude über die Überwindung des Bösen zwischen den Völkern.

Demonstrationsmarsch

Geprägt war der Sudetentag von zahlreichen Sonderveranstaltungen.

(Fortsetzung von Seite 1) Identität der Bevölkerung mit ihrer Heimat bei“, stellte Ministerpräsident Horst Seehofer fest. Er plädierte dafür, bei den Sozialaufgaben „strukturelle Probleme zu lösen, statt immer nur Zuschüsse draufzusatteln“. Deshalb sei es wichtig, dass der Bund nicht ständig soziale Aufgaben auf die Kommunen überträgt, ohne die erforderlichen Finanzen mitzuliefern. Die Staatsregierung werde sich auch für eine strukturell neue Rechtsgrundlage bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen einsetzen: „Die gehört in ein Bundesleistungsgesetz!“

Inklusion

Zum Tagungsthema „Inklusion“ vertrat Seehofer die Ansicht, die Umsetzung dieser UN-Konvention müsse sehr differenziert, Schritt für Schritt und nach individuellen Behinderungen, vor allem zum Wohl der Kinder, erfolgen. Dazu müssten auch die Förderschulen mit ihren hoch qualifizierten Fachkräften in Bayern erhalten bleiben. Angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern zeigte sich der Regierungschef optimistisch, dass auch die finanzielle Ausstattung der Bezirke wieder in befriedigender Weise gelöst werden kann.

„Durch die neue UN-Behindertenrechtskonvention steht auch die Schule in Bayern vor neuen Herausforderungen. Vereinbart wurde von den Vertragsstaaten der gleichberechtigte Zugang zum allgemeinen Bildungssystem. Damit ist die Teilhabe in der allgemeinen Schule der Regelfall mit allen sich daraus ergebenden strukturellen, finanziellen und personellen Kon-

(Fortsetzung von Seite 1)

auch in Zukunft bezahlbar, ständig verfügbar und wettbewerbsfähig sein.

Stephan Kohler von der Deutsche Energie-Agentur Dena, der zum Thema „Energiewende und Kommunen“ referierte, meinte: „Kommunen sollen eine Vorbildfunktion erfüllen – auch bei knappen Kassen.“ Kommunen hätten ein breit gefächertes Aufgabenspektrum zu erfüllen. Allein für die Beschaffung energie-relevanter Produkte gäben sie 32 Mrd. Euro pro Jahr aus. 2,25 Mrd. Euro koste allein die jährliche Energieversorgung der kom-

munalen Gebäude. Rund 70 % der CO₂-Emissionen der öffentlichen Hand entfielen auf die ca. 12.000 Kommunen (42,8 Mio. Tonnen). Das wirtschaftliche, heute bereits technisch machbare Einsparpotenzial über alle Handlungsfelder betrage ca. 30 % bis 2020.

Energiesysteme

Als energierelevante Handlungsfelder bezeichnete Kohler kommunale Gebäude, effiziente Stromnutzung (z. B. Straßenbeleuchtung), Energieeffizienz im Verkehrsbereich (z. B. Mobi-

Bedarfsorientierte und phantasievolle Kinderbetreuung

Für mehr bedarfsorientierte phantasievolle Angebote bei der Kinderbetreuung werben Gudrun Brendel-Fischer, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen, und Erika Görlitz, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Demographie der CSU-Landtagsfraktion.

Bei einem Besuch des Vereins Kinderwelt, der für den Landkreis Eichstätt Tagesmütter qualifiziert und mit ihnen an 20 Standorten erfolgreich Großtagespflege für Kinder betreibt, informierten sich die beiden Landtagsabgeordneten über ein nachahmenswertes Modell. „Insbesondere bei weniger nachgefragten Betreuungssituationen in Randzeiten oder gar bei Übernachtungen böten qualitativ hochwertige Tagesmüttermodelle wie im Landkreis Eichstätt Chancen, Eltern und Alleinerziehenden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern und die Arbeit von Kindertagesstätten zu ergänzen“, so Gudrun Brendel-Fischer. Aktuell sind in Eichstätt insgesamt 90 Tagespflegepersonen tätig und betreuen 320 Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren.

Die beiden CSU-Politikerinnen halten darüber hinaus ein räumliches Zusammenrücken von Kindertagesstätten und Senioreneinrichtungen für wünschenswert.

staltungen. Als „Held des Sudentreffens“ gefeiert wurde der heimatreue 71-jährige Arzt Dr. Dieter Kraus aus Kempten. Er war am Pfingstamstag von einem Demonstrationsmarsch nach Prag zurückgekehrt und kam am Pfingstsonntag zum Sudetentag. Gestartet war Dr. Kraus am 12. April. Kreuz und quer legte er

von Kempten aus auf dem Weg durch zwei Länder nicht weniger als über 1.300 Kilometer zurück. Es gab insgesamt 62 Übernachtungen. Am Benesch-Denkmal in Prag legte der gebürtige Sudetendeutsche einen Kranz und zwei Mahntafeln in deutscher und tschechischer Sprache nieder.

Gesellschaft ohne...

sequenzen,“ bemerkte Kultusminister Ludwig Spaenle. In Zukunft werde es verstärkt so sein, dass einzelne Schüler, die eine Behinderung haben, an der Regelschule inklusiv beschult werden. Diese Schüler würden durch die Lehrkräfte der allgemeinen Schule und durch den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst (MSD) gezielt gefördert.

Zu Recht hätten Behindertenverbände darauf hingewiesen, dass für Kinder mit einer geistigen Behinderung das Lernen nicht nur die Aufnahme und Verarbeitung von Wissensinhalten bedeute, sondern dass hier auch das soziale Lernen gemeint sei. Für Schüler mit derart speziellem Hilfebedarf gebe es derzeit die Schulbegleiter im Rahmen der Eingliederungshilfe. Dies werde auch so bleiben. „Die Bezirke leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Inklusion im Schulwesen“, betonte Spaenle.

Bewährtes System

Ausdrücklich bekannte er sich zur Stärkung des Elternwillens. Danach entscheiden diese auch weiterhin, ob sie ihre von einer Behinderung betroffenen Kinder entweder in eine Regelschule oder in eine Förderschule geben. In diesem Zusammenhang hob der Politiker den Wert und die Bedeutung des Förderschulsystems in Bayern hervor. Dieses leiste einen hervorragenden Dienst für das Gemeinwesen und habe sich in den langen Jahrzehnten seines Bestehens nachhaltig bewährt.

Spaenle dankte den Bezirken für ihre wichtige Arbeit, die dazu führe, Kinder individuell nach ihren Möglichkeiten zu fördern. Sollte gleichwohl für ein Kind der Besuch einer Regelschule

nicht in Frage kommen, bedeute dies nicht automatisch den Weg in eine Förderschule. Vielmehr könne das Kind dann eine andere barrierefreie Regelschule besuchen. „Inklusion im Schulwesen weist deshalb in Bayern eine Vielfalt von Chancen und unterschiedlichen Förderangeboten“, so Spaenle.

Zusammenspielen

Mit Nachdruck verwies er auf die besonderen Leistungen der Bezirke bei den Heilpädagogischen Tagesstätten. Hier nutzten Kinder am Nachmittag die vom Bezirk finanziell getragene Einrichtung, während sie am Vormittag in eine Förderschule gingen. Das Zusammenspielen dieser Möglichkeiten zeige, dass die Bezirke einen außerordentlich wichtigen Beitrag für die Bildung und das Wohlergehen für Kinder mit Behinderung leisten.

„Es ist Zeit, im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention umzudenken. Nicht die Behinderten müssen sich in unsere Lebenswelt integrieren, sondern wir müssen deren Lebenswelt so gestalten, dass sie ohne sichtbare und unsichtbare Barrieren darin mit uns gemeinsam leben können“, meinte Sozialstaatssekretär Markus Sackmann. Er appellierte an die Delegierten, die Reform der Eingliederungshilfe engagiert mit zu tragen.

Reform bedeute vor diesem Hintergrund, zum einen die Entwicklung zu einer personenorientierten Teilhabeleistung voranzubringen. Hier müsse das Selbstbestimmungsrecht der Menschen mit Behinderung gestärkt werden. Zum anderen gelte es, die Hilfen durchlässiger und flexibler zu gestalten. Und schließlich müsse erreicht werden, zu-

litätsmanagement, Fuhrparkmanagement), effiziente Energiesysteme (z. B. kommunale Energieversorgung, Smart-Metering), Berücksichtigung der Energieeffizienz und des Klimaschutzes in den kommunalen Beschaffungsprozessen sowie Kommunikation an Bürger und KMU (z. B. zum Einsatz regenerativer Energien). Das Internetportal www.energieeffiziente-kommune.de diene als zentrale Anlaufstelle für Kommunen.

Optimierung

Systemtransformation und Systemoptimierung sind nach Kohlers Auffassung Herausforderungen für zukunftsfähige Energiesysteme. Die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen sei die Grundlage für eine nachhaltige Energieversorgung; die effiziente Integration erneuerbarer Energien stelle eine Herausforderung dar. Der Fokus müsse gerichtet werden auf die Kombination zentraler und dezentraler Erzeugung. Es gelte, ausreichend gesicherte Leistung durch fossile Kraftwerke bereitzustellen, dezentrale KWK und Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien effizient zu verzahnen und intelligente Netze, sog. Smart Grids, zur effizienten Kommunikation von Erzeugern und Nachfragern zu schaffen. Auch seien Übertragungsnetze und Strommärkte für eine optimierte Integration der erneuerbaren Energien integriert zu betrachten.

Themenwechsel. Als dringend notwendig erachtet der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen Bundesfreiwilligendienst. Nur so könnten die Lücken geschlossen werden, die insbesondere durch den Wegfall des Zivildienstes entstehen.

„Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes und dessen finanzielle Förderung durch den Bund ist eine große Chance, den Wegfall des Zivildienstes zumin-

dest teilweise zu kompensieren und das zivilgesellschaftliche Engagement in den Kommunen zu erhalten“, erklärte Roland Schäfer. Im Gegensatz zum Zivildienst richte er sich nicht nur an junge Männer, sondern stehe Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeit-schulpflicht offen.

Der Bundesfreiwilligendienst kann u. a. in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich der außerschulischen Bildungs- und Jugendarbeit, in Einrichtungen der Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, der Behindertenhilfe, des Sports und des Zivil- und Katastrophenschutzes abgeleistet werden.

„Durch die Ausweitung der Aufgabengebiete sind die Städte und Gemeinden mit ihren vielfältigen Angeboten für zivilgesellschaftliches Engagement die geborenen Einsatzstellen“, konstatierte der DStGB-Chef.

Attraktives Angebot für Freiwillige

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt die Einrichtung des Bundesfreiwilligendienstes, der nicht nur für Jugendliche sondern auch für Senioren, die zum Beispiel nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, sich engagieren wollen, neue Möglichkeiten schafft. Mit dem Bundesfreiwilligendienst will der Bund rund 35.000 Männern und Frauen pro Jahr die Möglichkeit zum Einsatz bieten. Damit steht erstmals auf Bundesebene ein attraktives Angebot auch für Frauen und ältere Menschen, die sich in einem Freiwilligendienst engagieren wollen, bereit. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten des Engagements für jüngere Freiwillige ausgeweitet. Der Bundesfreiwilligendienst ist mit dem Wegfall des Zivildienstes am 1. Juli neben das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) getreten.

DK

Norbert Hartl neuer 2. Vizepräsident

Zum neuen 2. Vizepräsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke wählten die Delegierten den stellvertretenden Bezirkstagspräsidenten der Oberpfalz, Norbert Hartl. Der SPD-Politiker setzte sich gegen die Kandidatin der Grünen Martina Neubauer durch. Die Wahl war notwendig geworden, weil der bisherige langjährige 2. Vizepräsident des Verbandes, Fritz Körber (SPD), sein Amt und das des Schatzmeisters bei der Hauptausschusssitzung niedergelegt hatte. Körber gehörte dem Präsidium in dieser doppelten Funktion zwölf Jahre an. Sein Nachfolger Norbert Hartl übernimmt somit auch das Amt des Schatzmeisters.

DK

kunftssichere Alternativen für die betroffenen Menschen in ihren Beschäftigungsverhältnissen zu erreichen; hier seien auch zusätzliche Optionen zu den Werkstätten für behinderte Menschen überlegenswert.

Ausdrücklich betonte Sackmann, dass es in diesem Kontext nicht darum gehe, bewährte Strukturen zu zerschlagen. Vielmehr wolle man diese sinnvoll umbauen und modernisieren. Ebenso machte er deutlich, dass es aus Sicht der Staatsregierung hier nicht um ein „Sparkonzert“, sondern um die nachhaltige Stärkung der Rechte für die Menschen mit Behinderung gehe. Dies betreffe auch die ambulanten Strukturen, die innerhalb der Inklusion eine zusätzliche Aufwertung erfahren sollen.

Förderpauschalen

Mit Blick auf die Erhöhung der Förderpauschalen dankte Sackmann den Bezirken, dass diese rund 14 Millionen Euro zusätzlich für diesen Bereich zur Verfügung stellen. Auch das bayerische Sozialministerium sei hier mit rund 1,6 Millionen Euro zusätzlich mit „im Boot“. Sein Augenmerk richtete Sackmann auch auf alt gewordene Menschen mit Behinderung, die nach ihrem beruflichen Leben Hilfen bei ihrer Tagesgestaltung und in der Freizeit benötigen. Im Dop-

pelhaushalt 2011/2012 wurden dafür im Bayerischen Landesbehindertenplan zusätzlich gegenüber dem Jahre 2010 etwa 2,6 Millionen Euro in 2011 und rund 600.000 Euro in 2012 bereitgestellt.

Neuordnung

Schließlich nahm der Staatssekretär auch Stellung zur Neuordnung der Zuständigkeiten für die Hilfe zur Pflege. Sinnvoll seien und blieben hier „Leistungen aus einer Hand“. „Nach dem aktuellen Kenntnisstand scheinen uns überwiegende Gesichtspunkte für eine einheitliche Zuständigkeit der Bezirke für die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe zu sprechen. Ein weiterer Gesichtspunkt für die Verlagerung auf die Ebene der Bezirke ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und eine ausgewogene Versorgung. Bei den sieben Bezirken könnte in kurzer Zeit das entsprechende Wissen zur ambulanten Hilfe zur Pflege erworben und aktuell vorgehalten werden“, machte Sackmann deutlich. Nach Auswertung aller Daten und Fakten werde man seitens des Ministeriums und der Staatsregierung noch einmal alle hierzu vorgebrachten Argumente prüfen und dann entscheiden, welches Vorgehen bei der Hilfe zur Pflege den Interessen der Menschen am besten entspreche.

DK

Öffentliche Haushalte in der Finanzkrise:

Der Bundeshaushalt 2011 und die Entwicklung seiner Risiken

Von Sebastian Niedermeier

Die Bayerische GemeindeZeitung hat am 09. 06. 2010 in einem Sonderdruck meine Untersuchungen zum Bundeshaushalt 2010, dem Bayerischen Landeshaushalt 2010, dem Bezirkshaushalt Oberbayern 2010 und den Kreishaushalt Fürstentum Bruck 2010 veröffentlicht. Gegenstand der Untersuchung waren die Hauptrisikofaktoren dieser Haushalte. Nunmehr erfolgt in einer 1. Fortschreibung die Entwicklung der Finanzen auf Bundesebene. Dabei wird als erstes auf die Entwicklung der Bürgschaften und Gewährleistungen des Bundes eingegangen, die in jüngster Zeit dramatisch angewachsen sind. Als Weiteres wird kurz das vorläufige Rechnungsergebnis des Bundeshaushaltes 2010 dargestellt, das erhebliche Abweichungen von den Planansätzen aufweist. Sodann werden die wichtigsten Daten des Bundeshaushaltes 2011 beschrieben, der erstmals unter den Prämissen der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse erstellt wurde. Zum Schluss wird der Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2012 dargestellt. Dieser Haushalt wird erstmals nach dem „TOP Down Verfahren“ und nicht mehr nach dem „Bottom Up Verfahren“ erstellt.

1. Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen des Bundes nach Art. 115 GG steigen auf über eine Billion – das Risiko ist erheblich – Bericht des Bundesrechnungshofes (17/3650)

Nach Art. 115 Abs. 1 GG kann der Bund Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen übernehmen. Der Bund hatte in den Jahren 2003 bis 2008 Gewährleistungen in Höhe zwischen 304 und 314 Mrd. Euro gewährt. Diese Gewährleistungen sind nunmehr ganz erheblich angestiegen.

1.1 EFSF: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität

Weitere Gewährleistungen waren notwendig für die in Schieflage geratenen Banken wie z.B. die Hypo Real Estate und die Konjunkturprogramme, die langsam auslaufen. Für die Banken besteht ein Gewährleistungsrahmen von 400 Mrd. Euro. Weitere Ermächtigungen ergeben sich aus den Garantiezusagen Deutschlands zugunsten Griechenlands sowie aufgrund der europäischen Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro und zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Länder des Euro-Raumes. Bisher wurde der Bundeshaushalt von diesen Gewährleistungen noch nicht belastet.

1.2 ESM: Europäischer Stabilisierungsmechanismus

Der Europäische Stabilisierungsmechanismus wurde im März 2011 beschlossen und soll ab 2013 den EFSF ablösen.

Zahlen zum ESM:

- Effektive Darlehenskapazität 500 Mrd. Euro
 - Absicherung auf 700 Mrd. Euro zur Sicherung geringer Aufschläge
 - Kapitalstock 80 Mrd. Euro; Einzahlung durch die Eurostaaten in 5 Jahresraten ab 2013
 - Deutschland muss 27,1 Prozent = 21,68 Mrd. Euro = 4,33 Mrd. Euro ab dem Haushaltsjahr 2013 jährlich für den Kapitalstock aufbringen
- Der ESM darf Kredite vergeben und neue Staatsanleihen aufkaufen. Des Weiteren ist ein umfangreiches Paket zur Kontrolle der Staatshaushalte aller EU Länder festgelegt worden.

2. Belastungen des Bundeshaushaltes durch den ESM

Die Gewährleistungen des Bundes für den ESM werden ab 2013 den Bundeshaushalt mit jährlich 4,3 Mrd. Euro definitiv belasten und den Handlungsspielraum des Bundes einengen. Die Einhaltung der im Grundgesetz geregelten Schuldenbremse wird zumindest erschwert.

Etatrisiken aus Bürgschaften, Krediten und Gewährleistungen

Die genannten Bürgschaften und Garantien mit über einer Billion Euro stellen zwischenzeitlich ein erhebliches Haushaltsrisiko dar.

Die Finanzsituation der dramatisch verschuldeten Länder wie Griechenland, Irland und Portugal spitzt sich, man kann sagen monatlich, immer weiter zu. Obwohl diese Länder zu den Nettonehmern der EU gehören und eine schwache Wirtschaftskraft aufweisen, haben sich die jeweils verantwortlichen Regierungen dramatisch verschuldet oder sind unverantwortliche Bürgschaften (wie Irland) gegenüber Banken eingegangen. Aufgebaut hat sich eine unselige Vernetzung der EU Staaten untereinander, eine Abhängigkeit der Banken, Investmentgesellschaften und Spekulanten untereinander und diese beiden Gruppierungen stehen in einer existentiellen Abhängigkeit zueinander.

3. Vorläufiges Rechnungsergebnis des Bundeshaushaltes 2010

Das vorläufige Rechnungsergebnis des Bundeshaushaltes 2010 weist starke Abweichungen von den Sollansätzen aus. Die Einnah-



Ob's was nutzt? Münchens OB Christian Ude wusch am Aschermittwoch gemeinsam mit Hep Monatzeder und Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz im Fischbrunnen den städtischen Geldbeutel, um die kommunale Kassenlage zu verbessern. □

men und Ausgaben im Haushaltsplan beliefen sich auf jeweils 303,7 Mrd. Euro und lagen damit mit 15,8 Mrd. Euro unter dem Haushalts-Soll von 319,5 Mrd. Euro.

Die Nettoneuverschuldung wurde im Haushaltsplan mit 80 Mrd. Euro veranschlagt. Die tatsächliche Nettoneuverschuldung betrug 44 Mrd. Euro. Mehreinnahmen ergaben sich durch das Wirtschaftswachstum von 3,8 Prozent in 2010 bei den Steuern und bei der einmaligen Versteigerung von Mobilfunklizenzen. Minderausgaben waren in erster Linie beim Arbeitsmarkt und bei den Zinsen festzustellen.

Dieses Ergebnis zeigt, dass der Bundeshaushalt seismografisch auf Konjunkturbewegungen reagiert. Während in den Kommunalhaushalten Konjunkturschwankungen mit deutlicher Verzögerung oder überhaupt nicht nennenswert eintreten (z.B. Sozialausgaben), reagiert der Bundeshaushalt extrem schnell auf diese Veränderungen.

Die günstige Entwicklung des Bundeshaushalts in 2010 darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Haushalt nach wie vor in einer prekären Situation befindet (siehe Ausführungen Eckdatenbeschluss für den Bundeshaushalt 2012).

4. Der Bundeshaushalt 2011 im Vergleich zum Bundeshaushalt 2010 - Eckdaten

Einnahmen: 319,5 Mrd. 2010 / 305,8 Mrd. 2011

Ausgaben: 319,5 Mrd. 2010 / 305,8 Mrd. 2011

Minderung 2011 gegenüber 2010 ca. 3,9 Prozent

Schulden: 1,065 Billionen Euro; Stand 31.12.2010

Schuldendienst: 37,1 Mrd. Euro

Nettoneuverschuldung: 48,4 Mrd. Euro.

4.1 Anzahl der Einzelpläne des Bundeshaushaltes:

Der Bundeshaushalt enthält 22 Einzelpläne. Jedes Ministerium wird in einem eigenen Einzelplan abgebildet. Aber auch der Bundespräsident, der Bundestag, der Bundesrat, die Bundeskanzlerin, das Bundesverfassungsgericht und der Bundesrechnungshof haben einen eigenen Einzelplan.

Die größten 3 Einzelpläne in Ausgaben 2010 zu 2011:

Einzelplan 11 Arbeit und Soziales:

143,1 Mrd. Euro / 131,2 Mrd. Euro

Einzelplan 32 Bundesschulden:

38,8 Mrd. / 37,2 Mrd. Euro

Einzelplan 14 Verteidigung:

31,1 Mrd. / 31,5 Mrd. Euro

Die größten 3 Einzelpläne in Einnahmen 2010 zu 2011:

Einzelplan 60 Finanzverwaltung:

220,9 Mrd. / 239,9 Mrd. Euro

Einzelplan 32 Bundesschuld:

81,1 Mrd. / 49,7 Mrd. Euro

Einzelplan 12 Verkehrsministerium

6,5 Mrd. / 6,6 Mrd. Euro

4.2 Ausgabenstruktur des Bundeshaushaltes 2010 zu 2011

Sozialausgaben: 54 Prozent / 42,93 Prozent

Zinsen: 12 Prozent / 12 Prozent

Sonstiges: 10 Prozent / 10 Prozent

Personalausgaben: 9,0 Prozent / 9,1 Prozent

Verkehr und Bau: 7 Prozent / 8,25 Prozent

Verteidigung: 5 Prozent / 10,31 Prozent

Forschung und Bildung: 3,3 Prozent / 3,8 Prozent

5. Sparsamkeit und Konsolidierung – Die Schuldenbremse im Grundgesetz zeigt Wirkung

Vorausgeschickt werden muss, dass das Rechnungsergebnis 2010 durch den Konjunkturaufschwung deutlich günstiger als erwartet ausgefallen ist. Die Tatsache, dass die Nettoneuverschuldung von 80 Mrd. Euro auf 44 Mrd. Euro gesenkt werden konnte, ändert nichts an der prekären Situation des Bundeshaushaltes.

Der Haushalt 2011 ist erstmals unter den veränderten Bedingungen der im Grundgesetz (Art. 109) festgelegten Schuldenbremse erstellt worden. Von den 22 Einzelplänen weisen 11 Einzelpläne im Vergleich zum Haushalt 2010 Minderausgaben aus. Die stärksten Ausgabenminderungen erfuhr der Einzelplan 11 Soziales und Arbeit mit 11,9 Mrd. Euro. Bei den weiteren 11 Einzelplänen kam es zu Mehrausgaben, allerdings fielen in allen Fällen die jeweiligen Steigerungen sehr gering aus.

Es steht außer Frage, dass die im Grundgesetz festgelegte Schuldenbremse Wirkung zeigt und von der derzeitigen Bundesregierung ernst genommen wird.

Insgesamt sind die Ausgaben gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 um knapp 4,0 Prozent gesunken.

6. Die Schulden des Bundes

Die Schulden des Bundes sind 2010 wieder um 44 Mrd. Euro angestiegen. Sie betragen am 31.12.2010: 1,061 Billionen. Auch für 2011 ist ein weiterer Anstieg der Schulden zu erwarten. Die Nettoneuverschuldung wird 2011 um 48 Mrd. Euro zunehmen. Sie wird auch in den kommenden Jahren noch ansteigen. Nach der Planung im Eckwertebeschluss für den Haushalt 2012 wird die Neuverschuldung 2012: 31,5 Mrd. Euro, 2013: 22,3 Mrd. Euro und 2014: 15,3 Mrd. Euro und 2015 13,3 Mrd. Euro betragen.

7. Der Schuldendienst des Bundeshaushaltes – Inflationseindämmung der EZB

Aufgrund der hohen Verschuldung ist der Schuldendienst beträchtlich. Die Zinslast beträgt 37,1 Mrd. Euro. Diese Zinslast ist aber gemessen an der Verschuldung noch vergleichsweise niedrig, weil sich der Bund über die Finanzagentur des Bundes günstigste Kredite holt.

Die Europäische Zentralbank, aber auch die Bundesbank, werden alles unternehmen, um inflationären Entwicklungen schon im An-

Unser Autor

Sebastian Niedermeier, geb. 1944, Dipl. Verwaltungswirt (FH); von 1980 bis 1998 war er Rathauschef in Eichenau bei München.

Nach dem freiwilligen Verzicht des äußerst beliebten Bürgermeisters auf eine erneute Kandidatur kehrte er als Leiter eines Finanzsachgebiets an seine alte Arbeitsstelle im Münchner Rathaus zurück. Im Oktober 2009 ging er in Pension, wirkt aber nach wie vor als Lehrbeauftragter für Kommunalrecht und Haushaltsrecht. □



satz zu begegnen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen die Leitzinsen in 2011 angehoben werden.

8. Welche Folgen haben zu hohe Schulden

Die Schulden des Bundes sind eindeutig zu hoch. Dies vor allem auch deshalb weil im Bundeshaushalt laufende Ausgaben (Personalausgaben, Sozialausgaben usw.) nicht durch Steuer- oder sonstige Einnahmen gedeckt werden, sondern letztlich mit stets steigenden Kreditaufnahmen gedeckt werden.

Die hohen Schulden engen den Handlungsspielraum der Bundesregierung erheblich ein. Dies bedeutet, dass der Bund auf Krisen- und Notfälle, mit denen jede Regierung permanent rechnen muss, nicht mehr angemessen reagieren kann.

Des Weiteren wird der Kapitalmarkt sehr stark belastet. Bei extremer Verschuldung, wie in Griechenland, Portugal oder Irland, kann die Zahlungsunfähigkeit eines Landes eintreten. Dann sind drastische Sparmaßnahmen erforderlich und es ist externe Hilfe durch die anderen EU-Staaten oder durch den IWF erforderlich. Durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse soll eine solche Extremsituation vermieden werden.

9. Die Sozialausgaben des Bundes

Die Sozialausgaben des Bundes betrugen im Haushalt 2010 54 Prozent des Bundeshaushaltes. Dieser Prozentanteil ist zurückgegangen. Der Ausgabeneinzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit und Soziales mit 131,2 Mrd. ist massiv gekürzt worden. Aber auch in den Einzelplänen 10 (Landwirtschaftsministerium) und 15 (Ministerium für Gesundheit) befinden sich weiter erhebliche Sozialausgaben. Allein die Rentenversicherung schlägt mit über 80,35 Mrd. Euro zu Buche. Der Anteil der Sozialausgaben ist aber in 2011 gesunken.

10. Personalausgaben und Staatsbürokratie

Die Personalausgaben im Haushalt 2011 betragen 27,8 Mrd. Euro; das sind ca. 9,1 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushaltes. In dieser Summe sind auch die Versorgungsbezüge und Beihilfen enthalten.

11. Allgemeine Risikofaktoren des Bundeshaushaltes

Der Bundeshaushalt weist weiterhin erhebliche Risikofaktoren auf:

Die Nettokreditaufnahme des Bundes mit ca. 48 Mrd. Euro ist weit überdurchschnittlich und insoweit sehr problematisch.

Laufende Ausgaben des Bundeshaushaltes werden auch weiterhin in beträchtlichem Umfang mit Krediten finanziert, da allein die Ausgaben für Soziales und die Kreditfinanzierung etwa 90 Prozent des Haushaltes ausmachen.

Die Schulden haben eine Höhe erreicht, die kaum noch zu bewältigen sein werden.

Der Anteil der Sozialausgaben ist nur schwierig zu beherrschen. Er unterliegt auch demografischen Veränderungen.

12. Der Bundeshaushalt 2012 - Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2012 und Finanzplan 2011 bis 2015

Der Bund hat bei seinem Verfahren zur Aufstellung des Bundeshaushaltes einen einschneidenden Paradigmenwechsel vorgenommen. Man hat vom „Bottom Up“ auf das „TOP Down“ Verfahren umgestellt. Diese Umstellung ist gravierend. Beim TOP Down Verfahren werden grundsätzlich für alle 22 Einzelpläne nach strengen Regeln „Budgets“ vorgegeben in deren Rahmen sich die weiteren Anmeldungen zum Haushaltsentwurf 2012 bewegen müssen. Diesen Eckwertebeschluss hat das Bundeskabinett gefasst und damit die Grunddaten des Haushaltsplanes 2012 vorgegeben. Mit diesen strengen Vorgaben will die Bundesregierung die Einhaltung der im Grundgesetz enthaltenen Schuldenbremse sicherstellen.

Wichtige Eckwerte des Bundeshaushaltes 2012 wie sie vom Bundeskabinett beschlossen wurden:

Einnahmen: 303,8 Mrd. Euro

Ausgaben: 303,8 Mrd. Euro

Steuereinnahmen: 243,0 Mrd. Euro

Sonstige Einnahmen: 29,3 Mrd. Euro

Nettokreditaufnahmen: 31,5 Mrd. Euro

13. Abschließende Bemerkungen zur Finanzsituation des Bundes

Positiv ist festzuhalten, dass die im Grundgesetz festgelegte Schuldenbremse Wirkung zeigt. Sehr erfreulich ist der in diesem Zusammenhang vorgenommene Paradigmenwechsel bei der regierungsinernen Aufstellung des Bundeshaushaltes vom „Bottom Up“ System auf die „TOP Down“ Methodik.

Die Risikofaktoren des Bundeshaushaltes sind aber unverändert hoch und sehr problematisch. Vor allem die Nettoneuverschuldung ist noch viel zu hoch.

Die Bemühungen zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen sind bei der derzeitigen Bundesregierung eindeutig erkennbar.

Kritisch muss der Anstieg der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen gesehen werden. Dies umso mehr als der Bund auf die „Geschäftsprozesse“, die diesen Verpflichtungen zugrunde liegen, keinen oder nur einen sehr geringen Einfluss hat. □

Bayern Labo:

Förderkredite zu attraktiven Konditionen

Die BayernLabo stellt in Zusammenarbeit mit der KfW im Jahr 2011 mit dem Investkredit Kommunal Bayern und dem Energiekredit Kommunal Bayern zwei Förderkredite zu attraktiven Konditionen zur Verfügung. Die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) ist einer der größten Kommunalfinanzierer in Bayern.

Das Kreditangebot der BayernLabo können alle bayerischen Gebietskörperschaften, kommunale Zweckverbände sowie jeweils deren rechtlich unselbständige Eigenbetriebe sowie bayerische Schulverbände nach dem BaySchFG nutzen. Dabei reicht die Kredit-Palette vom bewährten Kommunalkredit auf Euribor-Basis über den Festkredit mit Laufzeiten bis zu 30 Jahren, bis hin zu zinsverbilligten Förderkrediten.

Investkredit Kommunal Bayern

Das Programm Investkredit Kommunal Bayern wurde 2009 mit dem Ziel aufgelegt, kommunale Neuinvestitionen, die nicht im Konjunkturpaket II gefördert wurden zu verwirklichen. Bei diesem Programm vergünstigt die BayernLabo die Zinssätze des KfW-Investitionskredit Kommunen (208) um 10 Basispunkte.

Günstige Konditionen

Der günstige Förderkredit kann für Investitionen im kommunalen Hochbau wie zum Beispiel für Rathäuser, Bau- und Betriebshöfe, für Feuerwehrhäuser oder für den präventiven Katastrophenschutz, für die Stadt- und Dorfentwicklung, für die kommunale und soziale Infrastruktur wie Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen, Krankenhäuser oder Senioren- und Pflegeheime sowie für wohnwirtschaftliche Investitionen genutzt werden. Somit können Investitionen bei einem Haushaltsabschnitt von bis zu 2 Mio. Euro zu 100 %, darüber bis zu 50 % zu außerordentlich günstigen Konditionen finanziert werden. Es kann dabei zwischen Kreditlaufzeiten von 10, 20 und 30 Jahren, bei mindestens einem Tilgungsfreijahr, gewählt werden. Die Zinsfestschreibung liegt bei allen Varianten bei 10 Jahren.

Kombination möglich

Eine Kombination mit anderen Finanzierungshilfen ist grundsätzlich möglich, ausgeschlossen ist sie mit Mitteln aus dem Programm „KfW-Investitionskredit Kommunen – flexibel“

sowie dem Konjunkturpaket II.

Ein wesentlicher Vorteil des Investkredit Kommunal Bayern ist, dass der Kredit innerhalb von 12 Monaten Bereitstellungskosten frei zum aktuellen Tageskurs abgerufen werden kann. Der Kreditnehmer bestimmt somit selbst, zu welchem Zeitpunkt und damit zu welchem Zinssatz er den Kredit abrufen.

Das zweite Förderprogramm ist der Energiekredit Kommunal Bayern, den die BayernLabo in Zusammenarbeit mit der KfW für die energetische Sanierung ihrer Schulen und Jugendeinrichtungen zur Verfügung stellt.

Energiekredit Kommunal Bayern

Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern besteht die Möglichkeit, für Maßnahmen der energetischen Sanierung von Schulen, Schulsport- und -schwimmbädern, Kindertagesstätten und Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit die vor dem 01. Januar 1995 errichtet wurden, zu äußerst attraktiven Konditionen zu finanzieren. Damit leistet die BayernLabo gemeinsam mit der KfW einen Beitrag zur Erreichung klimapolitischer Ziele und zur weiteren Verbesserung der Bildungsinfrastruktur. Das Förderprogramm erleichtert somit die Finanzierung des Eigenanteils im Rahmen des Art. 15 FAG und eröffnet Möglichkeiten, Investitionen auch ohne staatliche Zuschüsse in Angriff zu nehmen.

Zinsverbilligter Zinssatz

Investitionsvorhaben zur energetischen Sanierung können bis zu 100 % der förderfähigen Kosten finanziert werden. Der stark zinsverbilligte Zinssatz wird für einen Zeitraum von 10 Jahren festgeschrieben. Er orientiert sich am Zinssatz des KfW-Programms 218 und wird am Tag des ordnungsgemäßen Abrufs von der BayernLabo festgelegt. Er beläuft sich für die angebotene 10-jährige Zinsbindung derzeit (Stand: 05.07.2011) auf nominal 0,39 % p.a. für eine Laufzeit von 20 Jahren bzw. 0,48 % p.a. für eine Laufzeit von 30 Jahren und liegt damit nochmals deutlich unter dem jeweiligen Zinssatz der KfW im zugrundeliegenden Programm Energieeff-

fizient sanieren - Kommunen (218), der seinerseits aus Bundesmitteln bereits stark vergünstigt ist.

Gleiche Raten

Der Kredit wird in gleichen Raten bei einer Laufzeit von 20 oder 30 Jahren zurückgeführt. Dabei setzt die Tilgung je nach Laufzeitvariante nach maximal fünf Frei-

jahren ein. Eine Kombination mit anderen Finanzierungshilfen ist grundsätzlich möglich.

KfW-Programme

Die gleichzeitige Inanspruchnahme der KfW-Programme „Erneuerbare Energien“, „Kommunalkredit – Investitionsoffensive Infrastruktur“ sowie von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II für dieselbe Maßnahme ist ausgeschlossen.

Gerne berät die BayernLabo hinsichtlich der Förderfähigkeit eines Projektes. Die aktuellen Zinssätze für die Förderprogramme werden im Internetauftritt der BayernLabo veröffentlicht. □

Genossenschaften in Bayern – Vorsprung durch Bildung

Unter dem Motto „Genossenschaften in Bayern – Vorsprung durch Bildung“ steht der diesjährige Verbandstag des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) am 14. Juli im Internationalen Congress Center München (ICM).

Die fachliche und persönliche Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter leistet einen großen Beitrag zum Erfolg von Unternehmen. Auch für die 1.162 bayerischen Genossenschaften spielt intensive Bildungsarbeit eine wesentliche Rolle. Dazu wird GVB-Präsident Stephan Götzl sprechen.

Darüber hinaus freuen sich die bayerischen Genossenschaften, Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg und Vorsitzender des Aktionsrats Bildung, begrüßen zu dürfen. Mit seiner These, die Bedeutung beruflicher Bildung werde in Deutschland weit unterschätzt, wird Professor Lenzen den Impuls für eine Podiumsdiskussion über die Anforderungen an ein modernes Bildungssystem geben.

Etwa 1.400 Gäste werden bei der Veranstaltung erwartet. □

Klare Absage für ungerechtfertigte Bagatellsteuer

Wirtschaftsminister Martin Zeil zum Verwaltungsgerichtsurteil zur Bettensteuer in München

Das Verwaltungsgericht München hat die geplante Einführung einer Bettensteuer in der bayerischen Landeshauptstadt gekippt. „Ich begrüße die Entscheidung des Verwaltungsgerichts im Interesse unserer Tourismusdestination Bayern, unserer Betriebe und unserer Arbeitnehmer im Tourismus. Es hat damit der Einführung einer völlig ungerechtfertigten Bagatellsteuer durch die Hintertür eine klare Absage erteilt. Das Urteil setzt ein wichtiges positives Signal für Hotellerie und Tourismus im Freistaat und bestätigt die wirtschafts- und tourismuspolitische Linie der Staatsregierung“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Zeil.

Privatinitiative, Investitionen und Qualitätssteigerung seien im Tourismus der Königsweg zu Wachstum und Erfolg, nicht aber die Erfindung zusätzlicher Steuern.

Kontraproduktiv für Tourismusentwicklung

„Aktionen wie die Einführung einer Bettensteuer sind kontraproduktiv für die Entwicklung des Tourismus in unseren Regionen und auch für das gastfreundliche Image des

Urlaubslandes Bayern insgesamt“, betonte Zeil. Es müsse im Eigeninteresse der Städte liegen, das Beherbergungsgewerbe zu stärken und nicht zu schwächen. „Viele Kommunen im Freistaat haben das verstanden und sich von vornherein nicht daran beteiligt“, lobte der Wirtschaftsminister. „Ich sehe deshalb mit großer Zufriedenheit, dass mit dieser Entscheidung des Verwaltungsgerichts den rot-grünen Abkassierplänen in München eine klare Absage erteilt worden ist.“ □

100.000 Euro für soziale Einrichtungen - jetzt bewerben!

Spendenaktion der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Bis 5. August 2011 können soziale, karitative und gemeinnützige Organisationen in Bayern bei einer Spendenaktion der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken mitmachen. Zu gewinnen gibt es 10 mal 10.000 Euro. Schirmherrin der Aktion „Aller Ehren wert!“ ist Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer.

Mit der Aktion wollen die Genossenschaftsbanken Sozialprojekte in Bayern auszeichnen, die von ehrenamtlichen Helfern getragen werden. „Egal, ob Menschen unentgeltlich in der Altenpflege tätig sind, sich in ihrer Freizeit um Bedürftige kümmern oder sich für Kinder stark machen: Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement wäre unsere Gesellschaft ein ganzes Stück ärmer“, so Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Ihre Leistung verdiene deshalb Anerkennung.

Lebendige Gesellschaft

Haderthauer betont dabei: „Unser aller Lebensqualität

hängt entscheidend davon ab, wie wir als Gesellschaft miteinander umgehen. Deshalb macht bürgerschaftliches Engagement unsere Gesellschaft erst stark und lebendig.“

Interessierte Einrichtungen können sich unter www.aller-ehren-wert.info oder auf Facebook unter www.facebook.com/aller-ehrenwert um die Spenden bewerben.

Die Gesamtsumme in Höhe von 100.000 Euro stellt der VR Gewinnsparsverein Bayern bereit. Der Verein organisiert seit 58 Jahren die Lotterie der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. 2010 konnten so nahezu 11 Millionen Euro an soziale Einrichtungen gespendet werden. □

Gemeindefinanzkommission:

Teilerfolg für Kommunen

„Die Gemeindefinanzkommission lässt noch viele Fragen offen. Allerdings: Die Übernahme der Kosten für die Grundsteuer im Alter bringt eine spürbare Entlastung“, erklärt der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl. Damit sei man dem Prinzip „Wer anschafft zahlt“ wieder ein Stück näher gekommen.

Kreidl erwartet jedoch, dass die Vorschläge zur grundsätzlichen Verbesserung der Haushaltslage der Kommunen ernsthaft weiter verfolgt werden und zwar „zeitnah“, wie es Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble angeht hat.

Insgesamt liegen jetzt 87 praktische Vorschläge auf dem Tisch, die zu nennenswerten Einsparungen führen können und von den zuständigen Bundesministerien gesetzlich auf den parlamentarischen Weg gebracht werden müssen.

Überprüfung und Korrektur sozialer Standards

Es geht vor allem um eine Überprüfung der über die Jahre hin zugesicherten sozialen Leistungen, die heute, angesichts der öffentlichen Schulden, nicht mehr gerechtfertigt sind. So gehe es etwa um eine stärkere Eigenbeteiligung einkommensstarker Leistungsempfänger. Nur mit einer Überprüfung und Korrektur sozialer Standards mit dem Ziel mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, sei eine nachhaltige Entlastung der kom-

munalen Haushalte erreichbar.

Gerade die sprunghaft steigenden Ausgaben im sozialen Bereich, die meist durch Bundesgesetze verursacht werden, können auch durch bessere Steuereinnahmen nicht ausgeglichen werden. Ohne eine Entlastung bei den Ausgaben hängen die Kommunen weiterhin „am Tropf“ von Bund und Ländern.

Umfangreiche Vorschläge

Der Bayerische Landkreistag hat umfangreiche Vorschläge ausgearbeitet, die zu erkennbaren Entlastungen der Etats und damit auch zur Reduzierung der Schulden führen können. Wichtig sei auch, dass künftig vor Erlass eines Bundesgesetzes eine Kalkulation erfolgt, welche Belastungen den Ländern und Kommunen tatsächlich entstehen.

Fazit: „Es ist erfreulich, dass kommunalen Forderungen von der Bundespolitik ernst genommen werden. Aber noch stehen wir am Beginn einer soliden Ordnung der Gemeindefinanzen. Die in der Kommission aufgenommenen Fäden dürfen jetzt nicht abreißen.“ □



Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Kommune.

Die BayernLabo – Ihr zuverlässiger Partner bei der Finanzierung kommunaler Investitionen.

Wir helfen Ihnen, die passende Kombination aus Kommunalkredit und kommunalem Förderkredit zu finden. Weitere Informationen finden Sie unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

 **Bayern Labo**

„Billig ist nicht gleich preiswert“

Gespräch mit Otmär Zisler, Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH

Regensburg. (osr) Mehrere hunderttausend Teldafax-Kunden haben kürzlich über Nacht ihren Energielieferanten verloren. Wie geht es mit ihnen weiter, nachdem der Insolvenzverwalter die Belieferung der Kunden einstellen ließ? Die Bayerische Gemeindezeitung sprach mit Otmär Zisler, Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH, die in weiten Teilen Ostbayerns und Bayerns als Grundversorger für die Ersatzbelieferung zuständig ist.

GZ: Teldafax hat die Belieferung von mehreren hunderttausend Kunden eingestellt. Müssen diese nun um ihre Strom- und Erdgasversorgung bangen?

Zisler: Nein, natürlich nicht. Wenn Energieunternehmen – aus welchen Gründen auch immer –

schnell in die Bresche zu springen.

GZ: In welchen Gebieten ist Ihr Unternehmen dieser Grundversorger?

Zisler: Wir sind in weiten Teilen Bayerns der Grundversorger, auch in Niederbayern und der Oberpfalz, denn der ländliche Raum ist unser angestammtes

Vertriebsgebiet. Damit haben wir die Pflicht, die Belieferung der dort lebenden Menschen sicherzustellen. Wir sind sozusagen die Feuerwehr und müssen umgehend zur Stelle sein, wenn es irgendwo „brennt“. Und das nicht

nur in einem kleinen Gebiet, sondern auf zwei Drittel der Fläche Bayerns. Das verlangt logischerweise nach personellen Ressourcen, verlangt nach speziellen Beschaffungsmechanismen und verlangt nach einem ausgeklügelten Liefermanagement.

GZ: Was sich auch auf den Energiepreis niederschlägt?

Zisler: Wenn Sie Strompreise unterschiedlicher Anbieter vergleichen, sehen Sie nicht unbedingt, welche gesetzlichen Leistungen und Pflichten hinter den Angeboten der jeweiligen Ener-

gieversorger stehen. Wir nehmen unsere gesetzliche Verpflichtung als Grundversorger wahr und bieten gute, faire und marktgerechte Preise. Eine solide Preisgestaltung ist letztlich auch im Interesse der Kunden. Die billigsten Angebote sind nicht automatisch die besten. Besonders Angebote mit Vorkasse bergen Risiken. Billig ist nicht gleich preiswert.

GZ: Was müssen Sie konkret tun, wenn sie die Ersatzversorgung übernehmen?

Zisler: Je nach benötigter Strom- und Erdgasmenge der ehemaligen Teldafax-Kunden müssen wir am Spotmarkt die nötigen Energiemengen zu aktu-

ellen Preisen beschaffen. Wir können jetzt nicht auf das Preisniveau und eine optimierte Beschaffung achten. Wir brauchen die Energie jetzt sofort und haben keinen zeitlichen Spielraum für strategische Beschaffungselemente. Unsere allgemeine Einkaufsstrategie ist eine völlig andere. Wir kaufen Strom- und Erdgas Mengen, die wir für unsere Kunden benötigen, über einen längeren Zeitraum im Vorfeld ein. Und das Ganze scheibchenweise, um zwischenzeitliche Preisausschläge abzufedern und Preisrisiken für uns und unsere Kunden zu minimieren.

GZ: Müssen sich Kunden in der Ersatzversorgung auf höhere Kosten einstellen?

Zisler: Kein Verbraucher muss in der Ersatzversorgung bleiben. Die betroffenen Kunden können von Beginn an zwischen allen Tarifen von E.ON Bayern Vertrieb wählen. Wenn sie sich dafür entscheiden, fallen auch keine höheren Kosten für die Ersatzversorgung an. □

Internationaler Genossenschaftstag:

Genossenschaften sind von ungebrochener Aktualität

Jeder neunte Bewohner der Erde ist Mitglied einer Genossenschaft. Insgesamt und weltweit sind das 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder in über 100 Ländern. Damit ist das unternehmerische Selbsthilfeprojekt, das vor 160 Jahren Friedrich Wilhelm Raiffeisen sowie Hermann Schulze-Delitzsch in Deutschland entwickelt haben, längst zu einem globalen Erfolgsmodell geworden.

Traditionell würdigen die Vereinten Nationen gemeinsam mit dem Internationalen Genossenschaftsbund (IGB) das im Rahmen des weltweiten Genossenschaftstags am 2. Juli. Mit Recht, wie Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), erklärt: „Seit jeher übernehmen die mittlerweile 1.162 Genossenschaften in Bayern Verantwortung für Gesellschaft und Wirtschaft. Im Freistaat begeistern sich dafür knapp 2,7 Millionen Mitglieder.“ Und die Tendenz sei steigend. Allein 2010 hätten sich 28.000 Bayern neu für die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft entschieden.

Bis Ende April
14 neue Genossenschaften

Das und die stetig wachsende Zahl an Genossenschaften zeige, dass die Unternehmensform von ungebrochener Aktualität sei, so Götzl. Der bayerische Verbandspräsident ist sich sicher, dass man auch 2011 an die hohen Gründungszahlen der Vorjahre anknüpfen werde. Darauf deute hin, dass zwischen Januar und Ende April 2011 bereits 14 neue Genossenschaften entstanden sind. „Weitere vielversprechende Gründungsvorhaben insbesondere im Bereich Umwelt und Energie sind zudem auf einem sehr guten Weg“, erklärt der Verbandspräsident.

Dezentrales und demokratisches Geschäftsmodell

Vor allem im Energiesektor sowie im Bereich Soziales und Gesundheit sieht Götzl Kerngründungsfelder von Genossenschaften: „In der Daseinsvorsorge bietet die Unternehmensform durch ihr dezentrales und demokratisches Geschäftsmodell Antworten auf sozialökonomische Herausforderungen unserer Zeit.“ Insbesondere im ländlichen Raum böten sie wichtige infrastrukturelle Dienstleistungen, die helfen, Bayerns Regionen lebenswert zu erhalten.

Der GVB vereint unter seinem Dach 1.162 genossenschaftliche Unternehmen mit etwa 2,7 Millionen Mitgliedern.

Bayerischer Städtetag zum Erhalt der Gewerbesteuer:

Hartnäckigkeit hat sich gelohnt

„Die Hartnäckigkeit der kommunalen Spitzenverbände hat sich gelohnt. Der erneute Versuch, die Gewerbesteuer abzuschaffen, konnte Dank des Zusammenhalts und der argumentativen Geschlossenheit der kommunalen Ebene abgewiesen werden. Mit dem Abschluss der Beratungen der Gemeindefinanzkommission steht fest, dass die Gewerbesteuer nicht angetastet wird.“, so der Bayerische Städtetag in einer Mitteilung.

Der Deutsche Städtetag und der Bayerische Städtetag seien seit Beginn der konstituierenden Sitzung der Gemeindefinanzkommission in Berlin im März 2010 von Anfang an dabei gewesen, für den Erhalt der Gewerbesteuer zu kämpfen: Mit Pressekonferenzen, Argumentationspapieren, der Resolution beim Bayerischen Städtetag in Straubing und diversen Bezirksversammlungen hätten alle Mitglieder aus der kommunalen Familie daran mitgewirkt, im Kontakt zu Abgeordneten, Verbänden, lokalen Unternehmen und Journalisten argumentativ für die Gewerbesteuer zu kämpfen. Dieser Einsatz habe sich nun gelohnt.

Keine Alternative

Nicht zuletzt die Geschlossenheit über alle Parteigrenzen hinweg, zwischen kreisangehörigen und kreisfreien Städten, Gemeinden und Landkreisen habe dafür gesorgt, dass deutlich wurde: Zur Gewerbesteuer gibt es keine Alternative. Städte und Gemeinden sind auf diese wichtige Steuer angewiesen. „Dieses klare Signal von kommunaler Seite machte Eindruck: Quer durch viele Parteien fanden sich Unterstützer. Besonders half die Rückendeckung durch die Staatsregierung. So hat Ministerpräsident Seehofer sein Versprechen vom Bayerischen

Städtetag in Straubing im Juli 2010 gehalten, wonach die Staatsregierung gegen den Willen der kommunalen Familie keiner Reform der Kommunalfinanzen zustimmen wird. Auch die Kanzlerin hat Wort gehalten.“

Allerdings müssten sich bereits jetzt Städte und Gemeinden darauf einstellen, dass dieselbe Debatte in der nächsten Legislaturperiode erneut ausbrechen kann, so der Städtetag: „Die Kommunen müssen weiterhin wachsam bleiben, besonders wenn es um die Frage der Hinzurechnung von Mieten, Pachten, Leasinggebühren und Lizenzgebühren geht.“

Grundsicherung im Alter

Ein weiterer positiver Aspekt der Gemeindefinanzkommission des Bundes, der zunächst gar nicht zu erwarten war, sei die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter. Damit dürften die Kommunen bundesweit zunächst von Kosten in Höhe von rund 4 Mrd. Euro entlastet werden. Dies sei eine mittelfristige Erleichterung, die einen beachtlichen Schritt darstellt, um nun erstmals die rasante Steigerung der Sozialausgaben abzufedern. Dies ist endlich ein Signal, dass Bund und Länder erkannt haben, wie sehr die hohen Sozialausgaben die kommunalen Haushalte belasten. □



Geschäftsführer Otmär Zisler.

ihren Betrieb einstellen, sind bundesweit so genannte Grundversorger gesetzlich verpflichtet, nahtlos die weitere Versorgung der betroffenen Verbraucher sicherzustellen.

GZ: Auf welche Weise werden diese Grundversorger ermittelt?

Zisler: Da gibt es eine gesetzliche Regelung. Nach ihr hat jeweils der Energieanbieter die Grundversorgungspflicht, der in einem bestimmten Gebiet die meisten Kunden beliefert. Man geht davon aus, dass die größeren Versorger eher in der Lage sind,

60-jähriges Jubiläum der LfA Förderbank Bayern

Wirtschaftsminister Zeil: „Mit der LfA an der Seite gut gerüstet für die Zukunft“

„Seit sechs Jahrzehnten ist die LfA eine der tragenden Säulen der bayerischen Wirtschaftsförderung und ein wichtiges Instrument für eine erfolgreiche Strukturpolitik. Dazu gratuliere ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie allen Vorstandsmitgliedern, die die LfA seit ihrer Gründung im Jahr 1951 zu dem gemacht haben, was sie heute ist“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil anlässlich des 60-jährigen Bestehens der LfA Förderbank Bayern.

Zeil, der zugleich Vorsitzender des Verwaltungsrats der LfA ist, betont zudem: „Die LfA mit ihrem umfassenden Förderinstrumentarium hat sich zu einem wichtigen Partner für den Mittelstand entwickelt. Vom Handwerksbetrieb bis zur High-Tech-Firma, vom Existenzgründer bis zum etablierten Mittelständler – für jeden bietet die LfA mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung ein Förderangebot.“ Dabei wird die Palette kontinuierlich überprüft und bedarfsgerecht optimiert.

Bayerischer Mittelstandsschirm

Bestes Beispiel ist der Bayerische Mittelstandsschirm zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Unter diesem Schirm hat die LfA ihr Bürgschaftsangebot in den Jahren 2009 und 2010 vorübergehend erheblich ausgeweitet und so die Kreditversorgung von 4.400 Unternehmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise gesichert. Derzeit unterstützt die LfA den Aufschwung im Mittelstand mit zinsgünstigen Krediten für Investitionen und Betriebsmittel.

„Kernstück bayerischer Wirtschaft ist und bleibt die Mittelstandspolitik. Unser vorrangiges Ziel ist es, die Leistungs- und Innovationsfähigkeit des Mittelstands und damit seine Wettbewerbsfähigkeit auf in- und ausländischen Märkten zu verbessern. Die LfA als moderne Förderbank hat gerade in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts annimmt und meistert. Daher bin ich überzeugt, dass die bayerische Wirtschaft mit der LfA an ihrer Seite auch in Zukunft hervorragend aufgestellt ist.“

Die LfA Förderbank Bayern wurde 1951 als Landesanstalt für Aufbaufinanzierung gegründet, um vor allem Kriegsflüchtlingsden wirtschaftlichen Neustart zu ermöglichen. Heute unterstützt sie in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen. Im Jahr 2010 erreichte die LfA mit ihren Förderkrediten einen Rekordwert von 1,7 Milliarden Euro. 6.400 Mittelständler mit über 100.000 Arbeitsplätzen konnten mit Hilfe der LfA Investitionen im Wert von 2,4 Milliarden Euro tätigen. □

www.lfa.de

60 JAHRE MITTELSTAND

Auch für energiesparende Sanierungen

Infrakredit Kommunal
Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/2124-2262*. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.

* (3,9ct/Min. aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunkhöchstpreis 42 ct/Min.)

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

Neuer DKC-Leitfaden für Kommunen:

PPP Projektmanagement

PPP-Modelle spielen in den Beschaffungsprozessen der Öffentlichen Hand eine zunehmend größere Rolle. Der Anteil der abgeschlossenen und in Vorbereitung befindlichen PPP-Projekte am Gesamtvolumen der Auftragsvergaben der Öffentlichen Hand wächst stetig. Parallel zu dieser positiven Entwicklung hat es aber in der Vergangenheit eine große Zahl von nicht umgesetzten oder abgebrochenen PPP-Projekten gegeben.

So scheiterten Projekte u. a. an ihrer mangelhaften Vorbereitung oder an der unzureichenden Einbindung von Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung, der Rechtsaufsicht und der Öffentlichkeit. Hinzu kamen häufig grundsätzliche Vorbehalte oder falsche Erwartungen bezüglich der Leistungsfähigkeit von PPP-Modellen.

Fehlentwicklungen vermeiden

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) hat gemeinsam mit Sparkassen, Landesbanken und Regionalverbänden trotz der Finanzmarktkrise in den vergangenen Jahren zahlreiche Aktivitäten entwickelt, um die öffentliche Hand im Umgang mit Öffentlich Privaten Partnerschaftsmo- dellern zu unterstützen und zu informieren. Um Fehlentwicklungen beim Start und bei der Durchführung von PPP-Projekten künftig vermeiden zu helfen, hat die Kommunalberatungsgesellschaft der Deka-Bank, die „DKC – Deka Kommunal Consult“ im Auftrag des DSGV den druckfrischen Leitfaden „PPP Projektmanagement“ erstellt. Dieser richtet sich an alle kommunalen Auftraggeber bundesweit.

Arbeitshilfe

Das zentrale Anliegen dieses Leitfadens ist es, den Kommunen eine praxisorientierte Arbeitshilfe zur Verfügung zu stellen, mit der sie eine effektive, auf ihre speziellen Bedürfnisse angepasste Projektorganisation für PPP-Hochbauprojekte entwickeln und aufbauen können. Der neue Leitfaden soll weiterhin dazu beitragen, Vorbehalte gegenüber PPP-Projekten zu entkräften, PPP-Prozesse zu beschleunigen sowie mögliche Verfahrenskosten zu verringern. Praxisbezug und Anwendbarkeit wurden durch zahlreiche Experteninterviews und die Einbindung mehrerer PPP-erfahrener Kommunen in die Erarbeitung des Leitfadens bestätigt.

Aus der Praxis - für die Praxis

Bewusst wurde bei der Aufbereitung der Empfehlungen ein

neuer Weg der Visualisierung und der Darstellung gewählt, um schnell und gezielt einen Überblick über die wichtigsten Schritte unter dem Motto „Aus der Praxis - für die Praxis“ geben zu können.

Vier Phasen

Der PPP-Beschaffungsprozess gliedert sich in vier zeitlich aufeinander folgende Phasen: die Frühphase, die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens mit abschließender Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sowie die Umsetzungsphase. In dem Leitfaden werden diesen einzelnen Phasen die jeweils anfallenden Aufgaben zugeordnet und organisatorische Empfehlungen für eine optimale Durchführung gegeben. Dies geschieht durch klar und übersichtlich strukturierte Organigramme, in denen die Ablaufprozesse dargestellt, die jeweiligen Aufgaben und Aufgabenträger benannt und Vorschläge zu einer optimierten Organisation der Bearbeitung gegeben werden.

Transparenz

Darüber hinaus zeigen ergänzende Hinweise kritische Punkte im Verlauf des Verfahrens auf. Empfehlungen für eine transparente Kommunikations- und Informationsstrategie und ein Glossar zur Erläuterung der wichtigsten Fachbegriffe runden den Leitfaden ab.

Ein Beispiel für die Vorbereitung und Durchführung eines PPP-Vergabeverfahrens gibt derzeit der Landkreis Miesbach: hier befindet sich aktuell das PPP-Projekt zum Neubau und Betrieb von Schulen in der europaweiten Ausschreibung. Ausgangspunkt war hier eine erfolgreiche Kooperation zwischen der Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee und dem Landkreis Miesbach.

Optimaler Zuschnitt

Vor dem Hintergrund, dass dort dringend Neubauten für ein Gymnasium, eine Fachoberschule und eine Realschule benötigt werden und zudem an den jeweiligen Standorten Sporthallen zu errichten sind,

und somit der Landkreis Miesbach vor großen Haushaltsbelastungen steht, wurden alternative Realisierungsvarianten verglichen und eine auf den Haushalt optimal abgestimmte Lösung entwickelt. Über den klassischen Kommunalkredit hinaus kam alles auf den Tisch: Leasing, Miete und weitere Alternativen wie z. B. Public Private Partnership. Hierzu erarbeitete die Deka Kommunal Consult ein PPP-Modell, das optimal auf den Landkreis Miesbach zugeschnitten ist.

Danach sucht der Landkreis mit der laufenden Ausschreibung einen Partner, der in einem

„Voraus denken - elementar versichern“:

Kampagne geht in die zweite Runde

Wirtschaftsminister Zeil: „Absicherung gegen Naturgefahren wichtig und sinnvoll“

Wirtschaftsminister Martin Zeil hat die zweite Runde der Kampagne der Bayerischen Staatsregierung ‚Voraus denken - elementar versichern‘ gemeinsam mit Friedrich Schubring-Giese, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, Dr. Walter Tesarczyk, Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG und Dr. Armin Zitzmann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Nürnberger Versicherungsgruppe, eingeläutet.

„Jeder Unternehmer sollte eigenverantwortlich für den Schutz seines Betriebes oder Geschäfts sorgen. Sichern Sie daher Ihr Gebäude und Ihre Betriebseinrichtung umfassend gegen Elementarschäden ab“, appelliert Zeil an die bayerischen Unternehmer.

Die Kampagne läuft bereits seit Februar 2009 und richtete sich bisher in erster Linie an private Hauseigentümer und Mieter. Jetzt wird sie erweitert und spricht gezielt auch Unternehmer an. Mit dem geeigneten Versicherungsschutz, aber auch

durch gezielte bauliche und technische Maßnahmen am Gebäude sollten sich Unternehmen und Bürger gegen den Katastrophenfall wappnen. „Denn der Staat kann bei Schäden durch Naturkatastrophen grundsätzlich nur einspringen, wenn das Gebäude nicht versicherbar war“, erklärt Zeil.

Die Kampagne informiert über die wichtigsten Naturgefahren in Bayern und die Möglichkeiten der Absicherung. Durch den Klimawandel werden extreme Wetterereignisse häufiger. Die Folge sind große Schäden an den Gebäuden durch Hochwasser, Stürme und Starkregen. „Vor allem die Gefahr von Starkregen wird häufig

PPP-Modell die Planungen übernimmt, die Investitionen durchführt und vorfinanziert, der dann aber auch langfristig für die Instandhaltung und den technischen Gebäudebetrieb verantwortlich zeichnet.

Vorteile

„Aus Sicht des Landkreises können so einerseits Kostenvorteile generiert, andererseits zusätzlich auch typische Projektrisiken auf den privaten Partner übertragen werden“, betont Rainer Book, Seniorberater der DKC. Wichtig sei, dass das Eigentum an den Schulen in jedem Fall beim Landkreis verbleibt. So könnten auch Mittel aus der staatlichen Schulbauförderung in Anspruch genommen werden.

DK

Rosenheims Wirtschaft in der Krise robust

Wirtschaftsleistung 2009 nur um 1,2 Prozent zurückgegangen

„Dass die Unternehmen in unserer Stadt in Krisenzeiten robuster sind als anderswo, wissen wir schon länger. Dass wir aber ausgerechnet im Krisenjahr 2009 zusammen mit Würzburg so gut abschneiden wie keine andere der 25 kreisfreien Städte in Bayern, hätten selbst die größten Optimisten nicht gedacht“, erklärte Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer zu den heute bekannt gewordenen neuesten Zahlen des Bayerischen Statistischen Landesamtes zum Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 2009.

In Rosenheim ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2009 gegenüber dem Boomjahr 2008 um 1,2 Prozent zurückgegangen. Diese Größe misst die von der heimischen Wirtschaft in der Stadt erarbeiteten Güter und Dienstleistungen. Die bayerische Wirtschaft insgesamt ist in diesem Zeitraum um 3,2 Prozent geschrumpft. In den 25 kreisfreien Städten im Freistaat lag der Rückgang im Durchschnitt bei 3,3 Prozent, in den 72 bayerischen Landkreisen bei 3,1 Prozent.

Vergleichswerte

Besser als Rosenheim hat nur die Stadt Würzburg mit einer Verminderung der Wirtschaftsleistung um 0,8 Prozent abgeschnitten. Am tiefsten in die Rezession abgesackt ist die Stadt Schweinfurt mit einem Minus von 9,4 Prozent, gefolgt von Regensburg mit minus 7,4 Prozent. In Oberbayern weist die Stadt Ingolstadt einen BIP-Rückgang von 5,4 Prozent auf, die Landeshauptstadt München ein Minus von 1,8 Prozent.

„In der schwersten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit

ist Rosenheim erfreulich glimpflich davongekommen. Dennoch besteht kein Anlass, die Hände in den Schoß zu legen. Denn bei der Wirtschaftsleistung je Einwohner rangieren wir 2009 mit 40.373 Euro zwar 38 Prozent über Bundesdurchschnitt, aber innerhalb Bayerns nur auf Rang 21 unter den 25 kreisfreien Städten“, betont Wirtschaftsdezernent Thomas Bugl.

Wirtschaftskraft absichern

Bugl weiter: „Wir müssen speziell den produzierenden Unternehmen die Möglichkeit bieten, auch bei Unternehmenserweiterungen oder Verlagerungen in der Stadt bleiben zu können, wenn wir die Wirtschaftskraft der Stadt nachhaltig absichern wollen. Das Gewerbegebiet Oberfeld mit sechs Hektar Ansiedlungsfläche bietet dafür ab Herbst eine erste Möglichkeit, wenn das Umlegungsverfahren erfolgreich abgeschlossen ist. Auch auf dem Bahnhofsareal Süd können wir mit dem geplanten Technologiecampus mittelfristig entsprechende Flächen anbieten“, hebt Thomas Bugl hervor.

□

GVB zur Organisation einer dezentralen Energiewende:

Präsident Götzl fordert runden Tisch

In Bayern gibt es 100 Energiegenossenschaften, von denen 68 in den letzten fünf Jahren gegründet wurden. Diese Entwicklung bestärkt Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), in seiner Position, dass die dezentrale Energieerzeugung und -versorgung möglich ist.

„Es gibt vielfältige Ressourcen, die für die regionale Energieproduktion und damit für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum genutzt werden können“, so der Verbandspräsident. Zudem biete die dezentrale Gestaltung der Energieversorgung den wirtschaftlichen Vorteil, dass durch die Nutzung der regionalen Energiequellen die Wertschöpfung in der Heimat bleibt. Um dies zielgerichtet voranzutreiben, fordert Götzl einen runden Tisch unter Beteiligung von Staatsregierung, Vertretern der Kommunen und Landkreise, von Stadtwerken sowie Unternehmens- und Genossenschaftsvertretern.

Genossenschaftliche Konzepte

Ansatzpunkte für eine dezentral organisierte Energiewende hat der GVB in seinem Papier „genossenschaftliche Konzepte zur regionalen Umsetzung der Energiewende unter Einbindung von Bürgern und Kommunen“ zusammengefasst. Das Konzept kann als Leitfaden für eine bürgerorientierte Energiepolitik dienen. Es steht unter www.gv-bayern.de zur Verfügung.

Als begleitende Maßnahmen einer raschen dezentralen Energiewende fordert Götzl gezielte Fördermaßnahmen für Gemeinschaftsanlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, die Einrichtung eines spezifischen Programms der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie die Förderung von Modellprojekten genossenschaftlich organisierter Energieregionen durch den Bund. Zudem regt der bayerische Genossenschaftspräsident die Erstellung eines frei zugänglichen Energiekatasters an, dem zu entnehmen ist, welches Potenzial für welchen regenerativen Energieträger an welchem Ort existiert.

Plädoyer für Förderung regionaler und kommunaler Energienutzungspläne

Darüber hinaus plädiert Götzl für die systematische Förderung regionaler und kommunaler Energienutzungspläne. Außerdem tritt er für den Vorrang von Energiegenossenschaften bei der Ausweisung von Standorten und in Genehmigungs- und Raumplanungsverfahren ein.

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) vereint unter seinem Dach 1.162 genossenschaftliche Unternehmen mit etwa 2,7 Millionen Mitgliedern. Dazu zählen 300 bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 862 ländliche und gewerbliche Genossenschaften. (Stand 01.01.2011).

□

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH

Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf

Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781

E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekac.de

DKC

Finanzgruppe



Bayerischer Sparkassentag in Landshut:

Sparkassen-Modell stabilisiert

Verbandspräsident Zellner und Finanzminister Fahrenschon warnen vor unnötiger Überregulierung

Beim Bayerischen Sparkassentag 2011, der in der Sparkassenakademie Bayern in Landshut stattfand, hat Verbandspräsident Theo Zellner eindringlich davor gewarnt, das bewährte System von Sparkassen in kommunaler Trägerschaft zu gefährden. Zellner zufolge „würde dies diejenigen treffen, die in den schlechten Zeiten den Karren aus dem Dreck gezogen haben“.

Sparkassen, so der Präsident vor rund 500 Delegierten, hätten in der Finanzkrise stabilisierend gewirkt und eine Kreditklemme verhindert. Nun komme es darauf an, „den größten Finanzdienstleister in Bayern und Vertrauensgeber für Private, Handwerk und Mittelstand handlungsfähig zu erhalten und durch diese nationalen und in-

bauer betroffen.“

Verbraucherschutz

Ein weiteres Thema des Sparkassentages in Landshut befasste sich mit dem neu geregelten Verbraucherschutz. Mit den neuen Regeln muss nach Zellners Auffassung sichergestellt sein, dass mehr Schutz nicht

len Selbstverwaltungshoheit. Außerdem sei in dem am 1. August 2009 in Kraft getretenen BayernLB-Gesetz ohnehin klar gestellt, dass die BayernLB nicht Träger von Sparkassen sein kann.

Keine Finanzierungsklemme

Wie Zellner weiter darlegte, müsse man abwarten, was Brüssel wirklich im Rahmen des Beihilfe-Verfahrens fordern wird und fordern kann. Die bayerischen Sparkassen hätten durch die Abschreibung nahezu ihrer gesamten Landesbank-Anteile bereits Verluste in Milliardenhöhe hingenommen. Außerdem hätten die Sparkassen nach der Finanzkrise durch eine aktive Kreditpolitik entscheidend dazu beigetragen, beim bayerischen Mittelstand eine Finanzierungsklemme zu verhindern. Dies sei zu berücksichtigen, wenn es um die Frage einer Lastenverteilung nach der BayernLB-Rekapitalisierung gehe.

Die Axt am System

Ebenso wie Theo Zellner warnte Finanzminister Georg Fahrenschon in seiner Festansprache vor einer unnötigen Überregulierung. Er erteilte den Versuchen, „unter dem Deckmantel des Wettbewerbs die Axt an das deutsche dreigliedrige System aus öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und privaten Banken zu legen“, eine klare Absage: „Der ungebührlichen Dreischeinheiligkeit aus EU-Kommission, großen Privatbanken und einzelnen Wirtschaftsliberalen werden wir in die Suppe spucken und kräftig gegensteuern.“ Die Sparkassen seien in der Krise ein verlässlicher Partner für den Mittelstand und „Fels in der Brandung“ gewesen: „Sie haben wesentlichen Anteil daran, dass sich die Befürchtungen einer Kreditklemme nicht bewahrheitet haben.“

Trichets Überlegungen

„Finger weg“ lautete Fahrenschons Antwort auf die Überlegungen des Präsidenten der EZB, Jean-Claude Trichet, ein Europäisches Finanzministerium quasi als „bad bank“ einzurichten. Dieser Vorschlag sei vom Ansatz her schon problematisch, nehme er doch den Druck von der Selbstverantwortung für eigene Schulden. Ein derartiges europäisches Finanzministerium wäre auch nicht der „erlösende Staatskommissar“, der Sünder wieder auf den rechten Weg bringe, vielmehr würden die Schulden vergemeinschaftet und „die Sünder sündigen befreit munter fort“, meinte der Minister.

Neue Mutdiskussion

„Mehr Mut und Zivilcourage in allen Bereichen unseres Lebens“, dafür machte sich der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Prof. Sigmund Gottlieb, in seinem Grundsatzreferat stark. Seine Forderung: „Deutschland braucht eine neue Mutdiskussion. Mut und Zivilcourage müssen zur Handlungsmaxime von uns allen werden. Wir müssen diesen Mut wieder



Von rechts: Sparkassenpräsident Theo Zellner, der neue Verbandspräsident Dr. Ivo Holzinger (Oberbürgermeister der Stadt Memmingen), Finanzminister Georg Fahrenschon und der neue Stellvertreter des Verbandspräsidenten, Dingolfings Erster Bürgermeister Josef Pellkofer. □

neu entdecken, weil die Wohlstandsgesellschaft der vergangenen Jahrzehnte wenigstens viele von uns zur Passivität erzogen und kaum mehr existenzielle Mutproben abverlangt hat.“

Erfolgreiche Absolventen

Große Beachtung fand die im Rahmen eines öffentlichen Sparkassentages erstmals vorgenommene zentrale Würdigung erfolgreicher Absolventen des Ausbildungszweiges sowie der sparkasseninternen Fort- und Weiterbildung. Fast 50 junge

Leute aus allen Gebieten Bayerns wurden auf die Bühne gebeten und erhielten Anerkennungspräsente.

Neuwahl des Präsidiums

Während der Verbandsversammlung des bayerischen Sparkassenverbandes wurde turnusgemäß das Präsidium neu gewählt. Zum neuen Verbandspräsidenten wurde Dr. Ivo Holzinger, Oberbürgermeister der Stadt Memmingen, bestimmt. Er löst Dachaus Landrat Hansjörg Christmann ab, der 16 Jahre als

Verbandspräsident gewirkt und nun nicht mehr kandidiert hatte.

Sparkassenpräsident Zellner dankte Christmann ausdrücklich für seine erfolgreiche Führungsarbeit an der Spitze der Verbandsversammlung des bayerischen Sparkassenverbandes. Der Verbandspräsident leitet die Verbandsversammlung, die Zusammenkunft aller Träger und aller Vorstände der 72 bayerischen Sparkassen. Neuer Stellvertreter des Verbandspräsidenten wurde Josef Pellkofer, Erster Bürgermeister der Stadt Dingolfing. **DK**

Wirtschaftliche Lage der Sparkassen

Wie Sparkassenpräsident Theo Zellner ausführte, setzten sich die positiven Trends des Vorjahres in den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 im Großen und Ganzen fort:

1. Das Kreditneugeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen ist weiterhin auf hohem Niveau.
2. Bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen verzeichnen die Sparkassen das beste Neugeschäft der vergangenen fünf Jahre.
3. Bei den Spareinlagen sind die Bestandszuwächse nicht mehr so hoch wie 2010, aber die Marktanteile bei Einlagen von Privatpersonen steigen an.
4. Die Umsätze im Kundenwertpapiergeschäft haben sich im ersten Quartal 2011 leicht verbessert.

Zellner: „Insgesamt sehen wir eine stabile Entwicklung und sind zuversichtlich, dass wir am Ende des Jahres wieder eine gute Bilanz vorlegen können.“ **DK**

ternationalen Finanzmarktregulierungen zu bringen, ohne dass damit Angebotseinschränkungen für die Realwirtschaft verbunden sind“.

Basel III-Regelwerk

Manchmal habe er den Eindruck, so Zellner, die Sparkassen müssten besonders viele Lasten tragen. Es beginne damit, dass sich zwar die Finanzwelt in Europa auf die neuen Regeln vorbereite, sich aber gleichzeitig andere diesen Regeln entzögen. Sollen wirksame Lehren aus der Finanzmarktkrise gezogen werden, so müssten sich alle gleichermaßen an das Basel III-Regelwerk halten: „Es darf nicht sein, dass sich wieder einige ausklinken, während sich die anderen durch die Regeln binden.“

Orientierung an Risikoausrichtung

Der Sparkassenpräsident erwartet von der Politik, dass man bei der Bankenregulierung weniger pauschal vorgeht und sich stattdessen mehr an der Risiko-Ausrichtung der einzelnen Kreditinstitute orientiert: „Es muss stärker unterschieden werden zwischen stabilen Banken und solchen, die durch Größe und spekulatives Geschäftsgebar ein Stabilitätsrisiko werden können.“

Sparkassen müssten aufpassen, dass am Ende nicht der Mittelstand die Zeche zahlt. Denn Zellner zufolge „...führen die neuen Richtlinien der Bankenaufsicht dazu, dass künftig einlagenstarke Kreditinstitute daran gehindert werden, in gleicher Weise wie früher langfristige Kredite zu vergeben. Davon wären Sparkassen mit ihren hohen Anteilen langfristiger Kredite an gewerbliche Kunden, das Handwerk und Häusle-

durch eine erstickende Bürokratie erkaufte wird. Es dürfe nicht sein, dass beratende Institute wie die Sparkassen mit neuen Regulierungen überzogen werden, während gleichzeitig diejenigen ungeschoren bleiben, die sich jeder geregelten Beratungspflicht entziehen.

Vertikale Fusion kein Thema

Mit Unverständnis nahm der Verbandschef Medienberichte zur Kenntnis, denen zufolge die EU-Kommission angeblich eine vertikale Fusion von BayernLB und den bayerischen Sparkassen vorgeschlagen habe. Dies sei niemals ein Thema gewesen. Unabhängig davon könne eine Vertikalisierung von Landesbanken und Sparkassen schon deshalb kein geeigneter Weg sein, weil dadurch ein gesunder Teil des Bankensystems ohne Not aufgegeben werde.

Die Vorteile der dezentral selbstständigen Sparkasseneinheiten gingen verloren zu Lasten zentraler Entscheidungsstrukturen mit allen Nachteilen für die Region und die Unternehmen vor Ort. Die einzig sinnvolle Lösung zur Neugestaltung des deutschen Landesbankensektors liege in der Verkleinerung des Geschäftsvolumens verbunden mit einer Konzentration auf tragfähige Geschäftsfelder.

Eindeutige Rechtslage

Die Rechtslage sei ohnehin eindeutig. Zum einen könne eine Vertikalisierung kein Thema der EU sein, da diese zur Neutralität hinsichtlich der Eigentumsordnung ihrer Mitgliedsstaaten verpflichtet sei. Zum anderen wäre nach deutscher Rechtsordnung eine Zwangs-Fusion der bayerischen Sparkassen mit der BayernLB ein verfassungswidriger Eingriff in den Kernbereich der kommunalen



Sparkassen-Finanzgruppe

Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn nicht nur seine Kunden von ihm profitieren. Sondern alle.



Sparkassen fördern Bildung in allen Regionen Deutschlands. Im Rahmen ihres sozialen Engagements ermöglichen sie Bildungsangebote für alle Teile der Bevölkerung. Sparkassen fördern gemeinnützige Vorhaben im Bildungs- und Sozialbereich mit jährlich über 156 Mio. Euro, denn Wissen ist der wichtigste Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Das ist gut für die Menschen und gut für Deutschland.
www.gut-fuer-deutschland.de

Sparkassen. Gut für Deutschland.



Buntes Programm beim Kinderfest der Kugler Alm und der Kreissparkasse.

„Harry“ verursacht zahlreiche Schäden

Tipps zur reibungslosen Schadenregulierung

Das Unwetter „Harry“ führte vor allem in Ober- und Niederbayern, aber auch in Schwaben und Franken zu erheblichen Sachschäden an Fahrzeugen, Gebäuden und in der Landwirtschaft. Nach ersten Einschätzungen rechnet die Versicherungskammer Bayern mit einem Aufwand von rund 20 Mio. Euro. Das Unternehmen rät seinen Kunden Schäden sofort per Telefon über die zentrale Schadenhotline unter 01805/123456 (0,14 €/Min aus dem deutschen Festnetz) oder online unter www.vkb.de/web/html/pk/service/schadenmeldung/ zu melden.

Die Mitarbeiter sind auf die zu erwartende große Anzahl der Meldungen vorbereitet und sorgen für eine schnelle und reibungslose Regulierung. Kunden können Kleinschäden bis 1.500 Euro dort direkt melden; sie werden sofort reguliert. Wenn möglich, sollten im Schadenfall Notmaßnahmen zur Minderung von Folgeschäden gleich ergriffen werden. Grundsätzlich empfiehlt die Versicherungskammer Bayern jeden Schaden zu fotografieren.

Versicherungsschutz für „alle Wetter“

Hochwasser- und Überschwemmungskatastrophen sowie heftige Stürme als Folge des Klimawandels stellen für Gebäude eine steigende Gefahr dar. Mit der Zunahme von Unwettern steigt auch die Anzahl der Schäden. Nach wie vor ist Hausbesitzern oft nicht bewusst, dass ihr Gebäude nicht gegen alle Naturgefahren versichert ist. Viele haben zwar für die Gefahren Feuer, Hagel, Sturm und Leitungswasser eine Police abgeschlossen. Nur jedes 20. Haus in Bayern ist aber gegen Naturgefahren wie Überschwemmungen (auch Starkregen), Hochwasser, Schneedruck und Lawinen versichert.

Die Versicherungskammer Bayern bietet daher eine neue Wohngebäudeversicherung mit KlimaKasko an – eine Rundum-

Versicherung für Wohngebäude. Sie greift bei Schäden durch Feuer, Leitungswasser, Sturm und Hagel sowie weiteren Elementargefahren wie Starkregen, Schneedruck und viele mehr und beinhaltet so einen Versicherungsschutz für „alle Wetter“. Damit nicht nur das Gebäude gut versichert ist, sondern auch alles, was sich darin befindet, gibt es ergänzend auch eine Hausratversicherung mit der KlimaKasko.

Zwei Tarife mit Klima Kasko

Die KlimaKasko leistet einen optimalen Schutz gegen Naturgefahren. Sie kann bei fast allen Gebäuden in Bayern abgeschlossen werden. Über die Tarife kann der Kunde selbst entscheiden, welche Zusatzkosten er abgedeckt haben möchte. Der Kompakt-Tarif gewährleistet einen soliden Grundschutz zu günstigen Beiträgen. Der Optimal-Tarif bietet einen Rundum-Schutz durch vier zusätzliche leistungsstarke Pakete zu ebenfalls einem guten Preis-Leistungsverhältnis: das Gebäude-, Grundstücks-, Umwelt- und Service-Optimal-Paket. Wer die KlimaKasko erwirbt, bekommt obendrein den elektronischen Unwetterfrühwarnservice „Wind & Wetter“ gratis dazu. Damit erhalten Kunden vor heranziehenden Unwettern rechtzeitig eine Warnung per SMS, E-Mail oder Fax. So können Maßnahmen er-

Toben, Rätseln, Kräftermessen

KNAX-Kinderfest der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg lockt rund 800 kleine Besucher

Spannende Spiele bei strahlendem Sonnenschein: Rund 800 Kinder erlebten beim elften KNAX-Kinderfest der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg in der Oberhachinger Kugler Alm einen ereignisreichen Nachmittag im Grünen. Für die kleinen Ehrengäste hatten die Veranstalter wie schon in den Vorjahren ein pralles Programm auf die Beine gestellt: Die Kinder hatten die Auswahl zwischen Ponyreiten, Hüpfburg und Luftballonkünstler bis zum Kinderschminken und einem Spielmobil der Stadt München.

Während es sich die Eltern bei Musik der Live-Band „Party Time“ und einer Radlermaß gemütlich machten, spornete eine Reihe von Wettbewerben die Kinder zum Mitmachen an: In den Disziplinen Sackhüpfen, Eierlauf, Dosenwerfen und Spieleparcours konnten die Buben und Mädchen ihre Geschicklichkeit und Ausdauer messen.

Zur Halbzeit gingen die Kinder bei einer Rätselralley auf Erkundung durch den Biergarten, wo Plakate mit Aufgaben auf sie warteten. Die kniffligen Fragen zu Knacken bereitete eine echte Herausforderung, die die Kreissparkasse mit kleinen Geschenken belohnte.

Als Höhepunkt des Tages las der Schauspieler und Synchronsprecher Manou Lubowski aus

den Erik Elch Büchern von Jens Höhner die spannendsten Episoden vor und zog die Zuhörer in seinen Bann. Lubowski, der unter anderem bei Soko 5113 und Forsthaus Falkenau mitgespielt hat, war den Kindern vor allem als Stimme des Charakters „Klöschen“ aus der Hörspielserie TKKG bekannt.

Organisatorin Nadine Seizinger von der Kreissparkasse resümiert: „Wir freuen uns, dass das Kinderfest auch in diesem Jahr bei den Kids und ihren Eltern super angekommen ist – Petrus und den vielen Helfern sei Dank!“ Fest steht: Nach solch einem ereignisreichen Tag sind die meisten Kinder am Abend trotz Hitze und Helligkeit sicher freiwillig in ihr Bett gefallen.

Schneller ins Eigenheim

**Oberpfälzer sind Bayerns eifrigste Bausparer
Zwei Drittel der Bausparer leben bereits in den eigenen vier Wänden**

In der Oberpfalz leben Bayerns eifrigste Bausparer. Knapp zwei Drittel der Haushalte (63,8 Prozent) in der Oberpfalz besitzen mindestens einen Bausparvertrag. Dies ist der höchste Wert im Vergleich der Regierungsbezirke und deutlich mehr als der Durchschnitt im gesamten Freistaat, der bei 55,5 Prozent liegt.

Wichtig für Autobesitzer

Autobesitzer sollten auf jeden Fall eine Kfz-Teil- oder Vollkaskoversicherung mit an Bord haben. Sie ersetzt nicht nur Schäden, die direkt durch die Überschwemmung, den Sturm oder Hagel entstanden sind. Der Versicherungsschutz umfasst auch Beschädigungen durch umherfliegende Gegenstände wie Ziegel oder Äste.

zent liegt. Das geht aus einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Nürnberg hervor, auf die die LBS Bayern hinweist.

Auch in Oberfranken (63,3 Prozent) und in Unterfranken (62,1 Prozent) wird besonders intensiv auf ein Eigenheim hingespärt. Überdurchschnittlich engagiert beim Bausparen sind zudem die Schwaben mit einer Quote von 58,9 Prozent. In Mittelfranken besitzen 54,6 Prozent der Haushalte einen oder mehrere Bausparverträge, in Niederbayern sind es 53,6 Prozent, in Oberbayern 46,6 Prozent.

Wohneigentumsquoten

Dass es Bausparer häufiger in die eigenen vier Wände schaffen, zeigt sich bei den Wohneigentumsquoten. Im Freistaat lebt rund jeder zweite Haushalt im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung. Bei den bayerischen Bausparern sind es 65 Prozent.

LBS Bayern mit 40-prozentigem Marktanteil

Die LBS Bayern ist mit 1,5 Millionen Kunden und einem Marktanteil von 40 Prozent beim Neugeschäft die führende Bausparkasse im Freistaat. Im Verbund mit den Sparkassen ist das Unternehmen seit über 80 Jahren ein bewährter Partner für Erwerber und Besitzer von Wohnimmobilien. Mit ihrer Expertise trägt die LBS 20 Bayern wesentlich zu einer verlässlichen und krisenfesten Altersvorsorge der Menschen im Freistaat bei. Im Jahr 2010 vermittelte sie rund 228.000 neue Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 7,95 Milliarden Euro. Zum Jahresende 2010 befanden sich rund 2 Millionen Bausparverträge mit einer Bausparsumme von fast 55 Milliarden Euro im Bestand.

Infos: www.lbs-bayern.de.



Spannende Vorträge beim Kreissparkassen-Unternehmerfrühstück in der Kugler Alm in Oberhaching sowie im Platzl Hotel in München.

Unternehmerische Risiken im Blick

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg informierte Unternehmer über Versicherungsschutz bei Fehlentscheidungen und Rechtsfällen

„Nur wer überhaupt nichts macht, macht keine Fehler“: Referenten und Besucher des Unternehmerfrühstücks der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg waren sich einig, dass das Eingehen von Risiken für Firmeninhaber, Geschäftsführer oder Vorstände zum täglichen Brot zählt. Doch was, wenn Unternehmer persönlich für die Folgen einer Entscheidung haftbar gemacht werden? Oder wenn ein Rechtsstreit mit Mitarbeitern oder mit Dritten droht?

In der Kugler Alm in Oberhaching sowie im Platzl Hotel in München informierten die Sparkasse und ihre Verbundpartner die zahlreich erschienenen lokalen Geschäftstreibenden, welche Fallstricke bei der Haftung sie beachten sollten und wie sie sich vor Folgen schützen können.

Grauzone

Die Abgrenzung von zulässigem unternehmerischen Risiko und unzulässigen Wagnissen ist häufig eine Grauzone. Besonders in Situationen, die schnelle Entscheidungen erfordern, können nicht alle möglichen Szenarien durchgespielt werden.

Absicherung

Wie Unternehmen ihre Führungskräfte gegen die Folgen von Fehlentscheidungen absichern können, erklärten Holger Gropengießer und Christian Forster von der Versicherungskammer Bayern. „Oft ist nicht hinreichend bekannt, dass Geschäfts-

führer nach wirtschaftlich folgenreichen Fehlern auch mit ihrem Privatvermögen haftbar gemacht werden können“, so Gropengießer. Dazu genüge bereits der Nachweis leichter Fahrlässigkeit. Selbst wenn ein anderes Mitglied der Geschäftsleitung einen Fehler begangen habe, trete unter Umständen die Mithaftung ein.

Strafrechtliche Ermittlungen im Gewerbebereich

Rund 20 Millionen Deutsche gehen Jahr für Jahr vor Gericht, etwa 900.000 Verfahren werden jährlich vor den Arbeitsgerichten verhandelt und strafrechtliche Ermittlungen im Gewerbebereich nehmen zu: Mit aktuellen Zahlen und Trends unterlegte Anna Reuter von der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ihren Anschlussvortrag, in dem sie über Sinn und Zweck einer Rechtsschutzversicherung für den gewerblichen Bereich informierte.

BayernLB legt Code of Conduct vor

Verbindlicher Verhaltenskodex verabschiedet

Die BayernLB hat seit Herbst 2010 intensiv an einem eigenen Verhaltenskodex gearbeitet und diesen nun eingeführt. Das Regelwerk stellt klare Leitlinien auf und informiert über rechtmäßiges, ethisches und verantwortungsvolles Handeln.

Die Richtlinien ergänzen und konkretisieren bestehende Regelwerke sowie die geltenden Corporate Governance Grundsätze und Unternehmens- und Führungsleitbilder. Mit der Vorlage ihres Code of Conduct setzt die BayernLB ein sichtbares Zeichen und gibt ein klares Bekenntnis zu ihrer unternehmerischen und gesellschaftlichen Verantwortung.

Partizipativer Prozess

Der Code of Conduct steht für die Beachtung aller gesetzlichen Regelungen und Vorgaben sowie freiwillige Verpflichtungen und Werte der Bank. Das Regelwerk ist unter Führung des Bereichs Compliance in Zusammenarbeit mit zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Hierarchiestufen und Unternehmensbereiche in einem partizipativen Prozess ent-

standen. Es enthält fundamentale Regeln für Integrität und Redlichkeit wie beispielsweise Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption, zu Insiderwissen, geltendem Wettbewerbsrecht, Datenschutz, zur Einhaltung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards sowie fairen Arbeitsbedingungen.

Klares Signal gegen strafbare Handlungen

„Mit dem Code of Conduct setzen wir ein klares Signal gegen unethisches Verhalten und strafbare Handlungen“, sagt Marcus Kramer, zuständiges Vorstandsmitglied und Chief Risk Officer der BayernLB. „Wir gehen präventiv gegen Risiken vor und erhöhen durch eine konsequente Umsetzung des Kodexes unsere Glaubwürdigkeit.“

DSK-Fachtagung Bayern

Dienstag, 12. Juli 2011 | Presseclub Nürnberg

Das Treffen für Vertreter der öffentlichen Hand zu aktuellen Themenstellungen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung

Die Themen (Auszug)

Interessante Fachvorträge und Praxisbeispiele von Vertretern der öffentlichen Hand und Unternehmen

- Neue Impulse für interkommunale Projekte: Stärkung und Weiterentwicklung am Beispiel hessischer Städte, Gemeinden und Kreise
- Mit guten Beispielen voran: Interkommunale Zusammenarbeit in Franken und Bayern im Profil
- Region mit Weitblick: Hesselberg
- Wie Groß und Klein erfolgreich kooperieren: Zweckverband „Güterverkehrszentrum Raum Augsburg“
- „Wir 4“ – Interkommunale Zusammenarbeit im Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach

Tel. +49 (0)911 5209940 | nuernberg@dsk-gmbh.de | www.dsk-fachtagung.de



Interkommunal
erfolgreich:
Kooperation über
Gemeindengrenzen
hinaus

DSK

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

Westfalia-Automotive:

Mit Private Equity weiter auf Wachstumskurs

Die BayernLB Private Equity, München, begleitet die Parcom Deutsche Private Equity, München, bei dem Erwerb der Mehrheit an der Westfalia-Automotive, einem der Markt- und Technologieführer für Anhängervorrichtungen, Trägersysteme und innovative und sicherheitsorientierte Transportlösungen. Jens Waldau, Geschäftsführer von Westfalia-Automotive, freut sich mit den neuen Mehrheitsgesellschaftern auf eine weitere Dynamisierung des ohnehin beeindruckenden Wachstumsprozesses.

Von der Schmiede über die erste Anhängerkupplung mit Kugelkopf zur „Best Brand“ 2010: Das Traditionsunternehmen Westfalia-Automotive mit Sitz im ostwestfälischen Rheda-Wiedenbrück kann auf eine beeindruckende Historie zurückblicken. Heute ist das Unternehmen einer der weltweit führenden Hersteller für Anhängervorrichtungen, Trägersysteme und innovative und sicherheitsorientierte Transportlösungen. Das Portfolio überzeugt durch innovative Vielfalt, beinhaltet beispielsweise rund 1.700 Anhängerkupplungen für nahezu alle Fahrzeugtypen.

Erstausrüsterqualität

Westfalia-Automotive ist einer der wenigen Hersteller, der sämtliche Kunden- und Vertriebssegmente mit Produkten in „Erstausrüsterqualität“ beliefern kann. Zu Westfalia-Automotive gehören neben dem Stammwerk in Wiedenbrück die französische Herstellerfirma SI-ARR, sowie der schwedische Hersteller Monoflex. Mit ca. 800 Mitarbeitern erwirtschaftete das Unternehmen in 2010 einen Umsatz von rund 142 Mio. Euro und konnte seine beeindruckende Wachstumsstrategie damit erfolgreich fortsetzen.

Weitere Dynamisierung

Jens Waldau, CEO, freut sich auf die weitere Dynamisierung des Wachstumsprozesses: „Westfalia-Automotive steht vor vielen neuen Herausforderungen.

Umweltstaatssekretärin Huml:

Unterstützung für Gemeinden wird fortgesetzt

50 Millionen Euro für die Sanierung von Hausmülldeponien

Der Unterstützungsfonds - paritätisch finanziert vom Freistaat Bayern und den kreisangehörigen Gemeinden - wird verlängert. Den Gemeinden stehen somit bis zum Jahr 2015 weitere 50 Millionen Euro für die Erkundung und Sanierung ihrer Hausmülldeponien zur Verfügung. Darüber informierte Umweltstaatssekretärin Melanie Huml den Aufsichtsrat der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH in München.

„Staat und Gemeinden investieren weiterhin gemeinsam in die Umwelt - zum Schutz unserer wertvollen Ressourcen Boden und Grundwasser“, so Huml. Bereits die erste Laufzeit des Unterstützungsfonds hat sich als voller Erfolg erwiesen.

Hohe Akzeptanz

„Die Akzeptanz der Gemeinden ist hervorragend“, berichtet Huml. So wurden seit 2006 insgesamt 274 Maßnahmen auf 212 Deponiestandorten mit einem Gesamtvolumen von 32 Millionen Euro bewilligt. Zusammen mit dem Eigenanteil der Gemeinden in Höhe von rund acht Millionen Euro wurden somit seither rund 40 Millionen Euro in die Umwelt investiert. In Bayern sind etwa 5000 ehemalige gemeindliche Hausmülldeponien bekannt, 1000 davon in der höchsten Prioritätsstufe, die untersucht und gegebenenfalls saniert werden müssen. Sie stammen im we-

Da her war uns bei der Wahl der Investoren wichtig, dass diese nicht nur Kapital mitbringen, sondern ein wirkliches Interesse daran haben, partnerschaftlich mit uns die Zukunft dieses Traditionshauses zu gestalten. Wir freuen uns mit der BayernLB Private Equity einen weiteren mittelstandsaffinen Partner gewonnen zu haben, der uns auf unserem Wachstumspfad unterstützt.“

Exzellenter Partner

Volker Hichert, Geschäftsführer der Parcom Deutsche Private Equity: „Wir freuen uns, dass die BayernLB Private Equity uns bei diesem Investment begleitet. Wir haben damit einen exzellenten und finanzkräftigen Partner gefunden, um gemeinsam die Innovationskraft von Westfalia nachhaltig zu fördern und die starke Marktposition innerhalb und außerhalb Europas weiter zu festigen und auszubauen.“

Grundstein für Wachstum

Jan Hähnel, Investment Director bei der BayernLB Private Equity, unterstreicht das enorme Wachstumspotential des Unternehmens: „Westfalia-Automotive verfügt über eine hervorragende Marktposition und hat damit den Grundstein einer erfolgreichen Wachstumsstrategie gelegt. Wir freuen uns, ein so außergewöhnliches Unternehmen und exzellent aufgestelltes Management Team zu unterstützen.“

Bayerische Landesbank:

Schadensersatzklagen gegen ehemalige Vorstandsmitglieder werden eingereicht

München - Der Verwaltungsrat der BayernLB hat in seiner gestrigen Sitzung über die Einreichung von Schadensersatzklagen gegen die am Erwerb des Mehrheitsanteils an der HGAA beteiligten ehemaligen Vorstandsmitglieder der BayernLB beraten.

Die von den Anwälten der BayernLB im Auftrag des Verwaltungsrates vorbereiteten Klagen wegen Schadensersatzansprüchen aus dem Erwerb der Mehrheitsbeteiligung an der HGAA und dem Themenkomplex der ABS-Geschäfte werden noch im Juni 2011 gegen die seinerzeit verantwortlichen Vorstandsmitglieder bei Gericht eingereicht. Gegen Herrn Dr. Gribowsky wurde bereits im Januar 2011 Klage eingereicht. □

Umweltminister Söder zu Grüner Gentechnik:

Schwäbische Kommunen setzen Signal

Einheitliches Logo stärkt Initiative

Bayern soll selbst über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen entscheiden können. Dies unterstützen auch zahlreiche Kommunen im Freistaat. Umweltminister Dr. Markus Söder verlieh Vertretern schwäbischer Kommunen in Augsburg das Logo „Gentechnikanbaufreie Kommune“.

„Rund 150 bayerische Gemeinden, Städte und Landkreise haben sich entschieden, auf ihren kommunalen Flächen keine gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen zu lassen. Sie setzen ein wichtiges Signal für ein gentechnikanbaufreies Bayern“, so Söder.

Gentechnisch veränderte Pflanzen seien nicht vereinbar mit empfindlichen Naturräumen und der kleinräumigen bayerischen Landwirtschaft. Künftig können diese Kommunen unter einem einheitlichen Logo auftreten, um als gemeinsame Initiative verstärkt in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. 55 Kommunen aus Schwaben sowie 6 weitere bayerische Kommunen erhielten das Logo und eine Urkunde.

Recht auf Länder übertragen

In Bayern gab es im vergangenen Jahr erstmals seit 1993 keine Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen. „Jetzt müssen wir sicherstellen, dass Bayern dauerhaft gentechnikanbaufrei bleiben kann“, so Söder. Der Bund müsse dazu das Recht, eigenständig Abstände zwischen Feldern mit und ohne Gentechnik festlegen zu können, auf die Länder übertragen. Dies sei im Koalitionsvertrag vereinbart worden.

Keine Vereinbarkeit

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist laut Söder mit dem Erhalt der kleinteiligen Landwirtschaft sowie der Vielzahl naturnaher und sensibler Lebensräume in Bayern nicht vereinbar. Die bislang verfügbaren, gentechnisch veränderten Pflanzen böten keinen Mehrwert für bayerische Landwirte. Stattdessen drohe die Landwirtschaft von globalen Saatgutherstellern abhängig zu werden. Zudem seien Umweltrisiken und wirtschaftliche Risiken der Grünen Gentechnik nicht ausreichend geklärt.

Folgende Kommunen erhielten das Logo:

5 schwäbische Landkreise: Aichach-Friedberg, Donau-Ries, Günzburg, Oberallgäu, Unterallgäu.

3 kreisfreie schwäbische Städte: Augsburg, Kempten (Allgäu), Memmingen.

10 schwäbische Städte: Bobingen, Gersthofen, Günzburg, Illertissen, Immenstadt i. Allgäu, Lindau, Lindenberg, Neu-Ulm, Sonthofen, Stadtbergen.

17 schwäbische Gemeinden: Altusried, Bad Grönenbach, Bad Hindelang, Betzigau, Biberbach, Bodolz, Bonstetten, Buchenberg, Emersacker, Fischen im



Ganz schön schlau: 354 €* Starterbonus!

Für Junge Leute unter 25 Jahren.



Wenn's um die Verwirklichung Ihrer Träume geht, **spart der Staat kräftig mit.** Junge Leute profitieren mit Wohn-Riester sogar extra.

Diese Vorteile sollten auch Sie nicht verschenken! Wie? Mit LBS-Bausparen. Fragen Sie uns!

Jetzt alle Wohn-Riester-Vorteile sichern!

* 154 € Grundzulage plus 200 € Sonderbonus im ersten Jahr. Es gelten Fördervoraussetzungen.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Geologie:

Oberfrankens ‚Fossiliengrube Mistelgau‘ in Geotop-Besten-Liste aufgenommen

Die ehemalige Tongrube im oberfränkischen Mistelgau zählt ab sofort zu den 100 schönsten Geotopen Bayerns. Der Vizepräsident des Landesamtes für Umwelt, Dr. Richard Fackler, überreichte im Landkreis Bayreuth das Gütesiegel an die Geotop-Paten Gemeinde Mistelgau, Urwelt-Museum Oberfranken und Geopark Bayern-Böhmen.

Einmalige Zeugnisse der Erdgeschichte

„Geotope wie die Fossiliengrube Mistelgau sind einmalige Zeugnisse der Erdgeschichte. Sie zeigen, wie unsere Erde entstanden ist“, so Fackler. Der Fossilienreichtum macht Mistelgau zu einem international bedeutenden Ort für Evolutionsforscher. Neben Ammoniten (Silberschnecken), Fischen, Insekten, Meereskrokodilen, Fisch- und Flugsauriern wurde Mistelgau weltweit berühmt durch das so genannte Belemniten-schlachtfeld - in der Tongrube wurden zahlreiche Überreste von Tintenfischen, sog. Belemniten, entdeckt.

Bis 2005 wurde in Mistelgau Ton für die Ziegelherstellung gewonnen. Als die Grube wieder aufgefüllt werden sollte, setzten sich das Urwelt-Museum Oberfranken, der Geopark Bayern-Böhmen sowie das Landesamt für Umwelt für ihren Erhalt und deren wissenschaftliche und touristische Nutzung ein.

Geotopkataster Bayern

Nur wenige Orte auf der Erde - die Geotope - ermöglichen es, das Wissen über die Entstehung unseres Planeten zu erweitern. Deshalb erstellt der Geologische Dienst im Landesamt für Umwelt seit 1985 das „Geotopkataster Bayern“, das bereits rund 3.100 geologische Besonderheiten erfasst. Ziel der Gütesiegelverleihung ist landesweit auf die 100 eindrucksvollsten geologischen Schätze mit Infotafeln vor Ort, Wegweisern an Wanderwegen, Faltblättern und einem Internetauftritt aufmerksam zu machen.

„Geotope vereinen Naturschutz und Tourismus zu beiderseitigem Nutzen. Die Kommune erhält eine touristische Attraktion, das Geotop wird über freiwillige Patenschaften erhalten und gepflegt“, so Fackler.

Mehr Informationen zu Bayerns schönsten Geotopen: http://www.lfu.bayern.de/geologie/geotope_schoensten/index.htm □

3. Bayerische Immissions-Schutz-Tage in Augsburg:

Aktuelle Neuerungen

Erfolgreiche Veranstaltungsreihe - 160 Teilnehmer an zwei Tagen

Mit einem hochrangigen Referententeam warteten die 3. Bayerischen Immissions-Schutz-Tage im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg auf. Veranstalter waren das bayerische Kompetenzzentrum Umwelt KUMAS gemeinsam mit Redeker Sellner Dahs Rechtsanwälte und dem LfU. Die Veranstaltungsreihe richtet sich an Unternehmen, Planungs- und Gutachterbüros, Kommunen, Behörden und Juristen.

Bei der zweitägigen Veranstaltung mit 160 Teilnehmern wurde am ersten Tag auf aktuelle Entwicklungen im Immissionsschutz eingegangen: der Energie-Atlas Bayern wurde vorgestellt und in einem thematischen Schwerpunkt wurde die Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie sowie der Beste verfügbare Techniken (BVT)-Merkblätter in Deutschland behandelt. Anschließend diskutierten Experten in einer Podiumsdiskussion Auskunftsansprüche nach dem Umweltinformationsgesetz.

Transparenz

Das Informationsrecht soll der Transparenz der Behördentätigkeit dienen und birgt sowohl Gefahren wie auch Chancen für die Betroffenen. So prallten in kompetenter Runde kontroverse Meinungen aus Verwaltung, Wirtschaft und Mandantenvertretung aufeinander. Die Expertenrunde bestand aus Prof. Dr. Andrea Versteil, Redeker Sellner Dahs Rechtsanwälte, Dr. Josef Geller, VCI - Landesverband Bayern und Dr. Matthias Weigand, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. Begleitend zu den Bayerischen Immissions-Schutz-Tagen fand eine Foyer-Ausstellung statt. Dort präsentierten Unternehmen und Einrichtungen neue Produkte und Dienstleistungen.

Schwerpunkte

Am zweiten Tag gab es zwei Schwerpunkte: zum einen die Genehmigung und Überwachung von Industrieanlagen, zum anderen den gebietsbezogenen Immissionsschutz. Eingegangen wurde dabei auf die Beschleunigung von Genehmi-

gungsverfahren, die sog. Verbesserungsenehmigung sowie auf Emissionsmesstechnik bzw. auf Luftreinhalteplanung, Lärmaktionsplanung sowie Lärmkontingentierung. Daneben wurde von Sachverständigen auf das Gefährdungspotential von nicht ionisierender Strahlung (Licht, elektromagnetische Felder) hingewiesen und Aktuelles zur Beurteilung von Erschütterungen aus gutachterlicher Sicht dargestellt.

Energie-Atlas-Bayern

Mit dem bundesweit einmaligen Projekt Energie-Atlas-Bayern liegt nach Darstellung von Marion Lautenbacher und Dr. Anita Wolf vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit ein wichtiges und umfassendes Instrument vor, um den Umstieg auf Erneuerbare Energien weiter zu beschleunigen. Der Energie-Atlas-Bayern sei ein innovatives Internet-Portal, mit dem nunmehr jeder Verbraucher erstmals mit wenigen Klicks eine Gesamtübersicht der regenerativen Energieträger direkt an seinem Wohnort nachschlagen und mit diesen Daten aktiv planen kann. Das Angebot richte sich auch an Kommunen und Unternehmen.

Schnelle Information

Der Energie-Atlas liefere schnelle und zuverlässige Informationen im Überblick sowie aktuelle Praxisbeispiele. Er fasse derzeit rund 200.000 Anlagen zur Energieerzeugung im Freistaat, stelle deren Potenziale für eine aktive Planung dar und vernetze interessierte Bürger und Kommunen. Das Informationsangebot sei kostenfrei verfügbar und werde fortlaufend aktualisiert und ausgebaut.

gend aktualisiert und ausgebaut.

Untersuchungen

Mit Ergebnissen aktueller Untersuchungen der Luftschadstoffbelastung in Bayern warteten Dr. Heinz Ott und Dr. Jan Bernkopf vom Bayerischen Landesamt für Umwelt auf. Das LfU hat 1974 mit dem Lufthygienischen Landesüberwachungssystem Bayern (LÜB) das erste landesweite, rechnergestützte Messnetz für Luftschadstoffe in Betrieb genommen. Während das Messnetz damals 14 Messstationen umfasste, werden heute, so die Referenten, bayernweit an über 50 Messstationen die Konzentrationen unterschiedlicher Luftschadstoffe gemessen und zur Messnetzzentrale nach Augsburg übermittelt.

Luftschadstoffe im Fokus der Reduktionsbemühungen

Die Bemühungen in den vergangenen 30 Jahren um eine gesunde Luft und die daraus resultierenden Erfolge könnten anhand langjähriger Messreihen eindrucksvoll nachvollzogen werden, so Ott und Bernkopf. Dafür seien die Luftschadstoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid in den Fokus der Reduktionsbemühungen getreten. Während die Hauptquellen bei Feinstaub im Straßenverkehr, Hausbrand und bei einer Reihe weiterer natürlicher Prozesse sowie der atmosphärischen Sekundärbildung aus gasförmigen Vorläufersubstanzen zu suchen sind, sei der Hauptverursacher der Stickstoffdioxidbelastung eindeutig der Straßenverkehr.

Feinstaub

Die Belastung durch Feinstaub ist nach Angaben der LfU-Vertreter in den vergangenen Jahren ebenfalls rückläufig. Es sei davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren selbst an hoch belasteten Messstationen die Feinstaubgrenzwerte der

Europäischen Luftqualitätsrichtlinien und der deutschen Bundes-Immissionsschutzverordnung eingehalten werden können. Bei Stickstoffdioxid stagniere jedoch die Belastung oder nehme vornehmlich an Orten mit hohem Straßenverkehrsaufkommen eher sogar zu.

Messstationen

In Anbetracht dieser Entwicklung sei es wichtig, eine möglichst gute Kenntnis über die Ausdehnung der Bereiche mit hohen Stickstoffdioxidkonzentrationen zu besitzen. Dies sei auch im Rahmen der Maßnahmenplanung für Luftreinhaltepläne erforderlich. Hierzu würden vom Bayerischen Landesamt für Umwelt ergänzende Messungen von Stickstoffdioxid in der Umgebung von einzelnen LÜB-Messstationen durchgeführt. Ott und Bernkopf führten in diesem Zusammenhang die Beispiele Messstation Oberaudorf/Inntalautobahn und Messstation München/Landshuter Allee an.

Erfahrungsbericht der Stadt Augsburg

Einen Erfahrungsbericht über die Lärmaktionsplanung der Stadt Augsburg gab Stefan Klein vom dortigen Umweltamt. Nachdem im Sommer 2007 die Zuständigkeit für die strategische Lärmkartierung in Bayern noch nicht geregelt war, hatte die Stadt Augsburg sich Klein zufolge entschlossen, die Kartierung bei einem Ingenieurbüro zu beauftragen.

Strategische Lärmkarten

Durch die strategischen Lärmkarten würden die Bereiche einer Stadt sichtbar gemacht, in denen viele Menschen hohem Dauerlärm ausgesetzt sind. Es handle sich dabei zwar nicht um grundlegend neue Erkenntnisse, aber es werde eine strategisch sinnvolle Maßnahmenplanung auf objektiver Grundlage ermöglicht, berichtete Klein. Dadurch handle es sich zusammen mit der Lärmaktionsplanung um ein Instrument für die Stadtentwicklung und -planung.

Notwendige Ausstattung

Für die Erarbeitung der strate-

gischen Lärmkarten und Durchführung der Aktionsplanung sei es von wesentlichem Vorteil, wenn die zuständigen Behörden selbst mit entsprechend qualifiziertem Personal und einer Lärmberechnungs-Software ausgestattet sind. Dies erleichtere insbesondere weitere Analysen und Maßnahmengestaltungen neben der ohnehin anfallenden administrativen Aufgabebewältigung.

Kommunen stoßen an ihre Grenzen

Als Nachteil erweise sich jedoch, „dass die strategischen Lärmkarten nicht nach den nationalen Berechnungsmethoden zu erstellen waren und somit nicht unmittelbar für Planungsprozesse herangezogen werden können“. Auch werde bei den Bürgern eine Erwartungshaltung auf konkrete Maßnahmen erzeugt, die häufig mit erheblichen Kosten verbunden sein können. Hier stießen die Kommunen an Grenzen, die möglicherweise bei der Vorgabe von klaren Zielwerten zumindest teilweise von Bund und Ländern zu tragen wären. **DK**



Wandel beim Material für Verpackungsmittel: Statt Glas greifen die Bürgerinnen und Bürger zunehmend zu Behältnissen aus Kunststoff oder Verbundmaterialien. Bild:twicex/flickr.com

Abfallwirtschaftsbericht des Landkreises Rosenheim:

Stabile Müllgebühren

Im nunmehr 17. Jahr können die Abfallgebühren im Landkreis Rosenheim stabil gehalten werden. Wie der Abfallwirtschaftsbericht 2010 ausweist, sank - wie schon 2009 - die Gesamt-Restmüllmenge, trotz leicht gestiegener Einwohnerzahlen, erneut auf jetzt 47.470 Tonnen. Das sind mehr als 800 Tonnen weniger als im Vorjahr. Die Recyclingquote betrug 72 Prozent. Wie Landrat Josef Neiderhell betonte, sei er sehr stolz auf dieses Ergebnis, denn damit gehöre der Landkreis zur Spitze in Bayern.

Deutlicher Rückgang des Altpapiers in Altpapiersammelbehältern und Großraumcontainern

Die seit Herbst 2007 stattfindenden gewerblichen Altpapiersammlungen mittels der so genannten Blauen Tonnen durch Firmen wie Chiemgau-Recycling oder Remondis bescheren dem Landkreis seit damals einen deutlichen Rückgang des Altpapiers in Altpapiersammelbehältern und Großraumcontainern. Fast 17.000 Tonnen brachten die Bürgerinnen und Bürger im vergangenen Jahr an die Wertstoffinseln und Wertstoffhöfe - gut 1.000 Tonnen mehr als noch 2009.

Wandel beim Verpackungsmaterial

Pro Landkreisbürger wurden 2010 etwas mehr als 25 Kilogramm Altglas in den insgesamt 927 Behältern an 285 Standorten gesammelt. Dies summiert sich auf insgesamt gut 6.300 Tonnen, die geringste Menge seit Einführung der Altglasverwertung. Ursache ist hier der weiterhin anhaltende Wandel beim Material für Verpackungsmittel. Statt Glas greifen die Bürgerinnen und Bürger zunehmend zu Behältnissen aus Kunststoff oder Verbundmaterialien. Bei den Leichtverpackungen wie Weißblech, Mischkunststoffe, Tetra Pak, Becher, Folien oder Styropor gab es einen leichten Anstieg auf knapp 2.300 Tonnen. Insgesamt wurden mehr als 11.000 Tonnen Verkaufsverpackungen gesammelt.

Die Möglichkeit, Grünabfälle an den Wertstoffhöfen abzuladen, wird von den Landkreisbürgern weiterhin gerne in Anspruch genommen. In den drei Kompostieranlagen in Noderwiechs in Bruckmühl, im Eiselfinger Ortsteil Aham sowie in Weiher, im Gemeindegebiet von Aschau wurden im vergangenen Jahr mehr als 93.000 Kubikmeter Hackselgut, Gras und Laub zu Fertigkompost verarbeitet.

Abfallvermeidung

Ein Vergleich mit den Zahlen aus dem Jahr 1990 verdeutlicht das Engagement der Bürger bei der Vermeidung von Abfällen. Vor 20 Jahren verursachte ein Landkreisbürger fast 390 Kilogramm Haushaltsabfall, heute sind es 200 Kilogramm weniger. Wäre die Menge pro Bürger unverändert geblieben, würde die Behandlung des Restmülls unter Berücksichtigung der gestiegenen Einwohnerzahlen heute zusätzlichen Kosten von über 19 Millionen Euro entsprechen.

Bei 14-tägiger Leerung kostet eine 80 Liter-Tonne ohne Kompostierabschlag 144 Euro, mit Kompostierabschlag 132 Euro. Im Landkreis Altötting sind für die gleiche Leistung 133,20 Euro, im Landkreis Traunstein 153,60 Euro, im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen 167,40 Euro und im Landkreis Miesbach 180 Euro zu entrichten. **DK**



Für ein lebendiges Bayern.

www.eon-bayern.com

e-on | Bayern

bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.:

Wertstofftonne einführen. Wettbewerb sicherstellen. Kommunen einbeziehen.

Bonn. „Das vom Umweltbundesamt durchgeführte Planspiel hat gezeigt, dass der Einführung einer Wertstofftonne in Deutschland keine unüberwindbaren Hindernisse im Weg stehen. Die Wertstofftonne ist sinnvoll, sie ist machbar und sie sollte so schnell als möglich eingeführt werden.“ Dieses Fazit zog Burkhard Landers, Präsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. nach der Abschlussveranstaltung.

Nach Ansicht des bvse-Präsidenten gelte es nun, die „erstklassige Gelegenheit“ zu nutzen, mit einem in sich stimmigen Konzept ein Kreislaufwirtschafts- und ein Wertstoffgesetz auf den Weg zu bringen, das Deutschland auf dem Weg zu einer modernen Stoffstromwirtschaft „ein gutes Stück“ näher bringen könne.

Strategische Bedeutung

Burkhard Landers betonte, alle Beteiligten des Planspiels seien sich bewusst gewesen, dass angesichts immer knapper werdender Rohstoffreserven der Gewinnung von Sekundärrohstoffen und deren stoffliche Verwertung eine wachsende strategische Bedeutung zukomme. Nach Meinung des bvse kann die Wertstofftonne einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Menge und die Qualität der aus Abfällen gewinnbaren Sekundärrohstoffe zu steigern.

Landers verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass bisher nach Einschätzung seines Verbandes ca. 30 Prozent an verwertbaren Kunststoffen in der Restmülltonne landeten. Das Ziel sei daher klar zu beschreiben: „Wir müssen das Recycling von Abfällen maximieren und die Verbrennung reduzieren.“

Deutliche Vorteile

Bei der breiten Diskussion der Folgewirkungen für beide Modelle hätten sich beim rein privatwirtschaftlichen Modell, jedenfalls, wenn eine zentrale und neutrale Stelle faire und mittelstandsfreundliche Ausschreibungsverfahren sicherstellt, deutliche Vorteile gegenüber einem kommunalwirtschaftlichen System herauskristallisiert. Das gelte insbesondere für

die Lenkungswirkung und die direkt anwendbare Produzentenhaftung bei einer privatwirtschaftlichen Trägerschaft. Gerade bei diesem wichtigen Aspekt habe eine gebührenfinanzierte kommunale Wertstoffsammlung keinen Anreiz zu bieten und müsste durch weitere Instrumente ergänzt werden.

Für Kompromiss

Der bvse setzt sich trotz dieser offensichtlichen Nachteile jedoch für einen Kompromiss mit den Kommunen ein, weil die Neuregelung der Wertstofffassung auf eine breite Basis gestellt werden sollte. „Wir wollen ein Konsensmodell, ein Modell, das nicht ständig in Frage gestellt oder durch unnötige Streitigkeiten belastet wird. Deshalb halten wir eine Arbeitsteilung von Privatwirtschaft und Kommunen für sinnvoll“, erklärte der bvse-Präsident.

Planspielberatungen

Dass dabei jedoch noch so manches Hindernis aus dem Weg geräumt werden muss, haben die Planspielberatungen deutlich gemacht. So habe sich gezeigt, dass die Kommunen unschlüssig darüber sind, welche Ziele sie tatsächlich verfolgen sollen. Einerseits wird Klage darüber geführt, dass der Abfallbereich Stück für Stück ihrer Zuständigkeit entzogen werden könnte, andererseits beklagten sie sich über zuständigkeitsbedingte Belastungen und verlangten zur Kompensation Zugriff auf die Wertstoffe.

Landers: „Es geht den Kommunen hier in Wahrheit um die Ausweitung ihrer Zuständigkeiten, um einen Rückfall in kommunales Unternehmern ohne Effizienz- und Ressourcenschutzkriterien. Das sollte nicht

gleichgesetzt werden mit dem Gemeinwohlinteresse oder dem Bürgernutzen.“

Fairer Wettbewerb

Kommunale Unternehmen hätten nach wie vor Probleme damit, sich dem Wettbewerb zu stellen und sich im Rahmen von Ausschreibungen um Aufträge zu bemühen. Das aber sei eine wichtige Voraussetzung für eine Einbeziehung der Kommunen. „Wir können nicht nachvollziehen, warum fairer Wettbewerb ausgerechnet in unserer Branche von einem Teil der Kommunen und manchen politischen Parteien derart dämonisiert wird.“

Die Argumente, die hier angeführt werden, könnten schließlich für alle übrigen Wirtschaftsbereiche vertreten werden und sind überholt. Wird denn tatsächlich ernsthaft geglaubt, dass eine wettbewerbsfreie Kommunalwirtschaft Deutschland zukunftsfähig machen könnte?“

Mehr Transparenz

Schließlich erfolge die Auftragsvergabe im Bereich der Verpackungsentsorgung schon bisher über Ausschreibungen. Die bei einer Wertstofftonne hinzukommenden 6 kg/Einwohner/Jahr, die aus der Restmülltonne in die Wertstofftonne wandern würden, rechtfertigten jedenfalls nicht, den Wettbewerb einzuschränken. Das Gegenteil fordert der Mittelstand: „Wir brauchen in Zukunft mehr Transparenz und mehr Wettbewerb.“

Der bvse-Präsident meint damit jedoch nicht nur die Kommunen, die ohne Wettbewerb die Entsorgungsaufträge an ihre eigenen Unternehmen weiterreichen wollen. Auch mit einer Wertstofftonne in rein privatwirtschaftlicher Trägerschaft können sich zumindest die Dualen Systemgesellschaften, die sich bereits als vertikal integrierte Entsorgungsunternehmen aufgestellt haben, in ähnlicher Weise bedienen.

Klare Absage

Burkhard Landers: „Allen Bestrebungen, die Wertstoffe aus privaten Haushalten zu monopolisieren, erteilen wir eine klare Absage. Das gilt für die Kommunen, die die Wertstoffe im Rahmen der Daseinsvorsorge für sich reklamieren, und das gilt genauso für die Entsorgungskonzerne, die sich die Wertstoffe mit ihren Dualen Systemgesellschaften sichern wollen. Für den Mittelstand in der Entsorgungswirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher ist nicht so wichtig, wer die Organisationshoheit hat.“

Starke zentrale Stelle

Wie Landers weiter ausführte, sei entscheidend für die Funktionsfähigkeit, die Effizienz und die Bezahlbarkeit des Systems, „dass die Vergabeentscheidungen im Wettbewerb getroffen werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen die Gewissheit haben, dass sie marktgerechte Preise zahlen, und zwar ohne Monopolistenzuschlag, gleichgültig ob er von Konzernen oder von Kommunen verlangt wird. Von daher kann die Bundesregierung mit unserer vollen Unterstützung rechnen, wenn es darum geht, eine starke zentrale und neutrale Stelle einzurichten, die dafür sorgt, dass transparente, faire und kleinteilige Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden.“

Wichtige Veranstaltung für kommunale Entscheider:

Schlackensymposium am 12. 10. 2011

„Wir freuen uns darüber, dass es den Veranstaltern gelungen ist, renommierte Fachleute zu den Themen Recycling und Verwertung von Schlacken sowie Schlacken als Potenzial für seltene Rohstoffe zu gewinnen. Mit dieser Veranstaltung sollen auch neue Wege des Dialogs mit der Nachbarschaft beschritten werden. Unsere Unternehmen haben in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen zur Immissionsminderung unternommen. Wegen unbegründeter Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Einsatz dieses Materials als Baustoff besteht in der Öffentlichkeit und in der Politik nach wie vor Aufklärungsbedarf“, erläuterten die Geschäftsführer der Lech-Stahlwerke GmbH, Dr. Michael Heußen, und der Max Aicher GmbH, Georg Geißler.

In Nordrhein-Westfalen, Niedersachen und anderen Bundesländern werden Stahlwerkschlacken – als Produkte – seit vielen Jahren erfolgreich in Baumaßnahmen eingesetzt. Als Baustoff haben Schlacken gegenüber anderen Materialien z. B. die Eigenschaft, besonders haltbare und besonders leise Straßenbeläge zu ermöglichen. Allerdings decken die in Deutschland vorhandenen Schlackemengen lediglich ca. 3,6 % des gesamten Baustoffbedarfs. Aufgrund der baustofflichen und umweltfachlichen Eigenschaften sowie der gesetzlichen Verwertungspflicht und nicht zuletzt des günstigeren Preises bietet es sich an, die vorhandenen Schlackemengen bevorzugt anstelle von Primärbaustoffen einzusetzen.

Die zukünftige Verwendung von Schlacken ist auch eines der zentralen Themen in der derzeitigen Diskussion um die seit langem erwartete Ersatzbaustoffverordnung als rechtlicher Rahmen für das Recycling von mineralischen Baustoffen.

Das Schlacken-Symposium am 12. 10. 2011 beleuchtet daher sowohl die baustofflichen und umweltfachlichen Eigenschaften des Sekundärrohstoffs Schlacke, als auch das Rohstoffpotenzial im Feststoff der Schlacke. Von

besonderem Interesse wird auch die humantoxikologische Bewertung sein, mit der sich Prof. Dr. Heide Foth, Leiterin des Instituts für Umwelttoxikologie an der Universität Halle und Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, befasst.

Die wissenschaftliche Leitung dieser Tagung, die von bundesweitem Interesse sein dürfte, liegt bei Prof. Dr. Dr. h. c. Karl J. Thomé-Kozmiensky, TU Berlin, der seit mehr als 30 Jahren die renommierten Berliner Abfallwirtschaftskonferenzen durchführt und bei Prof. Dr. Martin Faulstich, TU München, der zugleich Vorsitzender des Sachverständigenrates für Umweltfragen ist.

Die Veranstaltung steht im zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit dem Bayerischen Rohstoffgipfel und mit der Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Ressourcenstrategie am Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg, Herrn Prof. Dr. Armin Reller.

„Vom Standort Meitingen sollen somit zusammen mit SGL Carbon und den Lech-Stahlwerken Impulse nicht nur für innovative Produkte, sondern auch für die Nachhaltigkeit ausgehen“, erläuterte der Geschäftsführer Dr. Michael Heußen. □

Spatenstich für Sanierung der Deponie Läufelberg

Unterstützungsfonds fördert mit 780.000 Euro

Der Unterstützungsfonds zur Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien finanziert mit 780.000 Euro die Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie Läufelberg, Gemeinde Velburg (Oberpfalz). Das betonte Melanie Huml, Umweltstaatssekretärin, beim Spatenstich für die Oberflächenabdichtung der Deponie in Velburg.

„Ziel ist es, unsere wertvollen Ressourcen Boden und Grundwasser nachhaltig zu schützen“, so Huml. Zur Sicherung vor Gefahren für das Grundwasser, erhält die ehemalige Deponie eine Oberflächenabdichtung. Zudem wird sie laut Huml dadurch wieder in die natürliche Landschaft integriert und kann künftig forstwirtschaftlich genutzt werden. Die Gesamtkosten für die Sanierung betragen 820.000 Euro. Der Unterstützungsfonds übernimmt davon 780.000 Euro. Die Stadt Velburg beteiligt sich mit einem Eigenanteil von 40.000 Euro.

Paritätische Finanzierung

In Bayem sind etwa 5000 ehemalige gemeindliche Hausmüll-

deponien bekannt, 1000 davon in der höchsten Prioritätsstufe, die untersucht und gegebenenfalls saniert werden müssen. Sie stammen im Wesentlichen aus der Zeit vor 1972. Der Unterstützungsfonds zur Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien wurde 2006 eingerichtet und 2011 um weitere 5 Jahre verlängert. Er wird paritätisch finanziert vom Freistaat Bayern und den kreisangehörigen Gemeinden und entlastet Gemeinden von dem finanziellen Risiko der Sanierung ihrer ehemaligen Hausmülldeponien.

Pro Jahr stehen 10 Mio. Euro zur Verfügung. Ansprechpartner für Zuschüsse aus dem Unterstützungsfonds ist die Gesellschaft für Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB). □



9.00 Uhr Registrierung und Begrüßungskaffee

9.30 Uhr Begrüßung

Dr.-Ing. Michael Heußen, Geschäftsführer der Lech-Stahlwerke GmbH
Paul Heinrich, Director Sales Manager Europe, Near/Middle East and Africa, SGL Carbon GmbH

10.00 Uhr Zur Bedeutung der Stahlwerkschlacke

als Sekundärbaustoff und Rohstoffpotential

Dr.-Ing. Peter Dahlmann, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Stahlinstituts VDEh

WIRTSCHAFT UND RECHT

MODERATION: PROFESSOR DR.-ING. MARTIN FAULSTICH

10.30 Uhr Stoffströme in der industriellen Kreislaufwirtschaft

Professor Dr.-Ing. Martin Faulstich, TU München
Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen

11.00 Uhr Bedeutung der Stahlindustrie für die bayerische Wirtschaft

Ministerialdirigent Dr. Ronald Mertz, Abteilung für Innovation, Forschung und Technologie, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München (angefragt)

11.30 Uhr Zukünftig rechtliche Rahmenbedingungen für die Verwertung mineralischer Abfälle

Dr.-Ing. Jörg Demmich, Knauf Gips KG, Iphofen,
Vorsitzender des Umweltausschusses
des Bundesverbands Baustoffe – Steine und Erden, Berlin

12.00 Uhr Vollzugserfahrungen mit der Verwertung

von Schlacken im Straßenbau in Nordrhein-Westfalen

Dr. Christel Wies, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

12.45 Uhr Mittagssbuffet

TECHNOLOGIE DER SCHLACKENVERWERTUNG

MODERATION:

PROFESSOR DR.-ING. DR. H. C. KARL J. THOMÉ-KOZMIENSKY

13.30 Uhr Technische Möglichkeiten der Rückgewinnung –

Bedarfsgerechte Herstellung von Produkten

aus Eisenhüttenschlacken –

Dipl.-Ing. Klaus Kessler, ThyssenKrupp Steel Europe AG, Duisburg

SCHLACKEN – ROHSTOFFPOTENTIAL UND RECYCLING

**12. Oktober 2011 - SGL- Forum in Meitingen bei Augsburg
SGL Carbon GmbH, Werner-von-Siemens-Straße 18, 86405 Meitingen**

14.00 Uhr Technische Möglichkeiten der Rückgewinnung von Rohstoffen aus Schlacken

Professor Dr. Armin Reller, Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg, Lehrstuhl für Ressourcenstrategie,

14.30 Uhr Technische und ökologische Rahmenbedingungen

bei der Verwendung von Stahlwerksschlacken

Dr.-Ing. Heribert Motz, Geschäftsführer FEhS – Institut für Baustoff-Forschung e.V., Duisburg

15.00 Uhr Energieeffiziente Wertstoffgewinnung

mit dem ATZ-Eisenbadreaktor

Dr. Mario Mocker, ATZ Entwicklungszentrum, Sulzbach-Rosenberg

15.30 Uhr Kaffeepause

ÖKOLOGISCHE ASPEKTE

MODERATION: PROFESSOR DR. ANDREA VERSTEYL

16.00 Uhr Humantoxikologische Bewertung

von Schlacken aus der Stahlindustrie

Professor Dr. Heidi Foth, Institut für Umwelttoxikologie der Universität Halle, Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen

16.30 Uhr Der Produktionsstandort und seine Nachbarschaft

Planungshoheit – Immissionsschutz – Kommunikation

Professor Dr. Andrea Versteyl,
Rechtsanwältin, Redeker Selner Dahs, Berlin

17.00 Uhr Podiumsdiskussion

18.00 Uhr Bustransfers

zur Besichtigung der Lech-Stahlwerke GmbH, Meitingen

20.00 Uhr Abendempfang

Anfragen und Anmeldungen:

TK Verlag Karl Thomé-Kozmiensky,
Ansprechpartner: Elisabeth Thomé-Kozmiensky, M.Sc.
Dorfstr. 51, 16816 Nietwerder, Tel.: 03391-4545-0, Fax: 03391-4545-10
E-Mail: tkverlag@vivis.de, Internet: www.vivis.de

Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Abfallrecht:

Vorerst im Bundesrat gestoppt

**Kommunen und VKU begrüßen kommunalfreundliches Votum
Private Entsorger enttäuscht**

Erwartungsgemäß hat der Bundesrat den Gesetzesentwurf zum neuen Abfallrecht zunächst gekippt. Die schwarz/gelbe Bundesregierung verfügt in diesem Gremium nicht mehr über die Mehrheit. Die Länderkammer sieht in dem Gesetzesentwurf, mit dem die Bundesregierung die Europäische Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht umsetzen und das deutsche Abfallrecht fortentwickeln will, erheblichen Nachbesserungsbedarf. In einer umfang- und detailreichen Stellungnahme mahnt er neben redaktionellen, klarstellenden und konkretisierenden Änderungen in mehreren Punkten auch die Einhaltung europäischen Rechts an. Die Kommunen hatten in den letzten Wochen noch einmal kräftigen Druck ausgeübt.

Sie argumentieren vor allem mit deutlichen Gebührenerhöhungen, wenn ihnen die Wertstoffe entzogen werden. Unterdessen wurde nunmehr bekannt, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) fast die Hälfte der gesammelten Wertstoffe „energetisch verwertet“. Im NABU wertet man es als „Armutszeugnis“ dass sich die Bundesländer weder auf eine bundesweite Wertstofftonne noch auf eine einheitliche Biotonne einigen können.

Indes jubelt der Hannoversche Oberbürgermeister Stefan Weil, der den bisherigen Sprecher der Stadtreiniger, Rüdiger Siechau, aus der selbstständigen Organisationsstruktur verdrängt hat, als Vertreter der kommunalen Unternehmen, dass die Verantwortung der Kommunen für die Hausmüllentsorgung nach dem Willen des Bundesrates nicht geschwächt würde. Für BDE-Präsident Peter Kurth kommt das Votum keinesfalls überraschend. Er hatte noch kurz zuvor mehr Wettbewerb angemahnt. Burghard Landers, der die mittelständischen Unternehmen in der Entsorgungsbranche vertritt, interpretiert das sich abzeichnende Ziel der Mehrheit der Bundesländer als Verdrängung der privaten Unternehmer aus dem Entsorgungsmarkt.

Die Länder wollen die gewerblichen Sammlungen von Abfällen zudem auf alle Fälle beschränken, in denen private Haushalte ihren verwertbaren Müll auf freiwilliger Basis ohne dauerhafte vertragliche Bindung unentgeltlich zur Verfügung stellen. Sie befürchten, dass ansonsten die Überlassungspflichten an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nahezu vollständig ausgehöhlt werden. Den im Gesetzesentwurf vorgesehenen Zwang zur Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne lehnen die Länder ab. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sollten selbst entscheiden können, ob sie jeden Haushalt mit einer Wertstofftonne ausstatten oder Wertstoffe über andere Systeme erfassen.

Der Bundesrat fordert auch den Gesetzesentwurf im weiteren Verfahren mit dem Ziel zu überarbeiten, dass zusätzliche Belastungen und Kostenrisiken für die Haushalte von Ländern und Kommunen vermieden werden.

NABU fordert Einsatz des Bundesrats für bundesweite Wertstoff- und Biotonne

„Es ist ein Armutszeugnis, dass sich die Bundesländer weder auf eine bundesweite Wertstofftonne noch auf eine einheitliche Biotonne einigen können“, kommentiert NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller die Stellungnahmen im Bundesrat, der sich erstmals mit dem künftigen Abfallrecht in Deutschland befasste. „Wenn einzelne Kommunen oder Unternehmen darüber entscheiden dürfen, was und wie viel unseres Abfalls recycelt wird, dann haben die Bürger und der Umweltschutz das Nachsehen“, kritisiert Miller. „Die Interessen der Bürger und des Umweltschutzes müssen im Zentrum stehen, nicht die Interessen der Müllwirtschaft.“

Mit den jetzt diskutierten Vorgaben lässt sich nach Ansicht des NABU eine vernünftige Recyclingquote von 80 Prozent nicht erreichen. Tatsächlich bleiben sowohl das Bundeskabinett als auch die Länder bei einer Quote von 65 Prozent stehen, die jetzt schon erreicht wird. „Die Bürger haben kein Verständnis dafür, dass Politik und Wirtschaftsverbände ökologisch auf der Stelle treten“, erklärt NABU-Abfallexperte Benjamin Bongardt. Nach seiner Ansicht „braucht es mehr Druck, damit Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker in Zukunft verstehen, dass Ressourcenschutz nur mit bundeseinheitlichen Vorgaben möglich sein wird.“ Dazu gehöre neben der Abfallsammlung auch die Umsetzung der „Fünfstufenhierarchie“. Diese EU-Vorgabe regle unter anderem, dass auch Gewerbeabfälle recycelt werden müssen und nicht verbrannt werden dürfen. Dagegen zielt der Gesetzesentwurf der Bundesregierung auf eine Aufweichung dieser Hierarchie, indem er den Abfallgeheimtümern die Entscheidung überlässt, ob gut brennbarer Abfall verbrannt oder recycelt wird.

Kommunale Verantwortung stärken - Gebührenerhöhung verhindern“

Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßen das Votum des Bundesrates zur Novelle des Abfallrechts, die Verantwortung der Kommunen für die Hausmüllentsorgung nicht zu schwächen. „Der Bundestag sollte dem Bundesrat folgen, die Pläne der Bundesregierung zur Reform des Abfallrechts korrigieren und die kommunale Verantwortung für die Hausmüllentsorgung sicherstellen. Wird im Abfallrecht die Möglichkeit geschaffen, dass sich private Unternehmen die lukrativsten Geschäfte herauspicken können, sind drastische Gebührenerhöhungen für die privaten Haushalte die Folge.“ Das betonten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Ude (München), Landrat Hans Jörg Duppre (Südwestpfalz), Bürgermeister Roland Schäfer (Bergkamen) sowie der Präsident des VKU, Oberbürgermeister Stephan Weil (Hannover).

Bei ihrer Forderung gehe es den Kommunen nicht um Einnahmen zugunsten der kommunalen Haushalte. Jeder Euro, den eine Kommune mit werthaltigem Haushaltsabfall wie Altpapier einnimmt, komme aufgrund gebührenrechtlicher Vorgaben den Gebührenzahlern zugute: „Die Bürger, die Wertstoffe getrennt sammeln und bereitstellen, erwarten zu Recht, dass sie in den Genuss der damit erzielten Gewinne kommen. Durch die Zulassung gewerblicher Sammlungen würden hingegen abfallwirtschaftliche Gewinne privatisiert und zugleich Verlustgeschäfte kommunalisiert.“

Die Kommunen und ihre Unternehmen wenden sich entschied-

den gegen die im Gesetzesentwurf vorgesehene Möglichkeit privater Unternehmen, sogenannte gewerbliche Sammlungen durchzuführen, also die im Hausmüll enthaltenen Wertstoffe abzuschöpfen. Die Verbände stützen ihre Kritik auf ein Grundsatztteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. Juni 2009 (Az: 7 C 16.08).

Im Streit um die Zulässigkeit einer kommerziellen Altpapiersammlung hatte das Gericht höchstinstanzlich die Entsorgungsverantwortung für den Hausmüll einschließlich der darin enthaltenen Wertstoffe den Kommunen zugewiesen. Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung sieht vor, diese Rechtslage grundlegend zu ändern. Dadurch sehen die Kommunen ihre Entsorgungshoheit und ihren Zugriff auf Wertstoffe wie Altpapier in Gefahr. „Der vorliegende Gesetzesentwurf erlaubt Privatunternehmen das Rosinenpicken und degradiert die Kommunen zu Lückenbüßern für kostenträchtige Entsorgungsaufgaben“, erklärten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und des VKU.

Die Kommunen begrüßen die Festlegung ehrgeiziger Recyclingquoten für Wertstoffe, lehnen aber bundesrechtliche Vorgaben zur Ausgestaltung ihrer Sammelsysteme ab. Auch der europäische Gesetzgeber hat auf Vorgaben zur Ausgestaltung der Sammelsysteme in der Abfallrahmenrichtlinie verzichtet. Mittel und Wege zu bestimmen, die über Quoten festgelegte Ziele zu erreichen, müssten auch weiterhin den Kommunen unter Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse überlassen bleiben. Die Bezeichnung des Systems als „Wertstofftonne“ im Gesetz greife daher zu kurz.

Auch EU-rechtlich ist eine Stärkung der kommunalen Verantwortung zulässig: „Der Lissabon-Vertrag lässt es ohne Weiteres zu, die Hausmüllentsorgung umfassend den Kommunen zuzuweisen. Indem sich die Bundesregierung auf vermeintliche europarechtliche Pflichten beruft, versucht sie sich der ordnungspolitischen Diskussion um die kommunale Zuständigkeit für die Hausmüllentsorgung zu entziehen“, so die Präsidenten.

Nach Auskunft von VKU-Vorstandsmitglied Hans-Dieter Laub beeinflusst der derzeitige Entwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes die Organisation der Abfallwirtschaft massiv. „Auch vor Ort müssten wir mit negativen Auswirkungen rechnen“, befürchtet der Leiter des Baubetriebshofes der Stadt Lippstadt.

Der Gesetzesentwurf sieht unter anderem vor, dass sich private Entsorger über sogenannte gewerbliche Sammlungen die werthaltigen Stoffe aus den Abfällen herausuchen können. Für die teure Entsorgung des übrig gebliebenen Restmülls wäre dann die Kommune zuständig. Der Baubetriebshofleiter blickt Sorgenvoll in die Zukunft. „Eine Gebührenerhöhung würde dann unvermeidbar sein. Allein durch den Wegfall der Wertstoffentlöse bei Papierabfällen steigen die Abfallbereitstellungsgebühren beim Kreis Soest, die die Stadt Lippstadt entrichten muss“ verdeutlicht Laub die drohenden Konsequenzen für seine eigene Region.

Inzwischen argumentiert auch der Unterausschuss des Umweltausschusses des Bundesrates in diese Richtung und schlägt eine Ausweitung der Pflichten der öffentlichen Entsorgungsträger in Richtung Wertstoffe vor. Das stützt den Wunsch von Hans-Dieter Laub: „Ob Abfall oder Wert-

stoff, jede haushaltsnahe Fraktion gehört in die Zuständigkeit der Kommune.“

**BDE-Position:
Kreislaufwirtschaftsgesetz
muss Recycling stärken**

Nach Einschätzung des BDE - Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. - ist die Tendenz der Empfehlungen des Bundesrates zu Änderungen am Entwurf des von der Bundesregierung vorgelegten neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes weder überraschend noch überzubewerten. BDE-Präsident Peter Kurth: „Es zeichnete sich in den vergangenen Wochen bereits ab, dass einzelne Anträge pro-kommunal geprägt sein würden. Die Beratungen in den Bundestagsausschüssen beginnen in den nächsten Wochen jedoch erst und das Notifizierungsverfahren in Brüssel kann auch noch neue Erkenntnisse bringen.“

Der BDE appelliert an Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, die Zielsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im weiteren Gesetzgebungsverfahren stets im Fokus zu behalten: die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Fortentwicklung der Kreislauf- und Recyclingwirtschaft in Deutschland, die sich den Prinzipien der Ressourceneffizienz verschreiben hat und einen stetig größer werdenden Beitrag zur Rohstoffversorgung und zum Klimaschutz leistet.

Peter Kurth: „Für die Erreichung höherer Recyclingquoten und die Bereitstellung von immer größeren Mengen an Sekundärrohstoffen brauchen wir zunehmend industrielle Strukturen, faire Wettbewerbsbedingungen, weitere qualitative Standards und einen Ausbau der Produktverantwortung.“ All diese Elemente seien im Gesetzesentwurf der Bundesregierung enthalten und stellten, so der BDE-Präsident, einen vernünftigen Kompromiss zwischen den Interessen der Kommunen und der Privatwirtschaft dar. Kurth: „Diese Interessenbalance muss sich auch im finalen Gesetzestext widerspiegeln. Ansonsten riskiert die Politik, dass die nationale Kreislaufwirtschaft ihre strategische Rolle als wichtiger Rohstoffversorger von Industrie und Wirtschaft nicht erfüllen kann.“

**byse bedauert einseitige
Parteinahme des Bundesrates**

Mit Sorge sieht man beim byse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. - den Beschluss des Bundesrats. Er bedeute „eine einseitige und damit nicht akzeptable Parteinahme zugunsten der Interessen kommunaler Unternehmen“. Gravierende Nachteile würden bei einer Umsetzung dieser Entscheidung nicht nur auf die zumeist mittelständischen Unternehmen der privaten Sekundärrohstoff-, Recycling- und Entsorgungsbranche zukommen, sondern auch auf die Bürgerinnen und Bürger. Das erklärte Burkhard Landers, Präsident des byse anlässlich des Bundesratsbeschlusses in der ersten Lesung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Das sich abzeichnende Ziel der Mehrheit der Bundesländer scheine zu sein, die privaten Unternehmer aus dem Entsorgungsmarkt herauszudrängen. Anders seien die vom Bundesrat vorgenommenen „sehr restriktiven Vorgaben“ bezüglich der Voraussetzungen, nach denen eine gewerbliche Sammlung überhaupt erfolgen kann, nicht zu verstehen. Regelmäßige Sammlungen von privaten Entsorgungsunternehmen wären zukünftig sogar generell verboten.

In dieses Bild passe, dass selbst die schon gegenwärtig bestehenden gewerblichen Sammlungen, die funktionieren und die von den

Bürgerinnen und Bürgern regeln genutzt werden, nach dem Willen des Bundesrates mit Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes eingestellt werden müssten.

Gleiches gelte auch für regelmäßig stattfindende gemeinnützige Sammlungen. Auch diese könnten nach dem Wortlaut der vom Bundesrat verabschiedeten Gesetzesvorlage in Gefahr sein. Der Bundesrat wolle nämlich die gemeinnützigen Sammlungen den gewerblichen Sammlungen gleichstellen. Damit verlange der Bundesrat jedoch, die Privilegierung gemeinnütziger Sammlungen aufzuheben, was zur Folge hätte, dass alle bisher stattfindenden Sammlungen von gemeinnützigen Organisationen in ihrem Bestand akut gefährdet wären. Denn auch diese könnten schon, bei mehr als nur geringfügigen Auswirkungen auf Organisation und Planungssicherheit des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, nach der Gesetzesvorlage des Bundesrates verboten werden.

Burkhard Landers: „Wir haben den Eindruck, dass im Bundesrat bisher nicht der Versuch unternommen worden ist, für einen vernünftigen Interessenausgleich zu sorgen. Es werden einseitig die Interessen kommunaler Unternehmen vertreten und dabei sowohl die berechtigten Anliegen des Mittelstandes wie auch die der gemeinnützigen Vereine und Organisationen außer Acht gelassen.“

Es sei auch erstaunlich, mit

welcher Vehemenz die kommunalen Unternehmen dafür kämpften, die private Konkurrenz mit allen Mitteln aus dem Markt zu drängen. Der Glaube an die Leistungsfähigkeit kommunaler Unternehmen im fairen Wettbewerb mit privaten Unternehmen scheine nicht sehr groß zu sein.

Damit seien die Gebührenzahler jedoch die größten Verlierer, so der byse-Präsident, denn wenn die kommunalen Unternehmen nicht daran glauben, sich im Markt behaupten zu können, bedeute das doch, dass sie ihre Leistungen überbeuert erbringen und die eigenen Bürgerinnen und Bürger in Form zu hoher Abfallgebühren dafür zahlen lassen. Landers: „Das ist Planwirtschaft auf Kosten der Gebührenzahler und hat nichts mit Daseinsvorsorge zu tun.“

Der byse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. weist aber auch darauf hin, dass der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates zentrale Änderungen nicht mitgetragen hat. „Wir hoffen deshalb darauf, dass im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens die Argumente der Wirtschaftsexperten stärker gewichtet werden. An die Bundesregierung und den Bundestag appellieren wir, den Rekommunalisierungstrend zu stoppen und den berechtigten Anliegen des Mittelstands in der Recycling- und Entsorgungsbranche Rechnung zu tragen“, so byse-Präsident Burkhard Landers abschließend.

Artikel erschienen im europaticker. □

Umweltschutz im Donaauraum:

Bayern will Schrittmacher sein

**Umweltkoordinatoren der Europäischen
Donaustrategie legen Eckpunkte fest**

Bayern will Schrittmacher für den Umweltschutz im Donaauraum sein. Das betonte Umweltminister Dr. Markus Söder auf dem ersten gemeinsamen Treffen der „Umweltkoordinatorenländer“ im Rahmen der Europäischen Donaustrategie in Niederaltteich, Landkreis Deggendorf.

„Die Donau ist eines der ökologisch wertvollsten Gebiete Europas. Ihr Schutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, so Söder. Die Europäische Union hat im Rahmen ihrer Donaustrategie fünf Anrainerstaaten - darunter Bayern - zu Umweltkoordinatoren ernannt. Bayern ist federführend für die Biodiversität sowie die Boden- und Luftqualität zuständig. Gemeinsam mit Regierungsvertretern aus Ungarn,



Dr. Markus Söder. □

Rumänien, Kroatien und der Slowakei sollen nun Ziele und Maßnahmen für den Umweltschutz im Donaauraum entwickelt werden.

Anliegen bündeln

„Wir wollen die Umweltanliegen der Donauanrainer bündeln und zu einem Schwerpunkt der Donaustrategie machen“, hob Söder hervor. Die Umwelt müsse gleichberechtigt neben den anderen Schwerpunkten der europäischen Donaustrategie wie

Mobilität, Wirtschaft und Kultur stehen. „Die Donau ist eine Lebensader Europas. Es braucht einen gerechten Ausgleich zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen“, bemerkte Söder.

Managementpläne

Die Umweltkoordinatoren setzen sich für alle Umweltaspekte an der Donau ein: So sollen etwa Populationen heimischer Fischarten gesichert und invasive Arten bekämpft werden. Zudem gilt es, das Nährstoffniveau in der Donau zu verringern und gemeinsam Hochwasserrisikopläne vor dem Hintergrund des Klimawandels umzusetzen. Managementpläne für alle Natura-2000-Gebiete sollen aufgestellt werden.

In einer gemeinsamen Erklärung machten die Umweltkoordinatoren weiter deutlich, dass sie sich hierfür von der Europäischen Union Unterstützung erwarten. „Die Europäischen Förderprogramme müssen ab 2014 so ausgestaltet sein, dass Umweltmaßnahmen der Donaustrategie finanziert werden können“, erklärte der Minister. Auch Bayern werde seinen Beitrag dazu leisten. Zudem sprachen sich die Regierungsvertreter dafür aus, bestehende Einrichtungen auf allen Ebenen in die Umsetzung der Donaustrategie einzubinden und sich intensiv mit Initiativen aus allen betroffenen Regionen auszutauschen.

Die europäische Donaustrategie ist nach der Ostseestrategie die zweite makroregionale Strategie. Eine Alpenstrategie ist in Vorbereitung, auch hier wird Bayern federführend beteiligt sein. □

Novelle des Kreislaufwirtschafts-Abfallgesetzes:

Kommunale Trägerschaft sichert Abfallentsorgung

Die Qualität der Kommunalen Abfallentsorgung ist gefährdet: Die Novelle des Kreislaufwirtschafts- Abfallgesetzes auf Bundesebene beeinträchtigt die Versorgungssicherheit.

Die Kommunalen Spitzenverbände mahnen schon seit langem; zuletzt wandte sich der Bayerische Städtetag an den Bayerischen Ministerpräsidenten. Viele Mitglieder haben Resolutionen verabschiedet, um auf die drohende Schieflage in der Abfallentsorgung hinzuweisen. Hierbei geht es laut Bayerischem Städtetag um zwei zentrale Punkte:

1. Die Überlassungspflichten von Hausabfällen an öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger dürfen nicht eingeschränkt werden. Funktionierende Strukturen dürfen nicht durch einen Federstrich aus Berlin zerstört werden. Abfälle sind keine x-beliebige Handelsware. Die Entsorgung muss gewährleistet sein, unabhängig davon, ob der Preis für Reststoffe hoch oder niedrig ist. Nur wenn Kommunen Planungs- und Investitionssicherheit haben, sind stabile und sozialverträgliche Gebühren zu garantieren.

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung drängt die Kommunen in die Rolle des Lückenbüßers. Er würde der Rosinenpickerei in der Hausmüllentsorgung Vorschub leisten. Dies würde wiederum zu Lasten der kommunalen Abfallentsorgung gehen. Die Gewinne würden privatisiert, die Verluste kommunalisiert. Die öffentliche Abfallentsorgung in Bayern hat sich als Erfolgsmodell bewährt. Städte und Landkreise garantieren seit Jahrzehnten, dass die Bürger sich auf eine hochwertige und krisensichere Entsorgung verlassen können.

2. Die verpflichtende Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne

ist abzulehnen. Die bayerischen Kommunen haben über Jahrzehnte hinweg eine Abfallentsorgung aufgebaut, die Wertstoffe effizient sammelt. Die von der EU gesetzten Verwertungsquoten sind in Bayern schon längst erfüllt. Dies ist auch den Wertstoffhöfen zu verdanken, die im gesamten Land aufgebaut worden sind. Wenn nun ein Bundesgesetz eine einheitliche Wertstofftonne einführt, müssten diese Wertstoffhöfe wieder schließen. Daher muss den Kommunen überlassen bleiben, wie sie die Wertstoffe erfassen.

Die Entsorgung von Abfall muss, so der Städtetag, eine Aufgabe der Kommunen bleiben. Die Abfallwirtschaft in Bayern orientiert sich am Gemeinwohl. Gewerbliche Sammlungen von ausgewählten Rohstoffen nutzen nur den Entsorgungsunternehmen, nicht den Bürgern. Wenn sich Betriebe einzelne Rosinen herauspicken, müssten letztlich die Bürger für die Entsorgung des Restmülls die Zeche zahlen.

Dies befürchtet auch der Bundesrat. Er hat in seiner Sitzung im Mai mehrere Anträge beschlossen, die Verantwortung der Kommunen in der Abfallentsorgung zu erhalten. Auch der Bayerische Landtag hat sich in seiner letzten Sitzung vor den Pfingstferien dafür ausgesprochen, dass sich der Freistaat im Bundesrat dafür einsetzt, die Überlassungspflichten an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nicht weiter einzuschränken. Daseinsvorsorge funktioniert nur, wenn das Verwertungsrecht mit der Entsorgungspflicht verbunden ist. □

4. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz:

Konsum neu denken

Drei runde informative Tage ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit konnten die zahlreichen Besucher der 4. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz erleben. „Konsum neu denken - Auswege aus der Ernährungsdiktatur“ lautete in diesem Jahr das Veranstaltungsmotto.

Wie Oberbürgermeister Thomas Thumann in seiner Begrüßung darlegte, „freut es mich, dass wir als Stadt den Weg der Nachhaltigkeit in den vergangenen Jahren verstärkt gegangen sind“. Dies findet sich auch in der Entwicklung einer neuen Dachmarke für Neumarkt wieder, wo der Slogan „Neumarkt - starke Stadt“ zum Ausdruck bringen soll, dass dort bereits viel für die nachhaltige Entwicklung getan werde „und die Ausgangslage für die Zukunftsfähigkeit der Stadt sehr positiv ist“.

Handlungsfelder

Neumarkt habe sich seit der Erstellung des Stadtleitbildes 2004 deutlich in Richtung Nachhaltigkeit positioniert, insbesondere in den Handlungsfeldern Klimaschutz, Bürgerschaftliches Engagement und Eine Welt, konstatierte Thumann. Das Konferenzthema Ernährung und Konsum sei auch in der Neuauflage des Stadtleitbildes aus dem Jahre 2010 innerhalb des Leitprojektes „Neumarkter Bündnis verantwortungsbewusster Verbraucher“ verankert.

Auf gutem Weg

Mit Blick auf das Handlungsfeld „Eine Welt und fairer Handel“ verwies das Stadtoberhaupt darauf, dass Neumarkt 2009 zur „ersten Fair Trade-Stadt in Bayern“ gekürt wurde. Außerdem sei Neumarkt eine jener 40 Modellkommunen in Bayern, die

am Projekt „Nachhaltige Bürgerkommune“ teilnehmen. Erst jüngst sei man gemeinsam mit weiteren Kommunen mit einem entsprechenden Gütesiegel ausgezeichnet worden. Zudem habe Neumarkt 2010 als erste Stadt bundesweit bereits zum dritten Mal die Unesco-Auszeichnung „Stadt der Weltdekade“ erhalten. Thumann: „Insgesamt bin ich überzeugt, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz soll sich zu einem Markenzeichen entwickeln.“

Hochkarätige Referenten

Zu den Hauptreferenten vor den rund 180 Konferenzteilnehmern zählten neben dem Nürnberger Umweltreferent Dr. Peter Pluschke und der früheren Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen und jetzigen Bundestagsabgeordneten Bärbel Höhn Prof. Dr. Franz-Theodor Gottwald, der Vorstand der Schweisfurth-Stiftung und Honorarprofessor für Umwelt-, Agrar- und Ernährungsethik an der Humboldt-Universität Berlin sowie Karl Schweisfurth, der Geschäftsführer der Herrmansdorfer Landwerkstätten.

Podiumsdiskussion

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass zum einen die Verbraucher gegen den Trend sind, sich bewusster mit den Themen Konsum und Ernährung auseinanderzusetzen,



Auch die Galeria Kaufhof beteiligt sich an der „netten Toilette“. Von links: Wolfram Struth (Geschäftsführer Galeria Kaufhof), Klaus Walther (Geschäftsleiter CTW) Bild: Tobias Berz

Würzburg:

Die „nette Toilette“ geht in die zweite Runde

Die „nette Toilette“ in Würzburg ist ein Erfolgskonzept. Vor gut einem Jahr starteten 30 Würzburger Gastronomen und Händler auf Initiative und unter Federführung der Wirtschaftsförderung und des Immobilienmanagements der Stadt Würzburg das Projekt und stellten ihre Toiletten der Öffentlichkeit zur Verfügung. Nach einem Testzeitraum von einem Jahr, geht die „nette Toilette“ nun in die zweite Runde.

„Mittlerweile sind es insgesamt 44 nette Toiletten im Stadtgebiet von Würzburg, die eine Ergänzung zu den bereits vorhandenen öffentlichen Toilettenanlagen darstellen“, freut sich Klaus Walther, Geschäftsleiter bei CTW und Initiator des Projekts. Überall, wo Sie an Geschäften, Restaurants oder Cafés das lächelnde „00-Gesicht“ mit dem Slogan „nette-Toilette“ sehen, steht Ihnen eine gepflegte Toilette zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung – teilweise sogar ausgestattet mit Wickeltisch oder behindertengerecht gestaltet. Die Teilnehmer erhalten je nach Ausstattung ihrer „netten Toilette“ eine abgestufte Aufwandsentschädigung von der Stadt Würzburg.

Positive Resonanz

Auch der neue Geschäftsführer der Galeria Kaufhof in Würzburg, Wolfram Struth, ist begeistert von der Idee der „netten Toilette“: „Wir unterstützen die Stadt sehr gerne bei diesem Projekt und freuen uns, den Be-

um im Verhalten weg von der Quantität hin zu der Qualität zu kommen, zum anderen aber auch die Unternehmen und Produzenten umdenken müssten. Statt Gesetze und Verordnungen zu erlassen sollte die Politik Verbraucher und Produzenten mitnehmen, um Nachhaltigkeit aus Überzeugung zu schaffen.

Gelungene Beispiele

Am Nachmittag wurde das Konferenzthema vertieft und anhand zahlreicher gelungener Beispiele für eine nachhaltige Umsetzung veranschaulicht. Dabei behandelte eines der beiden Foren den Bereich der Unternehmen, während das andere Umsetzungssetzungen in Stadt und Region vorstellte. Dabei wurden die Themen „Kleine Erfolgsgeschichte des Netzwerkes UNSER LAND, „Regionale Produkte und Regionalvermarktung im Landkreis Neumarkt“ und „Re-Regionalisierung durch einen genossenschaftlichen Dorf-laden“ aufgegriffen.

Veränderung ist möglich - hier und jetzt. Genau da setzt der Verein Bluepingu e.V. an, wie sein Gründer und Vorsitzender Frank Braun ausführte. Der regionale Nachhaltigkeitskompass für bewusstes Einkaufen zeige Alternativen zum „fairen Konsum“ auf, aber auch Organisationen, wo man sich engagieren kann

wohnen und Besuchern von Würzburg hier einen hervorragenden Service anbieten zu können und Teil dieses Netzwerkes zu sein“, so Struth.

NeuerFlyer

Ein neuer Flyer mit einer Übersichtskarte und allen teilnehmenden „netten Toiletten“ ist nun erschienen und liegt bei allen teilnehmenden Betrieben, in der Tourist Information im Falkenhaus, im Bürgerbüro, in der Geschäftsstelle des Eigenbetriebs Congress-Tourismus-Wirtschaft (CTW) und an weiteren markanten Auslastungen im Stadtgebiet aus. Zusammen mit den öffentlichen Toiletten der Stadt, steht den Bürgerinnen und Bürgern, Gästen und Besuchern nun ein flächendeckendes Netz an frei zugänglichen Toiletten zur Verfügung.

Weitere Informationen zu den „netten Toiletten“ beim städtischen Eigenbetrieb Congress-Tourismus-Wirtschaft. □

Bluepingu e.V.

Bluepingu informiere und motiviere Menschen in der Region Franken zum Mitmachen und Mitdenken und setze so eine Bewegung hin zu einer ökologischen und sozial gerechten Gesellschaft in Gang. „Dabei konzentrieren wir uns auf die Themen Fair – Bio – Regional – Saisonal“, so Braun. „Je mehr dieser Elemente in die Kaufentscheidung und unser Denken einfließen, desto besser ist es.“

Kinderakademie

Als Besonderheit und Erweiterung der Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz fand parallel zur Konferenz erstmals eine Kinderakademie „Plant for the Planet“ statt. Die Ergebnisse der Kinderakademie wurden in der Konferenz vorgestellt. Zum Thema passte auch der „Grüne-Lau-ne-Markt“ am Tag nach der Konferenz.

Dieser Nachhaltigkeitsmarkt zeigte auf, wie viele Möglichkeiten es in Neumarkt und der Region gibt, um Bio-, nachhaltige oder Fair Trade-Waren zu erhalten. Auch heuer beteiligten sich zudem wieder die Neumarkter Buchläden und die Stadtbibliothek mit einem entsprechenden Thementisch eine Woche vor und nach der Konferenz. **DK**

Fachtagung der SDL Plankstetten:

Zwischen Siedlungsdruck und Abwanderung

Die Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) – Abtei Plankstetten war Gastgeber einer Fachtagung zum Thema „Zwischen Siedlungsdruck und Abwanderung – Planungsstrategien für eine zukunftsfähige Gemeindeentwicklung“. Anhand aktueller Beispiele wurden Denkanstöße gegeben, wie Gemeinden die aktuellen und künftigen kommunalen und gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich bewältigen können.

Im Fokus standen herausragende Strategien und Aktivitäten von Dörfern und Gemeinden zum kommunalen und interkommunalen Flächenmanagement, zur Innen- und Ortskernentwicklung, zum Aufbau von sozialen Netzwerken als Antwort auf den demografischen Wandel sowie im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Zudem wurde über die Weiterentwicklung des Bayerischen Dorferneuerungsprogramms und die ressortübergreifende Zusammenarbeit unter dem Dach der „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ sowie über neue strategische Partnerschaften mit Sparkassen und Banken informiert.

Zentrale Botschaften

Mehr als 100 Teilnehmer waren zur Fachtagung nach Plankstetten gekommen. Zentrale Botschaften waren:

- Soziale Themen (Familie, Bildung, Jugend, Senioren, Betreuung etc.) gewinnen in der Gemeinde- und Landentwicklung stark an Bedeutung.
- Die wirtschaftliche Entwicklung, die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Finanzausstattung der Kommunen bleiben grundlegende Entwicklungsfaktoren.
- Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung. Leerstände können massiv die Wertentwicklung des Immobilienbestandes in einer Kommune beeinträchtigen. Eine gute Planung ist Voraussetzung für gute Qualität.
- Die ländliche Entwicklung kann mit den Instrumenten „Dorferneuerung 2020“ und „Integrierte Ländliche Entwicklung“ flexible Unterstützung und Förderung anbieten.
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung erhöht die Akzeptanz, erschließt zusätzliche Kompetenzen und lädt zum bürgerschaftlichen Engagement ein.

Der Architekt und Stadtplaner Jakob Oberpriller plädierte dafür, permanente Planungsprozesse unter Beteiligung der Bürgerschaft, der Wirtschaft und der Politik sicherzustellen sowie lokale wie regionale Vereins- und Verbandsstrukturen insbesondere im Zusammenhang mit überregionalen Herausforderungen zu nutzen. Die Komplexität der Herausforderungen bedinge eine langfristige, kompetente, interdisziplinäre Begleitung mit eindeutig definierten Aufgabenbereichen.

Mehrwerte schaffen

Ministerialrat Wolfgang Ewald vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verwies darauf, dass die Integrierte ländliche Entwicklung den Gemeinden insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Unterstützung für interkommunale Zusammenarbeit, gemeindeübergreifend abgestimmte Innenentwicklung und ressortübergreifende Zusammenarbeit bietet. Die ILE schaffe für die Gemeinden unter voller Beibehaltung der kommunalen Verantwortung und Bürgernähe Mehrwerte durch kostensparende Lösungen, Lösungen für eine Einzelgemeinde überfordernde Problemstellun-

gen und damit Sicherstellung der Funktionsfähigkeit auch kleiner Gemeinden (hohe Bürgernähe) sowie regional wirksame Strukturverbesserungen und Entwicklungsschübe. Die ILE habe sich so bereits in wenigen Jahren als erfolgreiches Instrument bewährt. Auch weiterhin sei mit einer hohen Nachfrage zu rechnen.

Wiederbelebung von Ortszentren

„Die Innenentwicklung und Ortskernbelebung aus der Sicht einer regionalen Genossenschaftsbank“ betrachtete Hans Richter, Leiter der Firmenkundendbank Raiffeisenbank Am Goldenen Steig eG in Waldkirchen. Potenziale für die Wiederbelebung von Ortszentren sieht er unter anderem in der Aufrechterhaltung der staatlichen Kreditprogramme und Optimierung mit Tilgungszuschüssen, in Investitionszuschüssen der Regierung, in Kreditprogrammen mit Haftungszuschüssen, in Staatsbürgerschaft für die Reaktivierung leer stehender Gebäude (KfW), in der Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten bei innerörtlichen Gebäuden, im kommunalen Ortskernprogramm (als Zuschuss mit Obergrenze) sowie in Sonderkreditprogrammen örtlich ansässiger Kreditinstitute.

Soziale Netzwerke

Mit dem Aufbau sozialer Netzwerke auf interkommunaler Ebene befassten sich Norbert Bücherl, 1. Bürgermeister des Marktes Freihung und Waltraud Lobenhofer, Geschäftsführerin der AOVE (Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach) GmbH. Die ILE AOVE ist ein Zusammenschluss von neun Kommunen im Landkreis Amberg-Weilheim, der seit 1996 in den Handlungsfeldern Wirtschaft/Landwirtschaft/Erneuerbare Energien, Natur/Kultur/Tourismus, Demografische Entwicklung/ Soziales, Ländliche Entwicklung/ Siedlung/Städtebau und interkommunale Kooperation zusammenarbeitet und gemeinsame Projekte umsetzt.

„Alt werden zu Hause“

Ziel der Koordinationsstelle „Alt werden zu Hause“ beispielsweise ist es, Senioren solange wie möglich selbst bestimmt in ihrem sozialen Umfeld wohnen zu lassen. Sie sollen selbst darüber entscheiden können, wann, wie viel und welche Unterstützung sie bekommen. Laut Freihung und Lobenhofer geht es um eine Optimierung der häuslichen Versorgung, die Entlastung der pflegenden Angehörigen und eine Sensibilisierung für die Thematik Demenz.

Dienstleistungen der Koordinationsstelle sind: Unabhängige Beratung und Information, Besuchsdienst durch qualifizierte Alltagsbegleiter, Koordination und Vermittlung von Dienstleistungen im Bereich der häuslichen Pflege sowie Schulungen, Veranstaltungen und Freizeitangebote. Als Kooperationspartner fungiert ein leistungsfähiges Netzwerk von Sozialstationen, Pflegediensten, privaten Anbietern, Beratungsstellen, Seniorenheimen, Vereinen und kirchlichen Einrichtungen. **DK**

Schnellerer Umstieg auf regenerative Energie

Kommunalpolitische Vereinigung der CSU Niederbayern tagte in Plattling

Bei der in Plattling stattgefundenen Bezirksversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU Niederbayern konnte der Bezirksvorsitzende Alois Rainer, Bürgermeister der Gemeinde Haibach im Landkreis Straubing-Bogen, neben vielen Kommunalpolitikern auch CSU-Bezirksvorsitzenden MdEP Manfred Weber und MdB Barthl Kalb begrüßen und über die Arbeit des Bezirksvorstandes berichten. Hauptthema war der kommunale Finanzausgleich.

In einer Bezirksvorstandssitzung hatte Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein über die Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Bezirkshaushaltes berichtet. Ebenfalls ein Dauerthema ist der Bürokratieabbau. Alois Rainer bedankte sich bei den Teilnehmern aus Niederbayern, die an der KPV-Bundesvertreterversammlung in Weimar teilgenommen hatten. Bei der jüngsten Landesversammlung der KPV am Flughafengelände in München-Erding waren ebenfalls viele Vertreter aus Niederbayern dabei. Für heuer ist am 20. Juni eine Besichtigung des Standorts des geplanten Pumpspeicherkraftwerkes in Riedl bei Passau geplant. Im September soll die schon für das letzte Jahr geplante Berlinfahrt stattfinden. Und im Herbst wird noch eine Regionalkonferenz mit dem Generalsekretär der CSU stattfinden.

Neubewertung

Vorgestellt wurde auch das neue Energiekonzept „Schnellerer Umstieg auf regenerative Energie“. Die Katastrophe in Japan und ihre Dimension ist eine Zäsur in der Geschichte der Kernkraft und der Energiepolitik. Eine grundlegende Neubewertung der Kernenergienutzung in Deutschland und Bayern sei erforderlich. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU unterstützt den Weg der CSU, den Umstieg auf erneuerbare Energien schneller voranzutreiben. Sowohl im Grundsatzprogramm als auch im Energiepapier vor den dramatischen Ereignissen in Fukushima habe die CSU die Kernenergie als Brückentechnologie gesehen und parallel den Umstieg auf erneuerbare Energien vorangetrieben. Bayern hat aufgrund dieser Bemühungen einen deutlich höheren Anteil an erneuerbaren Energien im Vergleich zu allen anderen Bundesländern. Diese Spitzenposition und Vorreiterrolle möchte die CSU auch in Zukunft erhalten.

KKWs: Sicherheit auf Prüfstand stellen

Im Licht der Ereignisse in Japan werden die Sicherheitsstandards der Kernkraftwerke in Deutschland noch einmal gründlich auf den Prüfstand gestellt und bewertet. Die vergleichsweise hohe Sicherheitsarchitektur der deutschen Kernkraftwerke muss durch die neuen Erkenntnisse optimiert werden. Die Diskussion über Ausstiegsszenarien und optimale Sicherheitsarchitekturen muss gleichzeitig auf europäischer Ebene erfolgen. Die Sicherheit der Kernkraftwerke muss oberster Maßstab und Voraussetzung für die Laufzeiten sein. Die CSU soll sich aber von den Ideologen deutlich absetzen und als Machter die Energiewende betreiben.

Eine sichere, klimaverträgliche, ständig verfügbare wie auch wettbewerbsfähige Energieversorgung ist zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Prosperität in einem hochentwickelten Industrieland wie Deutschland. Diese Voraussetzungen müssen auch in Zukunft garantiert werden. Ein

Weg in die dauerhafte Abhängigkeit von Stromimporten aus dem Ausland kann nicht die Lösung sein. Ziel der Energiewende ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der Kernenergie, angestrebt wird das Jahr 2020. Dies wird aus einem möglichst klimaneutralen Einsatz von zusätzlichen Gaskraftwerken erfordern, ebenso wie eine dynamische Entwicklung der erneuerbaren Energien und eine deutlich höhere Energieeffizienz. Gerade in den letzten beiden Punkten liegt die große Chance für die Kommunen. Die Energiewende kann die Konjunktur beleben und neue Arbeitsplätze bringen. Es ist eine Chance für Wirtschaft, Wissenschaft und Industrie. Die Kommunalpolitische Vereinigung unterstützt diesen Kurs.

Was unterstützt die KPV? Als Innovations- und Investitionsmotor unterstützen die Kommunen Bayerns:

- ▶ alle Bemühungen und Programme, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und das Ziel einer Verdoppelung bis 2020 zu erreichen;
- ▶ alle Maßnahmen eines dezentralen Energieversorgungsnetzes bis hin zur energieautarken Kommune;
- ▶ schnelle Genehmigungen für neue, dezentrale Anlagen zur Energieversorgung zu erreichen (zum Beispiel durch Ausweisung von Vorrangflächen oder die Erstellung von Machbarkeitsstudien);
- ▶ den verantwortungsbewussten und verträglichen Ausbau von Photovoltaik, Biomasse, Geothermie und Windenergie weiter voranzutreiben;
- ▶ die Nutzung der Wasserkraft zu optimieren und weitere Potenziale zu erschließen;
- ▶ den Bau von Pumpspeicherkraftwerken an geeigneten Orten. Die Speicherung ist eine Grundvoraussetzung für den verstärkten Einsatz regenerativer Energien;
- ▶ den Bau von Bürgersolaranlagen

oder auch Bürgerwindkraftanlagen;

- ▶ den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung;
- ▶ Marktanreizprogramme zur Ausschöpfung von Einsparpotenzialen;
- ▶ den Ausbau eines leistungsstarken Stromnetzes, um den Anforderungen der dezentralen Versorgungsstruktur gerecht werden zu können;
- ▶ die Einführung und Umsetzung intelligenter Stromnetze;
- ▶ die intensive Forschung im Bereich der Energiespeicherung und Leistungssteigerung in der Energieerzeugung.

Das Maßnahmenpaket zum schnelleren Umbau der Energieversorgung stellt einen gesellschaftspolitischen Kraftakt dar. Die Kommunen haben dabei eine Schlüsselfunktion.

Spitze der Bewegung

Die KPV stellt sich dieser Verantwortung und setzt sich an die Spitze der Bewegung „für ein modernes Bayern mit moderner Energieversorgung. In seinem Grußwort stellte CSU-Bezirksvorsitzender Manfred Weber den „Aktionsplan Niederbayern“ vor. Im Anschluss lud der Europaabgeordnete zu einer Bürgermeisterkonferenz unter dem Motto „Der Kommunalpolitiker hat das Wort“. Hier stellten sich Abgeordnete aus Bund und Land den vielen Fragen der Kommunalpo-

litiker. Aus dem Bundestag angereist waren die Abgeordneten Max Straubinger (Rottal-Inn), Ernst Hinsken (Straubing-Regen) und Barthl Kalb (Deggendorf), aus dem Landtag Staatsminister Helmut Brunner (Regen), der ehemalige Staatsminister Erwin Huber (Dingolfing-Landau) und Bernd Sibley (Deggendorf).

Fördermittel für den Straßenbau

Ausführlich wurden die Fragen der anwesenden Kommunalpolitiker unter der Moderation von MdEP Manfred Weber beantwortet.

Hauptthemen waren hier Fördermittel für den Straßenbau, der Staffelsatz für den Straßenunterhaltungszuschuss ebenso wie die schon seit Jahren diskutierte sogenannte Einwohnerveredelung. Auch sollte der demographische Faktor beim kommunalen Finanzausgleich eine Rolle spielen. Die geplante Zwangsmitgliedschaft beim Kommunalen Prüfungsverband auch für kleinere Gemeinden war ebenfalls ein Thema. Neben vielen Wortmeldungen war auch der Ausstieg aus der Atomenergie bei den Anwesenden natürlich ein großes Thema.

Hier werden einige Herausforderungen auch auf die Kommunen zukommen. Grundkonsens war der Ausstieg aus der Atomenergie aber geordnet und stabil. Zum Abschluss bedankte sich Bezirksvorsitzender Alois Rainer bei den anwesenden Abgeordneten für die Beantwortung der Fragen und bei dem Bezirksvorsitzenden der CSU, MdEP Manfred Weber für die Einladung. Rainer gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass eine solche Veranstaltung zur Regelmäßigkeit werden sollte. □



Die CSU-Abgeordneten im engen Dialog mit den kommunalen Vertretern aus ganz Niederbayern: (v. l.) MdB Ernst Hinsken, MdEP Manfred Weber, Staatsminister Helmut Brunner, KPV-Bezirksvorsitzender Alois Rainer, Bezirkstagsvizepräsident Franz Schedlbauer und MdB Barthl Kalb. □

„Fränkischer Sommer - Musica Franconia“

Bereits zu einer guten Tradition geworden ist die Konzertreihe „Fränkischer Sommer – Musica Franconia“ des Bezirks Mittelfranken. Hier ist ein Forum für Künstler, Forscher und Kenner auf dem Gebiet der Alten Musik entstanden, das europaweit hervorragenden Ruf genießt. Auch der Fränkische Sommer 2011 verspricht dem hohen Qualitätsanspruch der vergangenen Jahre in vollem Umfang gerecht zu werden: Von Juli bis September kann das Publikum ein höchst niveauvolles Programm genießen.

Dieses bedeutende Kulturereignis ist nach den Worten von Bezirkstagspräsident Richard Bartsch bestrebt, die kulturelle Vielfalt der ganzen Region zu fördern sowie die Balance zwischen Ballungsraum und ländlichen Gebieten auf kulturellem Gebiet herzustellen und zu wahren. Für eine lebendige Regionalkultur sei es aber auch wichtig, dass die Besonderheiten, die kulturellen Schätze des eigenen Lebensumfelds überhaupt wahrgenommen werden können. Der „Fränkische Sommer“ schärfte den Blick dafür.

„Die Konzerte erschließen kulturhistorisch bedeutende Gebäude einer breiten Öffentlichkeit und repräsentieren die kulturelle Vielfalt Mittelfrankens auf

viele andere mehr) auf entsprechende orientalische Gegenüber treffen. Die deutsche Dichtung des Mittelalters befasste sich nur mit Helden, Kämpfen und Morden. Dass die Schönheit der Frauen ein Thema wurde und auch Männer sich in Poesie bilden mussten, was sich dann im Minnesang manifestierte, ist ohne die Prägung durch das arabische Spanien nicht denkbar.

Ein zweiter Schwerpunkt neben dem Minnesang ist die Shakespeare-Vertonung „The Tempest“ (Der Sturm) des aus Ansbach stammenden Händel-Vertrauten John Christopher Smith. Vom 7. Juli bis zum 11. September 2011 wird sich ein Netz von insgesamt 33 Konzerten über die ganze Region spannen.

Bereits seit der Gründung des Festivals unterstützt die N-ERGIE Aktiengesellschaft die Veranstaltungsreihe „Fränkischer Sommer – Musica Franconia“.

Weitere Informationen finden unter <http://www.fraenkischer-sommer.de> DK

Stefan Bosse weiter KPV-Bezirksvorsitzender in Schwaben

Referat und Diskussion von und mit Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer sowie Neuwahlen standen im Mittelpunkt der Bezirksversammlung Schwabens CSU-Kommunalpolitiker. Kaufbeurens Oberbürgermeister Stefan Bosse gab dazu als KPV-Bezirksvorsitzender im Saal der Sparkasse „Stadtcenter“ in Vöhringen seinen Rechenschaftsbericht. Die Vorstandschaft traf sich in den vergangenen zwei Jahren zu zehn Veranstaltungen in den verschiedensten Orten reihum in Schwaben. Ein Gespräch im Maximilianeum mit den schwäbischen CSU-Landtagsabgeordneten soll auch in dieser Wahlperiode wiederholt werden.

Bosse sieht die KPV als eine wichtige Stimme in der CSU insbesondere seit mit den Freidemokraten koalitiert werden muss. Der FDP fehle die Bindung zur Basis. Dies zeige sich an deren Vorstellungen z.B. zum Bayerischen Wassergesetz, der Spielautomaten- und der Gewerbesteuer.

Briefwählerleichterung

Aber auch mit den CDU-Vertretern wurde beim KPV-Bundeskongress in Weimar bezüglich Gestaltung der Gewerbesteuer ein harter Strauß ausgefochten. Ein Antrag zur Erleichterung und Vereinfachung bei der Briefwahl kam aus den Reihen Schwabens Vertretern im KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss. In Abstimmung mit dem CSU-Bezirksverband und dessen Vorsitzenden Markus Ferber (MdEP) will Stefan Bosse baldmöglichst einen Zukunftskongress zur Energiepolitik ansetzen.

Den grundsätzlichen Ausführungen von Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer zum kommunalen Finanzausgleich nach der Krise folgte eine kritische Auseinandersetzung mit dem Handeln der Bayerischen Staatsregierung und im Landtag. Im Parlament könne schon große Einigkeit über Parteigrenzen hinweg zur Inklusion herrschen, wenn die Kosten bei den Kommunen hängen bleiben. Wenn die Schulbegleiter vom Bezirk bezahlt werden sind es auch wieder die Kommunen die über die Umlageerhebung für die Kosten aufkommen. Für Günzburgs Landrat Hubert Hafner arbeiten in den Ministerien zu viel Leute an der Suche nach Argumenten wie die Konnexität und damit die Erstattung übertragener Aufga-

ben umgangen werden kann. So gut es getan hat, dass die Grundversicherung vom Bund übernommen wird umso mehr sorgen sich die Kommunalpolitiker dass beim Hartz IV-Ausgleich zurückgefahren werden soll. Auch hält sich der Staat in der Personalzuweisung sehr bedeckt. Als Beispiel nannte Hafner die Lebensmittellüberwachung.

Skandale der letzten Jahre forderten von den Landratsämtern immer mehr Kontrollen ohne dass die notwendigen Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Vertrauensbeweis für bisherigen Vorstand

Problemlos gingen die Neuwahlen über die Bühne. Kaufbeurens Oberbürgermeister Stefan Bosse erhielt einstimmig wieder das Vertrauen. Seine drei Stellvertreter sind wie bisher Bürgermeister Robert Sturm aus Ettringen und neu Bürgermeister Thomas Eigstler (Wiggensbach) und Kreisrat Matthias Kiermasz aus Günzburg. Sie lösen Joachim Konrad (Oberallgäu) und Dr. Martin Drexler aus Donau-Ries ab. Schwabens Vertreter in den Hauptausschuss sind Arno Zengerle (Oberallgäu), Rudi Janisch (Lindau) und Kaspar Rager (Ostallgäu). Zu Beisitzern wurden Traudl Anwander, Joachim Konrad und Anton Klotz (Oberallgäu), Rudi Janisch und Uwe Giebl (Lindau), Kaspar Rager (Ostallgäu), Christine Breither, Markus Zacher, Georg Klaußner und Johann Merk (Augsburg-Land), Markus Even (Unterallgäu), Roland Kempfle und Ilse Thanopolous (Günzburg), Karl-Heinz Brunner (Aichach-Friedberg) und Christian Knapp (Dillingen) gewählt. hj



Die Führungsspitze der Kommunalpolitischen Vereinigung in Schwaben von links: Matthias Kiermasz (Stellvertreter), Stefan Bosse (Bezirksvorsitzender), Robert Sturm und Thomas Eigstler (Stellvertreter). □

Bürgermeisterwahlen am Untermain

Am Untermain wurden in drei Kommunen neue Bürgermeister gewählt.

In Karlstein wurde Amtsinhaber Winfried Bruder (CSU) mit 64 Prozent der Stimmen bestätigt. Sein Gegenkandidat Dr. Günther Raffler (SPD) erhielt 36 Prozent.

In Alzenau trat Amtsinhaber Walter Scharwies (CSU) nach zwölf Jahren auf dem Posten nicht mehr an. Nachfolger wird sein Parteifreund Dr. Alexander Legler, der 57,0 Prozent auf sich vereinen konnte. Seine Gegenkandidaten Reiner Krzyzak-Zeller (SPD), Jeanette Kaltenhauser (FDP) und Ralph Ritter (FW) erhielten 16,0, 15,0 bzw. 12,0 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 58,5 Prozent.

In Kahl wurde Bürgermeister Jürgen Seitz (SPD) mit 63,5 Prozent wiedergewählt. Michael Repkin (Grüne) erhielt 19,1 Prozent, Udo Hammer von der CSU erreichte 17,4 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 57,46 Prozent. DK

Ministerpräsident Seehofer zum Tag der Franken:

Flaggschiff der Energiewende

„Franken bereichert und stärkt Bayern“

Ministerpräsident Horst Seehofer hat anlässlich des „Tages der Franken“ in Bad Kissingen Franken die Bedeutung Frankens für den Freistaat gewürdigt.

Seehofer: „Franken bereichert und stärkt Bayern: mit seiner kulturellen Vielfalt, seinen innovativen Wissenschaftszentren und tatkräftigen Unternehmen, aber vor allem mit den Menschen, ihrem Engagement, ihrer Tatkraft und ihrem Selbstbewusstsein. Bayerns Stärke ist die Vielfalt seiner Menschen und Regionen. Franken hat einen großen Anteil daran, dass der Freistaat heute ein starkes, kreatives und zukunftsorientiertes Land ist – kurzum: ein „5-Sterne-Land“ und ein leuchtender Stern ist Franken.“

Der Ministerpräsident betonte, dass das Zusammenspiel aller Regionen und aller Menschen in Bayern besonders jetzt bei der Energiewende von größter Be-

deutung ist. Seehofer: „Nur gemeinsam können wir diese Kraftanstrengung und den Aufbruch in ein neues Energiezeitalter meistern. Franken hat sich bereits erfolgreich auf den Weg gemacht: Im Rahmen von „Aufbruch Bayern“ hat die Staatsregierung in der Region herausragende Projekte gestartet: So wird beispielsweise Bad Neustadt neben Garmisch-Partenkirchen und der Region Bayerischer Wald Modellkommune für Elektromobilität.

Zusätzlich soll in Unterfranken ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für Elektromobilität entstehen. Für die Zukunftstechnologie Elektromobilität stellen wir im „Aufbruch Bayern“ insgesamt 64 Millionen Euro be-

reit.“ In Würzburg, so der Ministerpräsident weiter, forscht das Zentrum für angewandte Energieforschung (ZAE) bereits seit zehn Jahren an Solartechnik und Energieeffizienz. Dafür investiert die Staatsregierung weitere sechs Millionen Euro.

Bürgerengagement und Eigenverantwortung

Seehofer lobte zudem das beeindruckende Bürgerengagement und die Eigenverantwortung der Menschen, die er kürzlich beim Spatenstich in Oberfranken für den derzeit größten Solarpark im Freistaat erleben konnte. Über 8.000 Haushalte sollen dort künftig mit Strom aus Sonnenenergie versorgt werden, und das mitfinanziert von den Bürgerinnen und Bürgern.

Der Ministerpräsident zeigte sich überzeugt, dass der Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung ein Konjunkturpaket für Deutschland, Bayern und auch für Franken sein wird. Seehofer: „Wir machen Bayern zur Nr. 1 für nachhaltiges Wachstum und neue Energie. Und Franken ist das Flaggschiff der bayerischen Energiewende.“ □

Städtewette zugunsten von „Menschen für Menschen“:

3 Mio. Euro Spenden für Bildungsprojekte

Anlässlich des 30-jährigen Bestehens von Karlheinz Böhm's Äthiopienhilfe „Menschen für Menschen“ haben 24 deutsche Städte 3 Millionen Euro gespendet. Die Oberbürgermeister und Bürgermeister hatten gewettet, dass sie es schaffen, im Zeitraum von 2. Mai bis 9. Juni mindestens jeden dritten Bürger dazu zu bewegen, 1 Euro für das Bildungsprogramm ABC-2015 von „Menschen für Menschen“ zu spenden. Insgesamt 23 der Teilnehmerstädte erreichten ihr Spendenziel, darunter die bayerischen Kommunen Neuburg a. d. Donau, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Nürnberg, Würzburg und München.

Um die „Wettschulden“ aus den Wetten zu begleichen, wird Karlheinz Böhm's Ehefrau Almaz mit dem Welttheaterprojekt (Theater Salomon/ Langenfeld) oder dem Circus „Mother Africa“ in die Gewinnerstädte kommen.

Rund 40 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Äthiopien haben heute keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen, und sogar 60 Prozent aller Erwachsenen können weder lesen noch schreiben. Mit dem Programm ABC-2015 will die Stiftung bis 2015 deshalb hunderttausenden Kindern und Jugendlichen den Besuch einer Schule ermöglichen und die Alphabetisierungsrate im Land drastisch steigern. Allein in diesem Jahr baut „Menschen für Menschen“ 46 neue Schulen – die Finanzierung von 14 Schulen kann aus den Erlösen der Städtewette unterstützt werden.

Um den Schulbau in Äthiopien zu unterstützen und gleichzeitig ihrer Stadt zum Gewinn der Wette zu verhelfen, hatten seit Start der Aktion Hunderttausende aus ganz Deutschland gespendet. Darüber hinaus engagierten sich die Bürger von Kiel bis München – in Nürnberg beispielsweise putzten Schüler für den guten Zweck eifrig Autoscheiben.

Bildung

Der Spendenerlös in Neuburg an der Donau fließt laut Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling in den Bau der Anano Mitae Higher Primary School in der Region East Harerghe in Ostäthiopien, die rund 1.000 Kindern eine Chance auf Bildung und eine hoffnungsvolle Zukunft gibt. Auch Pfaffenhofens Bürgermeister Thomas Herker freute sich sehr über das mehr als ansehnliche Ergebnis und dankte allen Beteiligten herzlich für ihre Unterstützung. Ganz besonders erwähnte er das Engagement der Pfaffenhofener Schulen und hier vor allem den tatkräftigen Einsatz der Volksschule, deren Schülerinnen und Schüler weit über 3000 Euro für die Äthiopienhilfe gesammelt haben.

Würzburgs Oberbürgermeister Georg Rosenthal meinte: „Die Städtewette hat in Würzburg eine wunderschöne Dynamik angenommen und viele Menschen zum Mitmachen und Nachden-

ken gebracht. Diese in vielen Aktionen zum Ausdruck gebrachte Solidarität mit Äthiopien finde ich sehr beeindruckend und ich möchte mich als Wettpate einmal mehr herzlich bedanken.“

Schulneubau

„Nicht nur jeder dritte, sondern beinahe jeder zweite Nürnberger trug sein Scherflein bei und sorgte so dafür, dass wir prozentual gesehen das beste Ergebnis unter den beteiligten Großstädten mit mehr als 500.000

Einwohnern einführen“, betonte OB Dr. Ulrich Maly. Das in Nürnberg gesammelte Geld ist für den Neubau einer Higher Primary School in Borecha Woreda in Südwestäthiopien vorgesehen. Dort werden für voraussichtlich 175.000 Euro drei Gebäude mit je vier Klassenräumen, ein Verwaltungsgebäude und ein Sanitärgebäude entstehen.

Wie Münchens Rathauschef Christian Ude hervorhob, bewege es ihn ganz besonders, „dass es diesmal weniger die Großspenden waren, sondern viele kleine Einzelspenden, die den Gewinn der Wette ermöglicht haben“. So sei München etwa bundesweiter Spitzenreiter bei den Ein-Euro-Spenden per Telefon und SMS. Der Erlös der Münchner Städtewette fließt in den Bau der Kurfa Higher Secondary School für 1.200 Kinder in Ostäthiopien. **DK**

Die Donau als Schwerpunktthema:

Eindrucksvolles Bekenntnis zur Heimatliebe

Erfolgreicher „Schwabentag 2011“ mit Gästen aus der Bukowina

Mit einem vielseitig eindrucksvollen Bekenntnis zur Heimatliebe verbunden war der „Schwabentag 2011“ des Bezirkes Schwaben in Gundelfingen. Gekoppelt war der glanzvolle Höhepunkt der vier „Gundelfinger Erlebnistage“ mit der Präsenz des ebenso wirtschaftsstarken wie kulturell und historisch reich gesegneten Regierungsbezirkes zwischen Donau-Ries und Allgäu.

Beglückwünscht wurden Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert zu seiner erfolgreichen Idee der Einführung des „Schwabentages“, aber auch alle Mitgestalter der „GET“ wie die Gundelfinger Erlebnistage in der Kurzformel bezeichnet werden.

Schwerpunkte des Schwabentages wie der „GET“ mit insgesamt rund 25.000 Besuchern war „Die Donau gestern – heute – morgen“ (Vom Umgang mit Flüssen). Besonders herzlich begrüßt wurde eine Delegation aus der Partnerregion des Bezirkes Schwaben, der Bukowina mit dem Bezirk Suczawa (Rumänien) und der Region Ozernewitz (Ukraine). In Gundelfingen gab es eine farbenprächtige und temperamentvolle Vorstellung der Musik- und Folkloregruppe „Dor din Bucovina“ (Rumänien) unter Leitung von Constantin Irimia. Hinzu kam die „Lebende Werkstatt“ mit Holzschnitzkunst und dem Bemalen von Eiern. Starken Beifall erhielt für sein Grußwort in deutscher Sprache der Präsident des Bezirkes Suczawa, Gheorghe Flutur. Dabei kam auch zur Sprache, dass der Bezirk Schwaben für seine beispielgebende Vorreiterrolle beim Einsatz für Völkerverständi-

gung als erste deutsche überregionale Gebietskörperschaft im Jahr 1990 mit der Ehrenfahne des Europarates ausgezeichnet wurde.

Ehrenamtlicher Einsatz

Die, durch zehn Staaten fließende Donau soll, wie es beim attraktiven Rahmenprogramm des Schwabentages verdeutlicht wurde, künftig eine Hauptrolle bei der

Werbung für „Schwaben in Europa“ zukommen. Ausgerichtet waren darauf die Schwerpunkte beim Schwabentag und der „GET“. Vorgestellt wurden die preisgekrönten Aktivitäten von „Donautal Aktiv“ und der „ARGE Donaumoos“, aber auch des Historischen Bürgervereins Gundelfingen, des „Mooseum“ (Bächingen) und des Bundes Naturschutz. Die erfolgreiche Bilanz der Werbung für die Heimat rühmten Landrat Leo Schrell und Gundelfingens Bürgermeister Franz Kukla mit großem Dank an den hervorragenden ehrenamtlichen Einsatz. **jdt**



Ein großer Erfolg war der „Schwabentag“ des Bezirks Schwaben in Gundelfingen. Viel Anerkennung gezollt wurde der Ausstellung der Partnerschaftsregion Suczawa (Bukowina). Inmitten von Mitgliedern der rumänischen Folklore-Gruppe stehend Bürgermeister Franz Kukla, Landrat Leo Schrell, Landtagsabgeordneter Bernhard Pohl und Präsident Gheorghe Flutur. **Bild: jdt**

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

//REGENERATIV
//MODERN
//DYNAMISCH

RMD

www.rmd.de Rhein-Main-Donau AG

Behördengänge übers Internet

Stadt Ingolstadt startet als erste Kommune in Bayern das AKDB Pilotprojekt „Bürgerservice-Portal“

Als erste Kommune in Bayern und als eine der ersten in Deutschland führt die Stadt Ingolstadt das „Bürgerservice-Portal“ der AKDB ein. Hiermit können über das Internet Behördengänge einfach und bequem von zu Hause aus erledigt werden. Das Pilotprojekt gilt als Modellvorhaben für weitere bayerische Kommunen und soll nach der Erprobungsphase weiter optimiert und um zusätzliche Dienste erweitert werden.

An jedem Ort, zu jeder Zeit können sich die Bürger jetzt mit dem neuen Personalausweis sicher im Internet authentifizieren. Dadurch wird eine lückenlose und transparente Online-Kommunikation zwischen den Ingolstädtern und ihrer Stadtverwaltung möglich. Rund 7.000 Ingol-

städter Bürgerinnen und Bürger (Stand Ende Mai 2011) sind bereits im Besitz des neuen Personalausweises, 60 Prozent haben die Option „eID“, die elektronische Identifikation freischalten lassen. Mit einem Chipkartenlesegerät und der individuellen PIN können Sie sich nun im von

der AKDB entwickelten „Bürgerservice-Portal“ rechtssicher legitimieren.

Auch wenn schon vorher eine Reihe von Formularen online ausgefüllt werden konnten, mussten diese bisher vom Bürger noch ausgedruckt, unterschrieben und per Post geschickt oder persönlich ins Ingolstädter Rathaus gebracht werden. Im AKDB-Bürgerservice-Portal fällt dieser sogenannte „Medienbruch“ nun weg.

Eindeutige Identifizierung

Nach dem Ausfüllen am Bildschirm können die Daten künftig online übertragen werden – die eindeutige Identifizierung durch den neuen Personalausweis macht dies möglich. Alle Daten, die teilweise per Klick direkt vom Ausweis in die Anträge übernommen werden können, gelangen

direkt in die Systeme des Rathauses und können dort direkt in den jeweiligen Fachanwendungen weiter verarbeitet werden. Damit sparen sich nicht nur die Bürger Aufwand und Zeit, auch die Prozesse im Rathaus werden schneller und effizienter.

Kontinuierliche inhaltliche Erweiterungen

Sukzessive sollen die Möglichkeiten, die über die Dienste des Portals möglich sind, weiter wachsen. Zu Beginn des Pilotprojekts werden rund zehn Verwaltungsvorgänge zur Online-Bearbeitung angeboten, kontinuierlich wird diese Zahl in den kommenden Wochen ausgebaut, das Portal inhaltlich und qualitativ erweitert. Neben einer größeren Bandbreite an Formularen sollen etwa eine Online-Bezahlfunktion für Gebühren oder eine Online-Bereitstellung von Bescheinigungen und Bestätigungen eingebunden werden – bisher werden diese noch per Post an die Bürger verschickt. Die AKDB wird nach der Pilotphase in weiteren Kommunen Portale an den Start bringen. „Von der Ticketreservierung über Schadensmeldungen bis hin zur Kindergartenanmeldung ist vieles denkbar. Gemeinsam mit unseren Kunden werden wir Bürgerservice vor Ort erlebbar machen“, so Michael Diepold, Projektleiter bei der AKDB.

Auffangnetz für Arzt und Patient

Das Gesundheitsnetz Jura entlastet die Ärzte und verbessert die medizinische Betreuung für 60.000 Menschen

Marathonläufer können ein Lied davon singen, wie weit 42 Kilometer sein können, wenn Gelenke und Muskeln schmerzen. Wie viel unangenehmer mögen da 50 Kilometer sein? Laut deutscher Sozialrechtsprechung ist das die tolerierbare Entfernung für die Anreise zu einem Facharzt. In vielen bayerischen Gemeinden sind solche Strecken längst üblich: „Wer in unserer Region einen Termin beim Rheumatologen haben will, wartet schon heute sechs bis neun Monate und muss noch teilweise 70 Kilometer Anfahrt in Kauf nehmen“, sagt Wolfgang Steinbach. Der Allgemeinmediziner ist Mitbegründer und Vorsitzender des Gesundheitsnetzes Jura eG in Oberfranken. Sollte das Praxissterben weitergehen, so prognostiziert er, werde die Versorgungssituation in den ländlichen Regionen noch schlechter.

Die 2009 gegründete Genossenschaft, die Mitglied des Genossenschaftsverbands Bayern ist, will das verhindern. Der Zusammenschluss von 40 niedergelassenen Haus- und Fachärzten sowie einer Krankenhaus-GmbH hat sich zum Ziel gesetzt, durch bessere Vernetzung Kosten zu sparen. Synergien sollen erschlossen, die Versorgungsqualität in der Region gesteigert werden. Nach nicht einmal zwei Jahren scheint die Genossenschaft auf dem allerbesten Weg dorthin. Zusammen mit einem IT-Partner gelang es ihr bereits, ein Computernetzwerk einzurichten, das die Mitgliedspraxen untereinander verbindet. So können sie Patiententendenzen digital austauschen – das spart Zeit, Geld und Geduld.

Bestmögliche Behandlung

Steinbach und seine Mitstreiter sind Überzeugungsträger. Die Gründung der Genossenschaft, die Organisation der Geschäfte und die Weiterentwicklung des Unternehmens, machen die drei Vorstände und die Mitglieder nicht des Geldes wegen, so der Mediziner: „Unser Ziel ist, unsere Freiberuflichkeit zu erhalten. Gleichzeitig wollen wir aber auch die bestmögliche Behandlung für unsere Patienten erreichen.“

Genossenschaft

Die Entscheidung, hierzu eine Genossenschaft zu gründen, sei dabei aus sehr pragmatischen Gründen gefallen. „Klar war, dass wir ein Gesundheitsnetz brauchen, wir haben die Rechtsform anschließend demokratisch zur Wahl gestellt und unsere Mitglieder wählten die eG“, so der Mitbegründer.

Bereitschaftspraxis

Besonders stolz ist Steinbach auf die Bereitschaftspraxis, die das Netzwerk seit Januar in Scheßlitz betreibt. Der hochmoderne ausgestattete Neubau in direkter Nachbarschaft zum örtlichen Krankenhaus wird von 48 Ärzten genutzt, um den Notfalldienst an Wochenenden und Feiertagen für circa 60.000 Patienten in einem Gebiet von knapp 500 Quadratkilometern zu ge-

währleisten. „Wir können hierdurch die Notaufnahme der Klinik entlasten und zum anderen die schweren Fälle ohne Zeitverzögerung weiterleiten. Gleichzeitig reduzieren wir die Dienstbelastung der immer weniger werdenden, niedergelassenen Haus- und Fachärzte im Einzugsbereich“, erklärt der Mediziner. Nicht nötig zu erwähnen, dass die Menschen im Landkreis Bamberg das zentrale Angebot begrüßen.

Ausweitung

Die Genossenschaft arbeitet derweil schon an der Ausweitung ihres Leistungsspektrums: „Die Bereitschaftspraxis hat auch gut ausgestattete Behandlungsräume für Fachärzte“, sagt Steinbach. Langfristig wolle man Spezialisten aus Bamberg dazu gewinnen, die Räumlichkeiten abwechselnd für Sprechstunden zu nutzen. Hierdurch will die Genossenschaft Lücken in der Versorgung schließen und den Zugang zu Fachärzten am Ort auch langfristig sicherstellen.

Optimierungspotenziale

Zudem prüfen die Mitglieder der Genossenschaft ständig, wo Einspar- und Optimierungspotenziale liegen. Momentan arbeiten die Mediziner an sogenannten „Behandlungspfaden“. Das sind standardisierte Empfehlungen zur Behandlung bestimmter Krankheiten. In der Medizin nennt man das Qualitätsmanagement, in einer Bank würde man wohl von Prozessoptimierung sprechen. Das Einsparpotenzial, das Behandlungspfade offenbaren können, sei enorm.

Qualitätsmanagement

Und da wäre man auch ganz schnell wieder beim Thema Geld. „In den nächsten Jahren kommen auf uns Ärzte sehr wahrscheinlich noch erhebliche Kostendämpfungsprogramme zu“, sagt der Genossenschaftsvorstand. Und die Anforderungen an das Qualitätsmanagement steigen. Der Zusammenschluss in Gesundheitsnetzwerken sei die beste Möglichkeit, durch Kooperation diesen Herausforderungen

zu begegnen. „Die Alternative ist ein noch größeres Praxissterben oder dass Klinikketten immer mehr Arztpraxen übernehmen“, befürchtet Steinbach: „Und dann stehen nicht mehr die Menschen im Mittelpunkt, sondern die Fallpauschalen.“

Wenn sich Probleme summieren

Jobcenter: Landkreis Würzburg lässt als einziger in Bayern ganze Familien coachen

Würzburg. Natürlich glaubt er nicht, es würde ihm alles einfach in den Schoß fallen. Nur im Moment könne er nicht arbeiten, sagt der 52-Jährige im Jobcenter des Landkreises Würzburg: „Mein Kreuz tut so weh.“ Auch seine Frau könne nicht zur Arbeit gehen. Sie müsse sich doch um den Haushalt kümmern. Und der Sohn, 24, finde einfach keinen Job. Dass Sohn und Vater heute wieder arbeiten, haben sie einem besonderen Programm zu verdanken: Seit Mai 2009 bietet der Kreis Würzburg „Bedarfsgemeinschaftscoaching“ an.

„Als er hörte, seine Frau solle zur Arbeit gehen und er den Haushalt übernehmen, war der Mann sofort bereit, ein Jobangebot anzunehmen“, erläutert Manfred Kothe, Fachcontroller und Eingliederungsmanager im

gen Ärger: Wer möchte schon dauernd von seinem Fallmanager „gegängelt“ werden? „Mehrere Arbeitslose innerhalb einer Familie blockieren sich gegenseitig“, sagt Kothe. Der Ärger des einen überträgt sich auf den anderen, plötzlich ist ein Feindbild „Jobcenter“ geboren, an dem sich alle Familienmitglieder abreagieren. Gegenseitig bestärken sie sich mitunter auch in ihrer Verweigerungshaltung. Diesen Prozess will das Projekt des „Bedarfsgemeinschaftscoaching“ durchbrechen. Organisiert wird es von der Darmstadter Beratungs- und Trainings-GmbH PNT.

Wiedereingliederung

So manche Überraschung erlebten die Fallmanager des Jobcenters durch das Projekt, so Kothe. Der 52-jährige

Hartz IV-Empfänger, der es mit seinem männlichen Stolz nicht vereinbaren konnte, zu Hause zu bleiben, während seine Frau Geld verdient, sei nur ein Beispiel für eine erfolgreiche Wiedereingliederung: „Die Vermittlungsquote lag bisher bei 35 bis 40 Prozent.“ 20 Landkreisfamilien im Leistungsbezug werden permanent von PNT-Sozialpädagogen Robert Roth betreut. Sowie eine Familie erfolgreich in Arbeit vermittelt ist, rückt eine andere nach.

Nachbetreuung

Langzeitarbeitslose tun sich nicht deshalb so schwer, wieder in den Beruf einzusteigen, weil sie auf Vergnügen aus wären und einfach keine Lust auf „Maloch“ hätten. Viele machten die

Buch über Dürrlauingen:

Schriftliches Heimatbekenntnis

Die Gemeinde Dürrlauingen (Landkreis Günzburg) hat ein umfangreiches, nach Inhalt und Ausstattung qualitativ hochwertiges Heimatbuch herausgegeben. Unter der bekannt ansprechenden redaktionellen Betreuung des Weißenhorner Verlegers Anton H. Konrad entstand ein Heimatbuch, das überdurchschnittlichen Ansprüchen genügt und das man sich als Heimatbekenntnis den Bürgern wünscht.

Beachtenswert ist, dass die seit der Gemeindereform vereinigten, ursprünglich selbständigen Gemeinden Dürrlauingen, Mindelaltheim und Mönstetten einschließlich dem 90-jährigen überregional bedeutsamen Förderungswerk St. Nikolaus – gleichberechtigt in Geschichte, Kirchen- und Kunstgeschichte dargestellt werden.

Der Bürgermeister der Gemeinde Dürrlauingen Edgar Ilg dankte allen beteiligten Gemeinderäten, den Autoren und dem Verlag für ihr Engagement. Beachtenswert ist, dass alle Autoren aus der eigenen Gemeinde kommen.

Lokalhistorisch wichtiges Buch

Der für die Buchpräsentation eingeladene Laudator, Altbe-

zirkstagspräsident und Altlandrat Dr. Georg Simnacher hob hervor, wie erstaunlich es ist, dass sich auch eine kleinere Gemeinde ein so anschauliches und lokal-historisch wichtiges Buch zur Heimatgeschichte als Element der Identität und der bekennenden Heimatliebe schenken kann.

Dörfliche Vision der Zukunft

Die Gemeinde Dürrlauingen habe mit diesem neuen Buch ein verinnerlichtes Heimatdenkmal ganz besonderer Art geschaffen, das aus der Vergangenheit in die Gegenwart führt und Glauben an die dörfliche Vision der Zukunft vermittelt.

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

LFV-Klausurtagung in Unterschleißheim:

Werbung für das Ehrenamt „Feuerwehr“

Bei der jüngsten Klausurtagung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern in Unterschleißheim diskutierten knapp 100 Kreis- und Stadtbrandräte, Leiter der Berufsfeuerwehren sowie Kreis- und Stadtverbandsvorsitzende sowohl über brandaktuelle Themen als auch über Zukunftsprojekte.

Robert Kainz von der gleichnamigen Werbeagentur informierte eingangs über den aktuellen Stand der geplanten Image-Kampagne des Landesfeuerwehrverbandes Bayern. Ab September 2011 soll drei Jahre lang für die Wertschätzung des besonderen Ehrenamtes „Feuerwehr“ geworben und die Mitgliedererwerbung angekurbelt werden. Dies soll nach Kainz' Angaben unter anderem mittels Bus-Werbung, Kinospots, Großflächenplakaten, Info-Flyern und einer eigenen Internetplattform geschehen. Gemeinsam mit dem Innenministerium will man die Kampagne auf den Weg bringen und zur Eröffnung der Feuerwehraktionswoche 2011 im September starten.

Digitalfunk

Bei der Diskussion mit Vertretern der Projektgruppe DigiNet des Bayerischen Innenministeriums zum aktuellen Stand des Digitalfunks äußerten zahlreiche Tagungsteilnehmer wenig Verständnis für die Art und Weise, wie bei der Standortsuche die Kommunen vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Zudem berichtete DigiNet über die Unterbrechung des am 1. Dezember 2010 begonnenen erweiterten Probebetriebs im Netzabschnitt Stadt und Landkreis München.

Probebetrieb

Der „Erweiterte Probebetrieb“ ist regulär auf sechs Monate ausgelegt und dient der Bundesanstalt Digitalfunk BOS (BDBOS) in Berlin als vertragsrechtliches Abnahmeverfahren gegenüber dem Systemlieferanten und dem Betreiber. Die in dem Netzabschnitt angesiedelten Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) mit maßgeblicher Betei-

ligung des Polizeipräsidiums München testen während dieses Probebetriebs den Digitalfunk auf Herz und Nieren, um mögliche Fehler noch vor der endgültigen Abnahme des Netzausschnitts zu finden und beseitigen zu lassen.

Fehler im Funknetz

Bei den akribisch durchgeführten Massentests in ganz München hat sich nun jedoch ein Fehler im Funknetz gezeigt. Die federführende BDBOS hat deshalb den erweiterten Probebetrieb formal vorübergehend unterbrochen, bis der Fehler behoben ist. Während dieser Unterbrechung wird die Funkkommunikation in München aus Sicherheitsgründen über den weiterhin bereit gehaltenen Analogfunk abgewickelt. Dennoch ist das Digitalfunknetz auch während dieser Zeit weiterhin „on air“. Sobald die BDBOS den Fehler für behoben erklärt und der erweiterte Probebetrieb fortgesetzt werden kann, wird der Digitalfunk wieder genutzt, so die Projektgruppe.

Kooperation

Die Fahrsicherheit mit Sonder- und Wegerechten soll verbessert werden. Hierzu will der Landesfeuerwehrverband Bayern über eine Kooperation mit dem Gemeindeunfallversicherungsverband noch heuer Fahrsicherheitstrainings mit entsprechenden Schulungen in den Feuerwehren der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände anbieten. Fahrer von Feuerwehrfahrzeugen sollen lernen, im Ernstfall richtig zu reagieren.

Hierzu passen auch Überlegungen der Versicherungskammer Bayern, den Feuerwehren Schulungen in einem Blaulichtfahrt-Simulator anzubieten. Einen entsprechenden Simulator

präsentierte die Leipziger Firma IFE-Systems. In einer Fahrzeugkabine mit fahrzeugtypischen Bedienelementen und drei großen TFT (Thin-film transistor)-Bildschirmen können bis zu 30 blaulichtspezifische Fahrscenarien geübt werden. Dazu zählen besonders risikobehaftete innerstädtische Alarmfahrten ebenso wie Rettungseinsätze bei Schneetreiben oder komplizierte Überholmanöver.

Analytische Taskforce

Bei der neuen Analytischen Taskforce (ATF), die Brandamtsrat Stephan Klotz von der Berufsfeuerwehr München vorstellte, handelt es sich wiederum um hoch spezialisierte, mobile Einsatzkräfte mit besonderen Fähigkeiten. Diese konzentrieren sich vor allem auf den Bereich der chemischen Analytik. Bundesweit wurden sieben Spezialeinheiten der ATF geschaffen. Hauptaufgabe ist die Identifikation von unbekannten, flüssigen und gasförmigen chemischen Stoffen. Zusätzlich verfügt die Einheit über eine technische Ausstattung zur Analyse im radiologischen Bereich (Kontamination, Dosisleistung, Isotopenfeststellung).

Ergänzung durch Wissen

ATF kommt laut Klotz zum Einsatz, „wenn kommunale Fähigkeiten an ihre Grenzen kommen“. Es gehe darum, kommunale Einrichtungen mit weiterem Expertenwissen zu ergänzen, wobei der Amtsrat Wert auf die Feststellung legte, dass ATF keine kommunale Einrichtung ersetzt und auch keine Einsatzleitung übernimmt.

Über aktuelle Aktivitäten im Verband informierten LFV-Vorsitzender Alfons Weinzierl und Geschäftsführer Uwe Peetz. Beim Versicherungsschutz für Feuerwehranwärter bei Freizeitveranstaltungen konnten nach ihren Worten Verbesserungen durch Gespräche mit dem Gemeindeunfallversicherungsverband erzielt werden und geben nun Kommandant und Jugendwart Rechtssicherheit bei der allgemeinen Jugendarbeit.

Personalsituation

Die geplante Einstellung zwölf neuer Lehrkräfte an den Staatlichen Feuerwehrschulen wird nach Auffassung vieler Tagungsteilnehmer weder ausreichen noch für Entspannung bei der Personalsituation an den Schulen sorgen. Die Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes könnte wiederum dazu beitragen, dass besondere Führungsdienstgrade keine oder weniger Wegegeldentschädigung erhalten. Hier hat der Landesfeuerwehrverband Bayern das Innenministerium um eine Lösung ersucht.

Wie Weinzierl und Peetz außerdem berichteten, laufen mit dem bayerischen Innenministerium Verhandlungen über die Aufnahme neuer Fahrzeugtypen und Ausrüstungsgegenstände in die Richtlinien. Nachdem der Fördertopf ausreichend gefüllt sei, stünden die Aussichten recht gut, dass beispielsweise der Mannschaftstransportwagen, Wärmebildkamera, der Gerätewagen-Logistik I, das neue Löschgruppenfahrzeug „Katastrophenschutz“, die neuen Tanklöschfahrzeug-Normen und weitere THL-Hilfeleistungssätze möglicherweise aufgenommen werden. **DK**

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Jetzt haben wir also den neuen Freiwilligendienst und die engagierten jungen Leute müssen sich schon im Radio als BuFDi verpöppeln lassen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam gerade aus dem Alten- und Servicezentrum unserer Stadt. Dort wurde die erste junge Frau herzlich willkommen geheißen, die sich im Rahmen des neu geschaffenen Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für die Unterstützung einer Sozialstation in unserem Städtchen entschieden hat.

Nachdem die Bundesregierung die letzte große Zwangslotterie in Deutschland, nämlich „Komm ich zum Barras?“ - korrekt natürlich die allgemeine Wehrpflicht - abgeschafft hat, sorgen sich viele karitative und soziale Einrichtungen auch bei uns um ihr Personal. Denn die Wehrpflicht hat ja nicht nur unseren Streitkräften Rekruten beschert, sondern auch den Wohl-

Abgeschaffte Zwangslotterie

fahrtsorganisationen billige Arbeitskräfte in Form von Zivildienstleistenden, liebevoll Zivis genannt. Jetzt soll also der Bundesfreiwilligendienst die Lücke schließen und da bei uns halt der AküFi (Abkürzungsfimmel) herrscht, haben flinke Zungen dafür das Kürzel BuFDi erfunden.

Wenn man so will, steigt unsere Gesellschaft vom Prinzip der Zwangssolidarität (das nur für die männlichen jungen Erwachsenen galt) um auf das Angebot eines bewussten und freiwilligen Einsatzes für die Gesellschaft. Rein ökonomisch ist beides fragwürdig. Denn ob gezwungen oder freiwillig, es bleibt dabei, dass junge Leute sich streng volkswirtschaftlich betrachtet sinnvoller um ihre Aus- bzw. Fortbildung oder um ihr Fortkommen im Beruf kümmern sollten, als ein Jahr lang praktisch als ungelernete oder angelernte Hilfskräfte Handlangerdienste in sozialen Einrichtungen zu leisten. Überall singen wir das hohe Lied der Fachkräfte und ausgerechnet da, wo es um den unmittelbaren Kontakt zum hilfsbedürftigen Menschen geht, da rufen die Wohlfahrtsorganisationen nach Amateuren.

Böse Zungen behaupten natürlich – alles nur wegen des Geldes. Der Zivi kostet so gut wie nix und wenn diese Handlangerdienste nicht von

den Dienstverpflichteten erledigt werden, müsste man konsequenterweise gut ausgebildete, dafür aber auch anständig bezahlte Fachkräfte anwerben. Das ist natürlich alles etwas holzschnittartig, denn die jungen Zivis zehren in der Regel ihr ganzes späteres Leben von dieser Erfahrung, gebraucht, ja von manchen hilfsbedürftigen Menschen geradezu ersehnt worden zu sein.

Nicht zuletzt natürlich kommt ihnen die dort erlangte soziale Kompetenz ein ganzes Leben lang zu Gute, ebenso wie die Wehrdienstleistenden von ihrer Zeit bei der Truppe profitieren.

Eine menschliche Biographie lässt sich halt nur schwer in eine volkswirtschaftliche Matrix pressen und nach Nützlichkeitsbewertungen bewerten. Deshalb ist auch der Bundesfreiwilligendienst so eine überzeugende Einrichtung, die es verdient hätte, nicht gleich vom Start weg von sich für witzig haltenden Radiomoderatoren oder cool wirkenden wollenden Sozialprofis als BuFDi verspottet zu werden.

Jetzt ist das ganz persönliche soziale Engagement in der Übergangszeit vom Jugendlichen zum Erwachsenen keine lästige Pflicht mehr, sondern eine bewusste Entscheidung, die jeder junge Mensch, ob Mann oder Frau, treffen kann. Selbst Ältere können in diesem Rahmen neue Erfahrungen und Wege zur Selbstverwirklichung finden, auch wenn sie das „Wehrpflichtalter“ längst hinter sich haben.

Mein Chef, der Bürgermeister, jedenfalls findet das neue Angebot gut und ist überzeugt davon, dass diejenigen, die sich für den Bundesfreiwilligendienst entscheiden, damit Erfahrungen und vor allem soziale Kompetenzen erwerben, die sie ein Leben lang begleiten werden. Warum also nicht bei Einstellungen und Ausschreibungen in der Verwaltung zukünftig vermerken, dass Leute bevorzugt werden, die den BFD gemacht haben? Keiner kann ja mehr sagen, er hätte ihn nicht machen können, weil er „ausgemustert“ wurde oder eine Frau sei. Denn Igor Strawinsky hat Recht auf dem heutigen Kalenderblatt: „Mitgefühl ist niemals verschwendet, es sei denn, man hat Mitleid mit sich selbst.“

ihre
Sabrina

Tag der Regionen 2011:

Deutschlands beste Veranstaltungen gesucht

Am 1. Juli startete der Wettbewerb der Aktionen zum Tag der Regionen 2011. Teilnehmen können alle Veranstalter, die unter www.tag-der-regionen.de im Aktionszeitraum vom 23. September bis 09. Oktober 2011 eine Aktion angemeldet haben. Während der Internationalen Grünen Woche im Januar 2012 in Berlin stellt Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner die ausgezeichneten Veranstaltungen im feierlichen Rahmen vor.

Prämiert werden auch in diesem Jahr Aktionen, welche die Inhalte und Ziele des Aktionstages vorbildlich und kreativ umsetzen, besonders gut in der Region verankert sind und einen starken regionalen Bezug zeigen. Die Auswertung der eingereichten Unterlagen erfolgt nach festgelegten Kriterien durch eine Fachjury. Hier wirken Länderkoordinatoren sowie Partner des Aktionsbündnisses zum Tag der Regionen mit.

Die Bewerbungsunterlagen für 2011 können ab sofort bei den beiden Koordinationsbüros angefordert werden. Der Einsendeschluss für die Bewerbungen ist der 7. November 2011. Die Auszeichnung ist eine Initiative des Aktionsbündnisses Tag der Regionen in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Regionalbewegung e.V. und der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis, die das Preisgeld von 3.500 Euro zur Verfügung stellt.

„Der Preis will die Veranstalter des Tags der Regionen in ihrem Bestreben, die Ziele des Aktionstages vor Ort umzusetzen, unterstützen und motivieren“, sagt Sven Mindermann, Sprecher des Aktionsbündnisses Tag der Regionen. „Er will zeigen, wie regionales,

verantwortliches Handeln zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme beitragen kann“, so Mindermann. Die Region lebt von der Vielfalt. Jedes Jahr zeigt der Aktionstag mit einer großartigen Schau, deutschlandweit an über 1200 Standorten, was die Regionen zu bieten haben. Eine bunte Mischung von Festen,

Kunst und Kulinarischem macht den Zusammenhang zwischen persönlicher Kaufentscheidung und den Entwicklungschancen der eigenen Region deutlich. Die Veranstaltungen dienen der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und zeigen nachhaltige Wirtschafts- und Konsumformen, sowie faires Verhalten zu Umwelt und Mitmenschen. Im letzten Jahr wurden fünf Projektpartner aus vier Bundesländern ausgezeichnet, die sich um einen der begehrten Geldpreise des Wettbewerbs zum Tag der Regionen beworben hatten. □

Altlandrat Roland Eller wurde 75

Seinen 75. Geburtstag feierte am 28. Juni 2011 der Altlandrat des Landkreises Aschaffenburg, Roland Eller. Landrat Dr. Ulrich Reuter gratulierte ihm dazu im Rahmen einer kleinen Feierstunde.

Nach Ende des Jura-Studiums ging Eller in den Staatsdienst und kam auf dem Umweg über das Straßen-Neubauamt Bamberg 1969 an das damalige Landratsamt Aschaffenburg. Mit der Gebietsreform 1972 und der damit verbundenen Zusammenlegung der ehemals selbständigen Alt-Landkreise Aschaffenburg und Alzenau zum neuen Landkreis Aschaffenburg wurde der Jubilar zum 1. Juli 1972 zum ersten Landrat des neuen Großlandkreises gewählt. In der Folge stellte sich Eller noch vier Mal zur Wiederwahl und wurde regelmäßig mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt. Bei der Wahl 2002 konnte Roland Eller aus Altersgründen nicht mehr antreten.

In den 30 Jahren seiner Amtszeit hat Eller das Amt des Landrats mit großem Geschick, politischem Weitblick und Durchsetzungsvermögen und was mindestens genauso wichtig ist, auch mit viel Gespür für die Menschen seiner Heimat, wahrgenommen. □

100.000er-Marke nach fünf Wochen geknackt

Bayerische Landesausstellung beschert Herrenchiemsee neuen Rekord

Nach nur fünf Wochen ist die Bayerische Landesausstellung „Götterdämmerung. König Ludwig II.“ bereits jetzt auf Rekordkurs: Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, und Marianne Loferer (stellvertretende Landrätin des Landkreises Rosenheim) begrüßten Familie Höfeler, die die 100.000er Marke knackte.

Die Familie aus Sondermünch bei Chieming machte ihren Sonntagsausflug in die Bayerische Landesausstellung – just, um die Marke von 100.000 Besuchern zu überschreiten. Als Jubiläumsgäste durften Sie sich über die ausstellungsbegleitenden Publikationen freuen.

Bis zu 5000 Gäste pro Tag

Mit Spitzen von bis zu 5.000 Gästen pro Tag sei der Besucherrekord der Insel Herrenchiemsee schon gebrochen, so die Bayerische Schlösserverwaltung. „Wir freuen uns, dass die Landesausstellung im Königsschloss so schnell die 100.000er-Marke knackt“, so Josef Austermayer, der Leiter der Schloss- und Gartenverwaltung Herrenchiemsee.

„Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“

Die drei Veranstalter der Landesausstellung sind optimistisch, dass nach dem grandiosen Start der Besucherstrom weiter auf rekordverdächtige Zahlen hinsteuert. Den Besucherrekord unter den historischen Ausstellungen in Bayern hält weiterhin die Landesausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“, die im Jahr 2009 über 365.000 Gäste verzeichnete.

Trotz des hohen Gästaufkommens ist es möglich, sich die Landesausstellung in Ruhe anzusehen – vor allem vor 11 Uhr und nach 16 Uhr. □

Nofretete im Bayerischen Wald

Von den Pharaonen über das antike Griechenland bis ins Jetzt: Die „Gewölbe der Geheimnisse“ bieten eine kulturelle Weltreise durch vier Jahrtausende

Viechtach (obx) – Den Original-Nachbau eines Grabes aus dem ägyptischen Tal der Könige, die Büste der Pharaonengattin Nofretete, die Göttin Aphrodite und die älteste Uhr der Welt: Das alles kann man im Bayerischen Wald bestaunen – in Form von Nachbildungen in Museumsqualität. Um die Originale zu sehen, müsste man wohl um den ganzen Erdball reisen und alle großen Museen abklappern. In den „Gewölben der Geheimnisse“ des Viechtacher Künstlers Reinhard Schmid sind mehr als 400 Replikate der bedeutendsten Kunstschatze aus aller Welt ausgestellt.

Und das außergewöhnliche Angebot kommt an: Rund 200.000 Menschen haben die Ausstellung im ehemaligen Bürgerspital in den vergangenen Jahren gesehen. „Wir wollen mit dem Museum unterhalten und den Menschen Kultur näher bringen“, erklärte Reinhard Schmid. Er zeigt Interessantes, Wunderschönes und Skurriles aus vier Jahrtausenden. Wie etwa einen Schmutzschaber, den Athleten im alten Griechenland einst benutzten, um sich nach Wettkämpfen die Dreckschicht auf der Haut zu entfernen, oder einen mit Zacken verzierten Diskus, mit dem geheime Nachrichten mittels eines aufgewickelten Fadens transportiert wurden.

Aber auch die Grabschätze des Pharaos Tut-Anch-Amun, die berühmte Büste der Nofretete, der Gemahlin des Pharaos Echnaton, und das grausige, von Schlangen umzingelte Medusenhaupt aus

der griechischen Sage sind hier zu sehen. Die Nachbildung des Pharaonengrabes ist deshalb so interessant, weil die Originalgräber im Tal der Könige turnusmäßig für Jahre geschlossen werden, um die seit vier Jahrtausenden erhaltenen Wandmalereien nicht der Zerstörung durch den feuchten Atem von Besuchern auszusetzen. In Viechtach darf jedoch jeder atmen – so frei er will.

Brücke zwischen Ägypten und Bayern

Schmid schlägt auch ganz konkret die Brücke zwischen Ägypten und Bayern: mit Hilfe der Tarot-Karten, die ursprünglich in Ägypten entwickelt wurden und bis heute auch in Bayern erhalten blieben. Ägyptische Priester und Gelehrte hatten ihr Wissen in Bilder verpackt und ein Kartenspiel daraus gemacht. Im Lauf der Jahrtausende ge-



Von den Pharaonen über das antike Griechenland bis ins Jetzt: Die „Gewölbe der Geheimnisse“ im Bayerischen Wald präsentieren eine kulturelle Weltreise. Foto: obx-news

langte das Spiel auch nach Europa und ist bei Kennern als Tarock – ähnlich einem Skat für drei Spieler – bis heute auch in bayerischen Gefilden beliebt.

Diese ägyptisch-bayerische Verbindung ist in der ehemaligen Kapelle des Museums im Nebenzweig dargestellt. Dort hat Reinhard Schmid 66 bemalte Glastafeln in ein Holzgerüst eingesetzt. Sie erzählen die Geschichte, wie das „Wissen der ägyptischen Priester“ nach Bayern kam und

zeigen alle Hauptkarten des Tarot, die „Grossen Geheimnisse“.

„In nur 45 Minuten kann man bei uns eine richtige Weltreise machen“, sagt Reinhard Schmid. Rund 200.000 Besucher haben sich von der täuschenden Echtheit der von einer Spezialfirma in Niederbayern nachgebildeten Kunstwerke bereits überzeugt. Mehr Informationen über die „Gewölbe der Geheimnisse“ gibt es im Internet unter: www.gewoelbe.de

Landkreisvereine gehen an Schulen

Kreisjugendring Aschaffenburg sucht nach interessierten Ortsvereinen

„Der Nachwuchs fehlt!“ Diese Aussage hört man in der letzten Zeit immer öfter. Auch Vereine und Verbände aus dem Landkreis Aschaffenburg machen sich Sorgen, um den Fortbestand ihrer Jugendgruppen. Der Kreisjugendring Aschaffenburg hat deshalb Anfang Oktober 2010 ein neues Projekt gestartet, das vom Landkreis Aschaffenburg, dem Bezirksjugendring Unterfranken und dem Bayerischen Jugendring gefördert wird.

Unter dem Titel JAMS² („Jugendarbeit macht Schüler stark“) sind in den Realschulen in Besenbach und Hösbach, sowie dem Hanns Seidel Gymnasium und der Hauptschule in Mainaschaff fünf neue Jugendgruppen entstanden. Unter Beteiligung der Kreisjugendfeuerwehr von Aschaffenburg und der Bayerischen Sportjugend (BSJ) können

sich Schülerinnen und Schüler nachmittags mit Fußball, Schach und Brandschutzerziehung beschäftigen.

Neugründung von Gruppen

Auch die Evangelische Jugend, die Wasserwacht Mainaschaff und die Naturschutzjugend im LVB

(NAJU) haben Jugendgruppen gegründet oder wollen Eigene aufbauen.

Jugendarbeit

Nun will der Kreisjugendring auch Vereine mit Ihrer Jugendarbeit an die Schulen bringen. Interessierte Vereinsvertreter aus Besenbach, Hösbach und Mainaschaff waren jüngst eingeladen, sich über das Projekt zu informieren. Im Schulungsraum des Kreisjugendrings Aschaffenburg erläuterte der Kreisjugendpfleger, Klaus H. Spitzer, die Möglichkeiten einer weiteren Kooperation.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Broschüre überarbeitet und neu aufgelegt:

„Hilfe zur Pflege“ des Bezirks Oberbayern

Informationen zur Sozialhilfe in vollstationären Pflegeeinrichtungen

Sozialhilfe ist kein Almosen, sondern eine wichtige Sozialleistung, auf die der Einzelne einen Rechtsanspruch hat. Der Bezirk Oberbayern ist als überörtlicher Träger der Sozialhilfe unter anderem für die Gewährung der Hilfe zur Pflege zuständig. In seiner überarbeiteten und neu aufgelegten Broschüre „Hilfe zur Pflege“ informiert der Bezirk Oberbayern über die Modalitäten der Antragsstellung.

Die Broschüre richtet sich an ältere Menschen, die in ein Alten- oder Pflegeheim ziehen möchten. Sie ist aber auch ein Leitfaden für Angehörige und Betreuer von Hilfebedürftigen, die sich über die sozialhilferechtlichen Aspekte des stationären Wohnens oder einer Kurzzeitpflege informieren wollen. Über die Hilfe zur Pflege hinaus werden auch die Leistungen der Pflegeversicherung erklärt. Ziel ist,

die Betroffenen in einer besonderen Lebenssituation angemessen zu begleiten und zu unterstützen.

Unterhaltungspflichten

Es wird unter anderem die wichtige Frage beantwortet, wie eigenes Einkommen und Vermögen für die Hilfe zur Pflege eingesetzt wird und wer für den Pflegebedürftigen darüber hinaus unterhaltspflichtig sein kann. Denn nicht nur der Partner, sondern auch Kinder, Eltern und auch Beschenkte können unter bestimmten Voraussetzungen herangezogen werden. Zahlreiche Berechnungsbeispiele veranschaulichen die unterschiedlichen finanziellen Konstellationen.

Die Zuständigkeit des Bezirks für die Hilfe zur Pflege als überörtlicher Sozialhilfeträger ist im Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) geregelt. Der Bezirk Oberbayern hat im Jahr 2010 ca. 143 Mio. Euro netto für diese wichtige Art der Sozialhilfe aufgewendet.

Die Broschüre kann kostenfrei bei der Pressestelle des Bezirks Oberbayern bestellt werden: Telefon: 089/2198-90018 Fax: 089/2198-90099 im Internet unter: www.bezirk-oberbayern.de/Publikationen

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 21. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Winterdienst-Planung • Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773) 82218
Telefon: (02773) 82256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT

Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Light Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom
Kommunale Energieberatung
Dr. Dr. Manfred Menz

Green City Energy
Die alternative Energieberatung

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de



Bild: Firma Geiger



Stopp dem Werteverfall der kommunalen Infrastruktur!

Kommunale Straßen- und Leitungsinfrastruktur erhalten

„Kommunaler Straßenbau und Leitungsinfrastruktur – dem Baubedarf positiv und konstruktiv begegnen“, unter diesem Motto standen drei regionale Baurunden, zu denen der Bayerische Bauindustrieverband e.V. zusammen mit der Landesgruppe Bayern des Rohrleitungsbauverbandes im vergangenen Jahr am 25. Februar für Ostbayern nach Regensburg, am 18. Mai für Franken in das Kloster Banz und am 10. November für Oberbayern/Schwaben in das Kloster Irsee eingeladen hatte. Die Bayerische Gemeindezeitung hatte bereits über diese drei regionalen Baurunden berichtet. Doch die Probleme des Straßenbaus und der Leitungsinfrastruktur in den bayerischen Kommunen und mögliche Lösungsansätze zur Verbesserung der aktuellen Situation aus Sicht der bayerischen Bauindustrie sollen in dieser Sonderveröffentlichung nochmals ausführlich behandelt werden.

Bau- und Sanierungsbedarf Straßeninfrastruktur

„Unser Straßennetz verfällt. Nicht nur die Schlaglohpisten nach dem harten und langen Winter 2010/2011 machen dramatisch deutlich, dass unsere Städte und Kommunen seit Jahren viel zu wenig in ihre Straßennetze investieren“, sagt Dipl.-Ing. Josef Limbrunner, Vorsitzender der Fachabteilung Straßenbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes. Aktuelle Zählenerhebungen belegen

diese Feststellung Limbrunners, denn sie zeigen bei den Kommunalstraßen einen geradezu gigantischen Investitionsbedarf auf.

Immenser Investitionsbedarf

Das deutsche Gesamtstraßennetz umfasst rund 688.000 km. Mit ca. 537.000 km (= 78 %) entfällt hiervon das Gros auf die Kreis- und

Gemeindestraßen. Für dieses kommunale Straßennetz hat eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) für den Zeitraum von 2006 bis 2020 einen Investitionsbedarf von fast 162 Mrd. Euro errechnet, vor allem für die Erhaltung des Bestands.

In diese gigantische Summe sind die Zusatzschäden des vergangenen harten Winters noch gar nicht eingerechnet, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund allein mit 3,5 Mrd. Euro beziffert.

Frostschäden als Folge der desolaten Finanzen

Straßenbauexperte Limbrunner erläutert hierzu: „Bereits nach dem Winter 2009/2010 konnten zahlreiche Frostschäden aufgrund der desolaten Finanzsituation der Kommunen nicht behoben werden. Dauerfrost und wechselnde Temperaturen mit Tauwetter und erneutem Frost haben in den bereits vorgeschädigten Asphaltbelägen Risse und Ausbrüche hinterlassen. In diese Risse und offenen Stellen des Fahrbahnelages dringt Wasser ein, gefriert und das Eis sprengt in der nächsten Winterperiode die Fahrbahn auf. Neue Ausbrüche sind die Folge“.

Bereits die Behebung dieser aktuellen Schäden stellt die Gebietskörperschaften vor nahezu unlösbare Probleme. Auch nach dem Kommunalpanel 2010 der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Kommunaler Investitionsbedarf 2006 bis 2020

704,1 Mrd. Euro (in Mrd. Euro)

Trinkwasser	29,0
Abwasser	58,2
Verwaltungsgebäude	19,8
Krankenhäuser	30,9
Schulen	73,0
Sportstätten	35,2
Straßen	161,6
ÖPNV	38,4
Städtebau	10,1
sonstige Bereiche	208,4
Erwerb von Grundvermögen	39,5

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik

(KfW) schieben die deutschen Städte und Gemeinden einen riesigen Investitionsberg vor sich her.

Schlaglöcher nehmen zu

48 % der 552 befragten Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern in Deutschland gehen für den Verkehrsbereich in den nächs-

ten fünf Jahren von einer Zunahme des Investitionsrückstaus aus, 29 % gaben eine Stagnation an und lediglich 23 % aller Kommunen glauben an einen Abbau des Investitionsbergs.

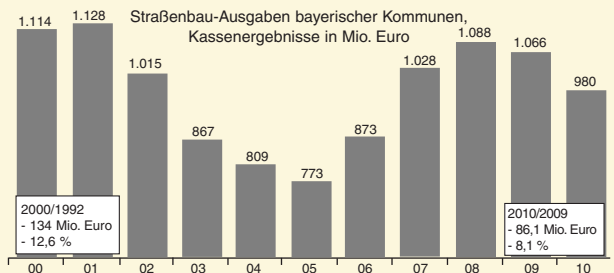
Die KfW kommentiert diesen Sachverhalt folgendermaßen: „Die Schlaglöcher auf den Straßen nehmen zu und der Zustand der Straßen

verschlechtert sich weiter.“

Dem steht gegenüber, dass die derzeit eingesetzten finanziellen Mittel das notwendige Niveau zum Erhalt der kommunalen Straßeninfrastruktur weit unterschreiten. Allein in den vergangenen zehn Jahren sind die Ausgaben der deutschen Kommunen für den Stra-

ßenbau um rund 23 % zurückgegangen. Dies führt dazu, dass sich der Straßenzustand kontinuierlich verschlechtert, und der Erhaltungsbedarf und damit die Instandhaltungskosten jährlich steigen.

Die fehlenden Finanzmittel der Kommunen verbunden mit zunehmenden Ver-

Statt den Investitionsstau abzutragen, sinken die Ausgaben bayerischer Kommunen für den Straßenbau massiv

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

www.bauindustrie-bayern.de

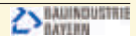


Bild: Emma Ribbel

kehrsbelastungen führen zu erheblichen Substanzverlusten gerade auch an kommunalen Straßen.

Schlaglöcher werden zu Finanzlöchern

„Jetzt aber die Schlaglöcher nur mit Asphaltmischungen zu stopfen, beseitigt das Problem nicht“, kommentiert RA Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes die Situation. „Im nächsten Win-

www.markgraf-bau.de
W. Markgraf GmbH & Co KG - Bauunternehmung**MARKGRAF**

MARKGRAF ist ein 1932 gegründetes traditionsreiches Familienunternehmen und baut für Sie kundenorientiert, europaweit in den folgenden Geschäftsbereichen:

Hochbau**Tiefbau****Generalunternehmer****Fertigteilewerk****Stahlbau**

Dieselstraße 9 • 95448 Bayreuth

Tel: +49 921 297 0 • Fax: +49 921 297 109 • Mail: info@markgraf-bau.de

ter brechen diese Schlaglöcher wieder auf und die Flickschusterei beginnt von vorn. So werden Schlaglöcher zu Finanzlöchern. Nachhaltig zu beseitigen sind Schlaglöcher nur mit einer Grundsanierung der Straße. Das kostet zwar mehr als eine Flickschusterei, doch auf Dauer rechnet es sich“, so Hess.

Limbrunner fordert in diesem Zusammenhang gerade auch die Kommunen auf, die veraltete Kameralistik zu Gunsten eines kaufmännischen Rechnungswesens abzuschaffen. „Damit kommt es automatisch zu einer kaufmännischen Betrachtung des kommunalen Straßennetzes als Anlagevermögen.

Kaufmännisches Rechnungswesen

Der Wertverlust wird durch die standardisierte Abschreibung der Straßen plötzlich

als Anlagegut beziffert. Diesen kontinuierlichen buchhalterischen Wertverlust gilt es, durch Rückstellungen und

Aufwendungen für geeignete substanzverbessernde Maßnahmen auszugleichen“, so Limbrunner.

Bau- und Sanierungsbedarf Leitungsinfrastruktur

Dipl.-Ing. (FH) Ewald Weber, Vorsitzender der Fachabteilung Leitungsbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes verweist darauf, dass auch bei der kommunalen Leitungsinfrastruktur, insbesondere im Bereich Wasser und Abwasser, eine ähnlich dramatische Situation besteht.

„Unsere Wasserleitungen und Abwasserkanäle sind Lebensadern unserer Gesellschaft, aber vielfach sind sie in einem maroden Zustand. Da diese Leitungen unter der Erde liegen, werden sie in ihrer tatsächlichen Bedeutung nicht wahrgenommen. Darum gibt es hier keine ver-

nehmbare Lobby“, so Weber. In der genannten Difu-Studie wurde deutschlandweit ein kommunaler Investitionsbedarf für die Trinkwasserversorgung von rund 29 Mrd. Euro und für die Abwasserentsorgung von rund 58 Mrd. Euro ermittelt. Die tatsächlichen Investitionen hinken dem jedoch dramatisch hinterher.

Hohe Schadensraten, mangelnde Netzerneuerung

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit beschreibt die aktuelle Situation für Bayern wie folgt:

Bei der Wasserversorgung ist eine Ersterschließung nur mehr in geringem Umfang, nämlich nur noch für 0,1 % der Bevölkerung erforderlich. Hieraus resultiert ein Investitionsbedarf der Kommunen von noch insgesamt rund 90 Mio. Euro. Wesentlich anders sieht es bei der Sanierung aus, da die bestehenden Versorgungsstrukturen, die rund 115.000 km Rohrleitungen umfassen,



überwiegend im Zeitraum von 1960 bis 1980 erstellt worden sind. Aufgrund hoher Schadensraten und mangelnder Netzerneuerung ist ein Großteil dieser Rohrleitungen marode. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit geht davon aus, dass für die Erneuerung und Sanierung kommunaler Wasserleitungen jährlich rund 300 Mio. Euro aufzuwenden sind.

Falsche Zeichen

Aus Sicht von Weber ist unverzichtbar, dass die Gesellschaft endlich den hohen Wert des Lebensmittels Wasser erkennt. „Wenn heute ein Liter Trinkwasser aus der Leitung nur ein Tausendstel dessen kostet, was ein Liter Wasser aus der Flasche kostet, dann setzt das falsche

„Kommunen ohne Einnahmen können nicht investieren.“

„Fehlendes Geld ist meist ein großes Problem, aber nicht immer das alleinige zentrale Thema. Vieles scheitert, weil die Bürger nicht von der Sache überzeugt sind.“

„Wir haben jetzt einen Kreisverkehr gebaut, den wir vor 12 Jahren angefangen haben zu planen. Über so eine lange Zeit hinweg kann man einfach nicht vorausplanen und es ist auch klar, dass sich hier die Kosten verändern. Trotzdem darf man nicht auf der Bremse stehen, sondern muss sich den Konflikten aussetzen. Das ist für mich verantwortungsvolle Politik.“

Stefan Bosse, Oberbürgermeister der Stadt Kaufbeuren und Vorsitzender des Bayerischen Städtetages im Bezirk Schwaben, anlässlich der Baurunde Oberbayern/Schwaben am 10. November 2010 im Kloster Irsee

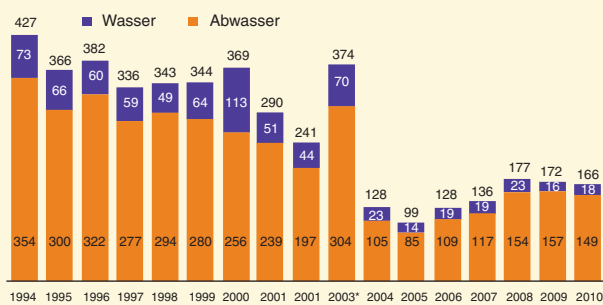
Bauen Sie auf uns!

JOSEF HEBEL GmbH & Co. KG Bauunternehmung
Riedbachstraße 9, 87700 Memmingen
Tel. 0 83 31 / 106 – 0, Fax: 0 83 31 / 106 – 211
www.josef-hebel.de



Künftig mehr kommunale Verantwortung für Wasser- und Abwasserinfrastruktur

Zuschüsse des Freistaats zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung



Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
* Spitze 2003 durch Auslaufen Sonderförderprogramm zum 31.10.03



Ausgaben bayerischer Gemeinden für Abwasserbeseitigung verfallen

Ausgaben bayerischer Kommunen für Beseitigung der Abwässer, Kassenergebnisse in Mio. Euro



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

www.bauindustrie-bayern.de



Zeichen. Dann müssen wir uns schon die Frage stellen, warum die Wasserrechnung nur einen Bruchteil der Telefonrechnung ausmacht, aber gleichzeitig die Brunnen- und Wasserleitungen kaputt gespart werden.“

Noch erheblich prekärer ist der Handlungsbedarf bei der Abwasserentsorgung. Für etwa 1 % der Einwohner muss noch die Ersterschließung weitergeführt werden, was einen Investitionsbedarf der Kommunen von rund 900 Mio. Euro darstellt. Einer ganz anderen Größenordnung sehen sich jedoch die Kommunen bei erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gegenüber.

Sanierungsbedarf 2.000 bis 2.500 km pro Jahr

Insgesamt gibt es in Bayern rund 90.000 km Kanäle, davon rund 88 % Schmutz- und Mischwasserkanäle, und darüber hinaus etwa 11.300 km Hausanschlussleitungen. Nach einer vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Auftrag gegebenen Untersuchung weisen ca. 12.500 km Schmutz- und Mischwasserkanäle (also rund 16 %) einen kurz- bis mittelfristigen Sanierungsbedarf (Kanalzustandsklasse 0 - II) auf. Hieraus ergibt sich insgesamt ein kurz- bis mittelfristiger Sanierungsbedarf in Höhe von rund 4 Mrd. Euro (mindestens 3,6 bis maximal 5 Mrd. Euro einschließlich Schachtbauwerke und öffentliche Hausanschlussleitungen, ohne Nachrüstung von Kläranlagen).

In den nächsten fünf bis

sechs Jahren müssten demnach ca. 2.000 bis 2.500 km an Kanälen pro Jahr saniert werden. Tatsächlich sind es jedoch lediglich rund 500 km pro Jahr.

Seitens des Bayerischen Gemeindetags und des Bayerischen Städtetags wird in diesem Zusammenhang zugestanden, dass in Bayern die Rate der sanierten Kanäle deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Kommunales Anlagevermögen

Dabei müssen sich die Kommunen vor Augen halten, dass ihre Kanalnetze einen beträchtlichen Anteil

stellvertretender Vorsitzender der Fachabteilung Leitungsbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes und gleichzeitig Vorsitzender der Landesgruppe Bayern des Rohrleitungsbauverbandes, beruhen die festgestellten Defizite in der bayerischen Wasserwirtschaft insbesondere auf ihrer Struktur, die sehr kleinteilig organisiert ist. „So gibt es in den 2.056 bayerischen Kommunen rund 2.400 Wasserwirtschaftsbetriebe. Diese Kleinteiligkeit erschwert eine effiziente Aufgabenverteilung und einen entsprechenden Mitteleinsatz, da die Ressourcen der einzelnen Kommunen beschränkt sind. Es fehlen die

teiliger strukturiert sein. Ich erachte hier eine Größenordnung von vielleicht 500 Wasserversorgern in Bayern für sinnvoll. Denn erst ab ca. 10.000 bis 20.000 Verbraucheranschlüssen pro Anbieter lässt sich in einer kommunalen Wasserversorgung kostendeckend arbeiten. Aber fast das Wichtigste: Wir brauchen eine grundlegende Bewusstseinsklärung in der Bevölkerung zur Notwendigkeit umfangreicher Sanierungen in der kommunalen Leitungsinfrastruktur, da hier andernfalls ein enormer Wertverlust in diesem wichtigen Bereich kommunaler Daseinsvorsorge eintritt“, so Beck.

Nachhaltiger Umgang mit Bauwerten

In Anbetracht der Tatsache, dass die Ausgaben bayerischer Kommunen für die Abwasserbeseitigung in der Zeit von 1992 bis 2010 um knapp 69 % zurückgegangen sind, meint Hess: „Ein nachhaltiger Umgang mit unseren Bau-Werten erfordert Kontinuität beim Unterhalt und Erhalt.

Dafür müssen unsere Gesellschaft und die Politik bereit sein, Finanzmittel bereitzustellen, und zwar ausreichend hoch und verlässlich. Die Forderung der Bayerischen Bauindustrie, Investitionen in allen öffentlichen Haushalten vorrangig zu behandeln, und nicht als Restgröße wie zur Zeit, sowie eine Mindestinvestitionsquote von 15 % einzuhalten, ist daher aktueller denn je!“



des kommunalen Anlagevermögens ausmachen. Die öffentlichen Kanalnetze sind häufig die größten Anlagevermögen von Städten und Gemeinden. Experten schätzen, dass die bayerischen Kanalnetze ein Anlagevermögen von rund 70 Mrd. Euro darstellen.

Nach Auffassung von Dipl.-Ing. (FH) Dieter Beck,

Mittel zum Erhalt der Anlagen und es mangelt an ausgebildetem Fachpersonal. Oftmals bestehen erhebliche Defizite bei der Einhaltung der sicherheitstechnischen Mindestanforderungen. Darunter leidet die Organisationsqualität, aber auch die Rechtssicherheit. Die Wasserversorgung müsste groß-

Straßenerhaltung - Grundlagen und Strategien

Der Begriff „Straßenbaumaßnahmen“ umfasst ein breites Spektrum möglicher Vorgehensweisen, die auf der Grundlage der einschlägigen Regelwerke wie folgt definiert und strukturiert werden:

- Unter den Begriff „**Neubau**“ fällt die erstmalige Herstellung einer Straße.
- „**Erweiterung**“ bedeutet die Steigerung der Kapazität einer vorhandenen Straße.
- Unter „**Um- und Ausbau**“ fallen Maßnahmen, die – ohne Kapazitätserweiterung – über die bauliche Erhaltung einer Straße hinausgehen.
- Die „**Straßenerhaltung**“ umfasst alle Maßnahmen, die der Substanzerhaltung, der Erhaltung des Gebrauchswertes von Verkehrsflächen einschließlich der Nebenanlagen, der Sicherheit für den Straßennutzer und gegebenenfalls auch der Verbes-

serung von Umweltbedingungen dienen.

Im Fokus der nachfolgenden Ausführungen stehen Maßnahmen der Straßenerhaltung, die anerkanntermaßen in betriebliche Erhaltung und bauliche Erhaltung unterteilt werden.

• Die **betriebliche Erhaltung** gliedert sich in **Kontrolle und Wartung**.

• Die Streckenkontrolle dient der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht. Unter anderem zählen hierzu Kontrollen des Fahrbahnzustands oder der Nachsichtbarkeit der Beschilderung.

• Unter der Wartung werden Pflegearbeiten, wie Keh-

ren der Fahrbahn, Reinigen der Entwässerungseinrichtungen, Rückschnitt der Vegetation, Kontrolle und Pflege der Verkehrseinrichtungen sowie der Winterdienst zusammengefasst.

• Die **bauliche Erhaltung** umfasst die Wartung und Pflege der Substanz der Straße.

Hierzu zählen Gebrauchseigenschaften (Verkehrssicherheit und Fahrkomfort) sowie Subanzeigenschaften (Beschaffenheit). Die bauliche Straßenerhaltung koordiniert darüber hinaus die Maßnahmen zur Verbesserung der Gebrauchs- und Subanzeigenschaften. Die hierzu zählenden Erhaltungsmaßnahmen werden wie folgt unterteilt:

• Unter **Instandhaltung** fallen Maßnahmen kleineren Umfangs, mit denen durch bauliche Sofortmaßnahmen



Was Menschen mit Menschen verbindet

Die Stratebau GmbH ist als renommiertes Straßen- und Tiefbau-Unternehmen des STRABAG-Konzerns vorwiegend in Bayern tätig.

Moderne Technik und engagierte Mitarbeiter machen uns zu einem zuverlässigen Partner.

STRABAG SE ist einer der führenden europäischen Bautechnologiekonzerne und in über 30 Ländern mit 73.600 Mitarbeitern weltweit vertreten.

STRATEBAU GMBH

Homepage: www.stratebau.de

E-Mail: info@stratebau.de



unsere Leistungen:

Erdbau
Allgemeiner Straßenbau
Sonderbauweisen in Asphalt
Außenanlagen und Gestaltung
Abdichtungen und Sanierungen
Kanal- und Rohrleitungsbau
Bauwerkserhaltung
Baustoffrecycling
Fräsen

örtlich begrenzte Schäden maschinell oder von Hand beseitigt werden können.

Diese Maßnahmen erfordern vergleichsweise wenig Aufwand. Ziel der Instandhaltung ist die Substanzerhaltung der Straße. Die Instandhaltung hat keine nennenswerte Verbesserung des Gebrauchswerts zur Folge. Hierzu zählen beispielsweise Schlaglochbeseitigung, Abstreuen, kleinere Oberflächenbehandlungen, Spurrinenauffüllungen in kürzeren Abschnitten, Pflege einzelner schadhafter Fugen oder Abfräsen von Verformungen.

- Als **Instandsetzungsmaßnahmen** gelten Arbeiten größeren Umfangs, die der Verbesserung der Befahrbarkeit und der Bausubstanz dienen. Hierzu zählen beispielsweise Maßnahmen wie großflächige Oberflächenbehandlungen, Deckschichtsanierungen und Verstärkungen oder Ersatz von Fugenauffüllungen, Heben und Festlegen von Platten sowie Ersatz von Platten oder Plattenanteilen. Instandsetzungen sind längerfristige budgetierte Sanierungsmaßnahmen, die verkehrsbedingte Absicherungen benötigen. In der Regel ist eine ganze Fahrstreifenbreite betroffen.

- Eine **Erneuerungsmaßnahme** wird zur vollständigen Wiederherstellung des Gebrauchswertes einer vorhandenen Verkehrswegebefestigung durchgeführt. Diese Wiederherstellung kommt einem Neubau gleich. Erneuerungsmaßnahmen sind längerfristig geplante Maßnahmen, die in der Regel mehrere Wochen für die Umsetzung benötigen und vielfach die gesamte Fahrbahnbreite betreffen.

Erneuerungsbauweisen

Als Erneuerungsbauweisen kommen die Asphaltbauweise, die Betonbauweise und die Pflasterbauweise in Betracht. Zur Festlegung der Erneuerungsart und -bauweise müssen der Gebrauchswert einer vorhandenen Straßenbefestigung erfasst und bewertet sowie die Ursachen der Schäden ermittelt und analysiert werden. Auf diese Weise lässt sich eine tech-

nisch und wirtschaftlich befriedigende Erneuerungsmaßnahme planen.

Die Unternehmen der bayerischen Straßenbaulandwirtschaft bieten bei Maßnahmen der Straßenerhaltung zahlreiche Innovationen, die zu entsprechenden Qualitätsverbesserungen und Kostensenkungen zu Gunsten der Auftraggeberseite führen.

DSH-Verfahren

Beispiel: Das neu entwickelte Verfahren dünner Schichten im Heißeinbau (DSH). Dieses Verfahren ist vor allem für die Verbesserung der Straßenoberflächen geeignet, bei geringen Spurrinentiefen und auch für die Beseitigung von Unebenheiten im Querprofil. Deshalb wird oft eine Sanierung mit einer Dünnschicht im Heißeinbau auf Versiegelung (DSH-V) gewählt. Der Vorteil ist, dass die Strecke nur für einen relativ kurzen Zeitraum gesperrt werden muss, der neue Belag dennoch eine lange Lebensdauer aufweist.

Unverzichtbar für den Bestand von Straßen ist – unabhängig von einer geplanten Erhaltungsmaßnahme – eine wirksame Entwässerung sowohl des Oberflächenwassers als auch des nicht gebundenen Bodenwassers. Es muss daher gewährleistet sein, dass die Entwässerungseinrichtungen dauerhaft wirksam bleiben. Falls erforderlich, ist die Wirksamkeit der Entwässerungseinrichtungen vor der Durchführung von Straßenerhaltungsmaßnahmen wiederherzustellen.

Straßenerhaltungsmanagement

Damit die Kommunen die knappen Haushaltsmittel für ihre Straßeninfrastruktur möglichst effektiv einsetzen, empfehlen Fachkreise ein systematisches Straßenerhaltungsmanagement. Die strategische Planung von Straßenerhaltungsmaßnahmen unterstützt Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung dabei, den Mitteleinsatz bedarfsgerecht zu steuern und somit an den richtigen Stellen rechtzeitig Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen, um den Wertver-

Ohne Strategie dem Verfall preisgegeben

Kommunale Straßen: ADAC fordert deutlich mehr Geld und besseres Erhaltungsmanagement

Der Verfall der kommunalen Straßen in Deutschland schreitet immer schneller voran. Um die Schäden zu beseitigen und einen weiteren Substanzverlust zu vermeiden, müssten nach Angaben des ADAC alleine im Jahr 2011 elf Milliarden Euro investiert werden. In den darauffolgenden Jahren sind mindestens acht Milliarden Euro notwendig.

Tatsächlich werden von den Kommunen pro Jahr lediglich fünf Milliarden Euro investiert – 2011 sind das somit sechs, in den Folgejahren drei Milliarden zu wenig. „Durch die chronische Unterfinanzierung bei den kommunalen Straßen nimmt über kurz oder lang die gesamte Volkswirtschaft Schaden“, sagte ADAC Vizepräsident für Verkehr Ulrich Klaus Becker anlässlich einer Fachveranstaltung zur Erhaltung und Finanzierung kommunaler Straßen. „Es geht nicht darum, die Schlaglöcher des Winters zu stopfen oder ein paar Schönheitskorrekturen vorzunehmen: Deutschland braucht zwingend einen Strategiewechsel bei der Pflege seiner kommunalen Straßen“, so Becker.

Laut ADAC müssen die Kommunen ein systematisches Erhaltungsmanagement für ihre Straßen einführen. Dies wäre die logische Folge aus den immer knapper werdenden finanziellen Mitteln der kommunalen Haushalte und der daraus resultierenden Verschlechterung des Straßenzustandes. In der Praxis führen die Kommunen jedoch häufig nur oberflächliche Maßnahmen ohne eine erkennbare Strategie durch. Zwingend notwendig wäre es aus ADAC-Sicht, die knappen Gelder nach streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten einzusetzen.

Der ADAC fordert die zuständigen Kommunalpolitiker auf, moderne Software-Werkzeuge für das Erhaltungsmanagement zu nutzen und Entscheidungen über Bauvorhaben nach objektiven Kriterien herbeizuführen. Erforderliche Baumaßnahmen sollten nicht aufgeschoben werden, da sonst deutlich teurere Instandsetzungsarbeiten notwendig werden. Ein gezieltes Erhaltungs- und Finanzmanagement kann nach Ansicht des Clubs nur gelingen, wenn die hierfür notwendigen finanziellen Mittel dauerhaft zur Verfügung stehen. □

lust des Straßennetzes zu minimieren.

Transparente Entscheidungsprozesse

Diese Vorgehensweise ermöglicht der Politik die transparente Darstellung der Entscheidungsprozesse den Bürgern gegenüber. Darüber hinaus kann ein systematisches Straßenerhaltungsmanagement bei entsprechender Ausrichtung auch sehr gut helfen, die zu erwartenden Schäden durch Frost- und Tauwechsel zu verringern.

Im Rahmen eines solchen systematischen Straßenerhaltungsmanagements ist ein ausgeglichener Mitteleinsatz erforderlich, der den jährlichen

Wertverlust ausgleicht und so eine Konsolidierung des Restwertes und somit des Zustandsniveaus ermöglicht. Dabei muss berücksichtigt werden, dass ein aktuell vorhandener Nachholbedarf an derzeit bereits überfälligen Erhaltungsmaßnahmen nur durch kurzfristige Sondermittel oder ein langfristig entsprechend höheres Erhaltungsbudget aufgefangen werden kann, um eine nachhaltige Zustandsverbesserung des kommunalen Straßennetzes zu erreichen. □

Quelle: H.-J. Beckedahl: Schlagloch/Straßenerhaltung, Handbuch Straßenbau, Band 1; Dieburg 2010. Stefan Kob: Special Straßenerhaltungsmanagement, in Straße und Autobahn, Mai 2011

PPP im kommunalen Straßenbau

Public Private Partnership (PPP) – ein zukunftssträchtiges Konzept für den Bau bzw. Ertüchtigung und Erhalt von kommunalen Straßen

Vor dem Hintergrund mittlerweile zahlreicher erfolgreich umgesetzter PPP-Projekte im kommunalen Hochbau (insbesondere Schulen, Rathäuser, Sportstätten und Freizeitbäder) wird mehr und mehr darüber nachgedacht, das PPP-Beschaffungskonzept auch im kommunalen Straßen- und Tiefbau einzusetzen. Diese Modelle sehen in der Regel vor, dass einzelne Straßen oder ganze Straßennetze von einem privaten Partner geplant, gebaut bzw. saniert, finanziert und auf einem definierten Niveau über einen längeren Zeitraum erhalten und gegebenenfalls betrieben werden.

Es sind aber auch Modelle denkbar, die nicht alle Leistungsphasen umfassen, und sich zum Beispiel auf die grundlegende Erneuerung und anschließende bauliche Erhaltung beschränken.

Durch den hier zum Einsatz kommenden Lebenszyklusansatz und die Ein-

Kein Bauen ohne Geld

Aus Sicht der Kommunen ist aber klar festzuhalten, dass PPP nicht die Möglichkeit zur Realisierung von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen ohne Eigenleistung, quasi „Bauen ohne Geld“ bedeutet. PPP-Modelle für

kommunale Straßen dürfen nicht als reine Finanzierungsalternativen zu klassischen Haushaltsfinanzierungen gesehen werden, sondern stellen eine komplett andere Beschaffungsvariante zur herkömmlichen Eigenrealisierung dar.

Erstes kommunales Pilotprojekt

Das deutschlandweit erste Pilotprojekt dieser Art wurde in der Stadt Harsewinkel in Nordrhein-Westfalen umgesetzt. Die Ortsumgehung Harsewinkel, eine gut 1 km lange kommunale Entlastungsstraße, wurde von einem privaten Partner geplant, gebaut und finanziert; darüber hinaus ist der PPP-Partner verpflichtet, die Straße 30 Jahre lang zu betreiben und zu unterhalten.

Zu diesem Projekt gehören acht kleinere Brückenbauwerke, zwei Kreisverkehre, ein Lärmschutzwall sowie die Einbindung eines Bahnübergangs. Der private Partner ist während der Betriebsphase für alle laufenden Reinigungs- und Unterhaltungsarbeiten, wie etwa Pflege der Grünflächen und Winterdienst, zuständig und neben

„Die Mittel für die Städtebauförderung werden immer weiter reduziert, derweil ist das eine der wichtigsten Finanzquellen für uns. Dabei haben wir hier eine enorme Hebelwirkung: Ein Euro Städtebauförderung führt zu sieben Euro an weiteren Investitionen!“

Josef Steigenberger, 1. Bürgermeister der Gemeinde Bernried und stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern des Bayerischen Gemeindetages, anlässlich der Baurunde Oberbayern/Schwaben am 10. November 2010 im Kloster Irsee

„Auch im kommunalen Straßenbau sind der Situation angepasste, kostengünstige Lösungen gefragt, die wir selbstverständlich auch fördern. Darüber hinaus haben wir mit PPP schon sehr gute Erfahrungen beim Staatsstraßenbau gemacht. Dies sollte auch bei Kommunalstraßen eine gute Möglichkeit bieten.“

Ministerialrat Dr.-Ing. Bernd Zanker, Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, anlässlich der Baurunde Franken am 18. Mai 2010 im Kloster Banz



beziehung privater Partner sollen projektbezogene Effizienz- und Kostenvorteile realisiert und damit auch der bestehende Investitionsstau in der kommunalen Infrastruktur schneller abgebaut werden.

Effizienzvorteile

Bei der Anwendung von PPP für kommunale Straßen kann davon ausgegangen werden, dass Effizienzvorteile des privaten Anbieters durch eine optimierte Bauausführung und vor allem durch innovative und optimierte Erhaltungskonzepte erzielt werden können.

Erfolgsfaktoren für PPP-Modelle im kommunalen Straßenbau

Durchsetzbarkeit

- Politischer Konsens bezüglich der Notwendigkeit der straßenbaulichen Maßnahme
- Klare Zuständigkeitsverteilung und gemeinsames Problemverständnis unter Projektträgern der öffentlichen Hand

Projektvorbereitung

- Abstimmung der Verfahrensstränge Planung, Förderung und Vergabe
- „Optimale Planungsreife“
- Die Haushaltsvertraglichkeit ist zu prüfen
- Sicherstellung der detaillierten Datenverfügbarkeit
- Durchführung einer Straßenzustandsanalyse und Priorisierung der Maßnahmen für Unterhaltungsmodelle

Wirtschaftlichkeit

- Projektgröße
- Komplexität
- Leistungstiefe
- Marktfähigkeit
- Geeignetes Vergütungsmodell
- Straßenzustandsdefinition und -kontrolle bei Unterhaltungsmodellen

Quelle: BPPP - Bundesverband Public Private Partnership: PPP für kommunale Straßen; Hamburg 2007

rung detailliert festgeschrieben. Im Gegenzug erhält der PPP-Partner von der Stadt Harsewinkel ein Verfügbarkeitsentgelt, vergleichbar einer Miete. Eine Gebühr von den Benutzern der Straße wird nicht erhoben. Nach dem Baubeginn im Februar 2007 wurde die Straße bereits im November 2007 fertig gestellt und dem öffentlichen Verkehr übergeben.

Das gesamte Projektvolumen beträgt rund 5,7 Mio. €. Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz konnten erfolgreich eingebunden werden.

Ein komplettes Kreisstraßennetz als PPP

Eine weitere, in ganz Deutschland viel beachtete Vorreiterrolle für den PPP-Einsatz bei der Ertüchtigung und den rund 25 Jahre umfassenden Erhalt des gesamten Kreisstraßennetzes hat der Kreis Lippe in Nordrhein-Westfalen übernommen.

Im Rahmen dieses bisher einzigartigen PPP-Pilotprojekts wurden dem privaten Partner die Sanierung (im anfänglich notwendigen Umfang von knapp 200 km) sowie die bauliche Erhaltung des 436 km umfassenden Kreisstraßennetzes übertra-

gen. Konkret ist der Auftragnehmer für die langfristige bauliche Erhaltung des Kreisstraßennetzes zuständig, die genau definierte Maßnahmen der Instandsetzung bzw. Erneuerung umfasst. Im Gegensatz zu dem Projekt in der Stadt Harsewinkel bleibt der Kreis weiterhin für die betriebliche Unterhaltung des Straßennetzes (vor allem Bankettschneiden, Straßenreinigung, Winterdienst) verantwortlich. Diese Arbeiten werden auch weiterhin durch den kommunalen Baubetriebshof erledigt. Ebenfalls nicht Vertragsinhalt sind gegebenenfalls erforderlich werdende Um- und Ausbau- sowie Neubaumaßnahmen. Der Kreis Lippe bleibt Eigentümer der Kreisstraßen, darf jederzeit Weisungen erteilen, ist weiterhin öffentlich-rechtlich verantwortlich, erbringt selbst weiter die Betriebsdienste, entscheidet über Um- und Ausbau des Straßennetzes und partizipiert im bisherigen Umfang an Fördermitteln.

Kluge Risikoverteilung

Die Wirtschaftlichkeit dieses Projekts soll vor allem durch eine kluge Risikoverteilung zwischen Kreis und privatem Partner sicherge-



stellt werden. Hierbei gilt der Grundsatz, dass derjenige ein Risiko tragen soll, der es am besten handeln und damit am kostengünstigsten tragen kann. So trägt beispielsweise der Kreis Lippe das Risiko der Umstufung von Straßen oder das Risiko höherer Gewalt, der PPP-Partner unter anderem das Erhaltungsplanungsrisiko, das Schnittstellen- und Organisationsrisiko sowie das Leistungsausfallrisiko. Das Verkehrsänderungsrisiko wird geteilt.

Nach der im Vergabeverfahren durchgeführten abschließenden Wirtschaftlichkeitsberechnung soll sich über die gesamte Vertragslaufzeit eine Kostenersparnis von circa 9 bis 12 % der bisher herkömmlich eingesetzten Haushaltsmittel ergeben.

Aus der Sicht des Kreises Lippe profitiert dieser von einem solchen PPP-Konzept durch

- langfristige Planbarkeit der Kosten für sein gesamtes Straßennetz,
- funktions- und fachgerechte Ausführung der Bau- und Erhaltungsleistungen,
- bessere Verteilung und Steuerung der mit diesem Projekt verbundenen Risiken,
- Erhaltung des kommunalpolitischen Einflusses des Kreises mit dem Ergebnis von Kosten- und Qualitätsvorteilen zum Nutzen beider PPP-Projektpartner.

Erstes bayerisches PPP-Kommunalstraßenprojekt

Im Freistaat Bayern ist es eventuell die Gemeinde Weyarn im Landkreis Miesbach, die ein solches PPP-

Konzept für die grundhafte Erneuerung und den anschließenden baulichen Erhalt ihres 50 km umfassenden Gemeindestraßennetzes angehen möchte. Eventuell kann hier noch die eine oder andere Nachbarkommune mit ins Boot geholt werden.

Der Bayerische Bauindustrieverband steht schon seit geraumer Zeit wegen dieses potentiellen PPP-Projekts im kommunalen Straßenbau mit der Gemeinde Weyarn in Kontakt und unterstützt dieses wegweisende Pilotvorhaben im Freistaat tatkräftig.

Erfolgsfaktoren für PPP-Modelle im kommunalen Straßenbau

Die erfolgreiche Umsetzung von PPP-Projekten im kommunalen Straßenbau ist ohne das Vorliegen entsprechend positiver Rahmenbedingungen nicht möglich. Im Fokus stehen hier vor allem die drei nachfolgenden Faktoren:

• **Durchsetzbarkeit:** Sind die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass ein PPP-Modell im politischen und gesellschaftlichen Raum die notwendige Zustimmung erfährt?

• **Projektvorbereitung:** Wird für eine sorgfältige, alle Aspekte umfassende Projektvorbereitung Sorge getragen?

• **Wirtschaftlichkeit:** Erfüllen die zentralen Parameter des Modells die Voraussetzungen, die eine wirtschaftlich vorteilhafte Realisierung unter einer Lebenszykluskostenbetrachtung erwarten lassen? □

Verband schlägt Alarm

Deutlicher Rückgang bei Asphaltmischgut-Produktion

Im Jahr 2010 ging die Produktion von Asphaltmischgut im Vergleich zum Vorjahr um knapp 20 Prozent zurück, so jüngst eine Meldung des Deutschen Asphaltverbandes (DAV).

Wurden 2009 noch 55 Millionen Tonnen Asphalt produziert, stürzte der Wert im zurückliegenden Jahr auf 45 Millionen Tonnen ab und erreichte damit den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Als Hauptgrund für diesen Produktionseinbruch wurden die ausbleibenden Investitionen von Städten und Gemeinden benannt. Zu Beginn des Jahres 2010 war man noch von einem sehr viel moderateren Rückgang ausgegangen. Denn der schlechte Straßenzustand vor allem im kommunalen Bereich infolge des harten Winters 2009/2010 ließ die Asphaltindustrie auf höhere Investitionen hoffen. Die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen, um einen weiteren Wertverfall der Straßen zu verhindern, blieben allerdings aus. Bereits jetzt ist nach Schätzungen des ADAC jede zweite kommunale Straße beschädigt. Wenn in dieser Situation die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden, werde sich der Zustand des Straßennetzes weiter verschärfen, so der DAV. □

Kanalnetze – vergraben und oft vergessen

Ein schadhaftes Kanalnetz kann oft erhebliche Folgewirkungen haben. Hier auftretende Schäden sind damit sehr kostenträchtig. Auswirkungen eines geschädigten Kanalnetzes sind insbesondere:

- Exfiltration und Grundwasser. Abwasser aus undichten Kanälen verunreinigt Boden
- Infiltration Grundwasser fließt über un-

dichte Stellen in den Kanal und verursacht unnötig hohe Betriebskosten.

- Verschlechterung der Stand- und Betriebssicherheit

Bei schadhaften Kanälen besteht die Gefahr von Verstopfungen und Überschwemmungen wie z.B. durch einwachsende Wurzeln.

Außerdem kann durch undichte Stellen Erdreich in das Kanalnetz gelangen und zu Hohlraumbildung im angrenzenden Untergrund führen. Im schlimmsten Fall kommt es zu Straßeneinbrüchen.

- Wertminderung Ohne Instandhaltung und Pflege wird der Wert des Kanalnetzes auf Kosten der kommenden Generationen aufgezehrt und eine langfristige Nutzung gefährdet.

Auffälligkeiten, die klar auf einen schlechten Kanal-

zustand hindeuten:

- Viel Fremdwasser im Kanal
- Häufige Überflutungen
- Verstopfungen
- Wiederkehrendes Auftreten von Bodenmaterial im Kanal
- Geruchsbelästigungen durch Ablagerungen
- Kanal älter als 40 Jahre oder aus Phasen hoher Bautätigkeit
- Kanal, der vor Inbetriebnahme nicht geprüft und abgenommen wurde.

Verfahren zur Kanal- und Schachtsanierung

Um Kanäle oder Schächte zu sanieren, stehen zahlreiche Verfahren zur Verfügung. In Expertenkreisen werden die in Betracht kommenden Sanierungsverfahren in Reparaturen, Renovierungen oder Erneuerungen unterteilt.

Reparatur

Reparaturverfahren eignen sich zur Behebung örtlich begrenzter Schäden, wie z.B. Abdichtung von Rohrverbindungen, Abfräsen einragender Stützen, Ausfräsen und Verspachteln von Rissen



Bild: Firma Pfaffinger



**GEBRÜDER
WÖHL
GRUNDBAU**

**Königslachener Weg 36
86529 Schrobenhausen**

Tel.: 0 82 52 - 90 52 - 0

Fax: 0 82 52 - 90 52 - 50

bau@gebrueder-woehrl.de

www.gebrueder-woehrl.de

**Ihr starker
Partner im
Einsatz in:**

- Kanalbau
- Betonbau
- Wasserhaltung
- Rohrvortrieb
- Kranvermietung

- Baugrubensicherungen
- Rammarbeiten
- Verankerungen
- Bohrpfähle
- Kran-/Autokranarbeiten



Bild: Firma Kasseecker

oder Beseitigung von Wurzeleinwuchs. Zur Reparatur von Schäden an Kanälen von Durchmessern DN 200 bis DN 800 werden gerne Kanalsanierungsroboter eingesetzt, die mit unterschiedlichen Arbeitswerkzeugen bestückt werden können.

Renovierung

Renovierungsverfahren werden immer haltungsweise, also zwischen zwei Schächten, durchgeführt. Sie eignen sich deshalb auch für größere Schäden oder zahlreiche Einzelschäden. Renovierungsverfahren verkleinern den Kanalquerschnitt. Daher ist vor-

ab zu prüfen, ob die hydraulische Leistungsfähigkeit des renovierten Kanals noch ausreicht. Einige Verfahren können auch die Standsicherheit des Kanals verbessern. Ein häufig eingesetztes Renovierungsverfahren ist das Schlauchlining, bei dem ein harzgetränkter Glasfaser- oder Nadelfilzschlauch in die Haltung eingezogen wird. Anschließend wird der Schlauch mit Luft- oder Wasserdruck an die Kanalwand gepresst. Wärme (Warmwasser, Dampf) oder UV-Licht führen dann zur Aushärtung des Harzes. Es entsteht eine dichte, selbsttragende Kunststoffrohrleitung im alten Kanal.

Erneuerung

Bei der Erneuerung wird ein alter Abwasserkanal durch einen neuen ersetzt. Die Erneuerung ist die flexibelste Sanierung, da Kanaltrasse, Rohrquerschnitt und -werkstoff sowie Bauweise nach den aktuellen Erfordernissen gewählt werden können. Gerade wenn künftig größere Abwassermengen abgeleitet werden sollen, bleibt meist nur noch die Erneuerung. Neben der Erneuerung in offener Bauweise stehen grabenlose Verfahren zur Verfügung.

Diese sind vor allem im Bereich von Hauptverkehrsstraßen und Innenstädten vorteilhaft, da sie die oberirdische Infrastruktur nur geringfügig beeinflussen. Außerdem sind sie bei großen Kanaltiefen häufig kostengünstiger. Ein Beispiel ist das Berstlining. Bei diesem Verfahren wird hinter dem Berstkopf, der das Altrohr zerstört und in das umgebende Erdreich verdrängt, gleichzeitig das neue Kanalrohr mit eingezogen.

Bauausführung

Zur erfolgreichen Umsetzung der gewählten Sanierungsmaßnahme gehören insbesondere folgende Erfolgsfaktoren:

- Eignung der Firmen: Planer und ausführende Firma müssen ihre Eignung z.B. durch Referenzen, Maßnahmen der Qualitätssicherung sowie Aus- und Fortbildungen der eigenen

„Wir bräuchten in den Kanalnetzen eigentlich eine Erneuerungsquote von 1,5 - 2%. Tatsächlich liegen wir aber unter 1%!“

Ministerialrat Michael Haug, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, anlässlich der Baurunde Oberbayern/Schwaben am 10. November 2010 im Kloster Irsee

„Dabei bräuchten wir das Geld viel dringender für den kommunalen Straßenbau und die Leitungssanierungen bei Wasser und Abwasser.“

Siegfried Erhard, 1. Bürgermeister der Gemeinde Oerlenbach und stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Unterfranken des Bayerischen Gemeindetages, anlässlich der Baurunde Franken am 18. Mai 2010 im Kloster Banz

Mitarbeiter nachweisen.

- Bauüberwachung: Insbesondere technisch anspruchsvolle Sanierungsverfahren erfordern eine intensive Begleitung und Kontrolle, um den Sanierungserfolg sicherzustellen.

- Fremdüberwachung: Unabhängige Fachleute und Prüflabore überwachen u.a. die eingesetzten Materialien und deren Eigenschaften.

- Abnahme: Die ordnungsgemäße Ausführung aller Leistungen wird von der Kommune, z.B. durch Dichtheitsprüfung und Kamerabefahrung, endgültig geprüft und abgenommen.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU); Leitfaden zur Inspektion und Sanierung kommunaler Abwasserkanäle; Augsburg, 2010.

Kanalsanierung - Ein gutes Konzept hilft Kosten sparen

Übersicht der Sanierungsarten sowie Anwendungsbeispiele

Sanierungsart	Anwendungsgebiet	Beispiel	Wirtschaftlichkeit
Reparatur	Punktuelle, örtlich begrenzte Schäden	Abdichtung einer Rohrverbindung mit Roboter	- Geringe Kosten - Geringe Nutzungsdauer ca. 2 - 15 Jahre
Renovierung	Streckenschäden (z. B. lange Risse) oder zahlreiche Einzelschäden (z. B. undichte Muffen)	Auskleidung einer ganzen Haltung mit einem harzgetränkten Glasfaserschlauch	- Mittlere Kosten - Mittlere Nutzungsdauer ca. 25 - 50 Jahre
Erneuerung	Gesamter Kanal ist stark geschädigt oder hydraulische Leistungsfähigkeit soll erhöht werden	Erneuerung einer Haltung in offener Bauweise	- Hohe Kosten - Hohe Nutzungsdauer ca. 50 - 100 Jahre

Quelle: Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)

Netzdienstleistungen für Leitungsbau-Unternehmen in der Wasserversorgung

Das maßgebliche technische Regelwerk für Wasserverteilungsanlagen ist die Arbeitsblattreihe W 400 des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.) „Technische Regeln Wasserverteilungsanlagen (TRWW)“. Dort sind Planung, Bau, Prüfung, Betrieb und Instandhaltung von Wasserverteilungsanlagen geregelt. Das DVGW-Arbeitsblatt W 400-3 beschreibt alle Tätigkeiten, die sich mit den Bereichen Betrieb und Instandhaltung von Wasserverteilungsanlagen für die Trinkwasserversorgung befassen.

Wasserverteilungsanlagen werden im Sinne des DVGW-Arbeitsblattes W 400-3 unter folgenden Gesichtspunkten betrieben und instandgehalten:

- Bereitstellung von Trinkwasser in hygienisch einwandfreier Qualität, in erforderlicher Menge und mit ausreichendem Druck,
- störungsminimierte Wasserlieferungen,
- Einhalten der geltenden Rechtsvorschriften und der anerkannten Regeln der Technik,
- nachhaltige Versorgung

auf Grundlage der Erhebung und der technischen Bewertung des Zustandes der Anlagen.

Versorgung gewährleistet

Um diese Forderungen pflichtgemäß erfüllen zu können, müssen Betriebs- und Instandhaltungsziele definiert und umgesetzt werden. Solche Betriebs- und Instandhaltungsziele sind im DVGW-Arbeitsblatt W 400-3

ausführlich beschrieben und reichen von Wasserqualität, Druckniveau über Nutzungsdauer bis zur Umweltverträglichkeit. Diese Festlegungen dienen der Erreichung der einzelnen Betriebs- und Instandhaltungsziele und sollen negative Auswirkungen aufgrund möglicher Gefährdungen der Versorgungssicherheit vermeiden.

Gefährdungen

Gefährdungen können beispielsweise entstehen durch:

- Fehldimensionierung,
- falsche Werkstoff- oder Bauteilwahl,
- ungeeignete oder fehlerhafte Konstruktion oder Bauausführung,
- unsachgemäße Instandsetzungs- oder Wartungsmaßnahmen im Kontakt mit

Trinkwasser,

- unsachgemäße Inbetriebnahmen oder Wiederinbetriebnahmen,
- fehlerhafte Anlagendesinfektion im Rohrnetz etc.

Strategien zur Instandhaltung

Es gibt unterschiedliche Instandhaltungsstrategien, die im DVGW-Arbeitsblatt W 400-3 wie folgt erläutert werden:

- **Ausfallstrategie** - Ereignisorientierte Instandhaltung:

Bei der Ausfallstrategie erfolgt die Instandsetzung nur als Reaktion auf eingetretene Schadensfälle bzw. auf externe Ereignisse oder Maßnahmen. Der Einsatz zur Schadensbeseitigung wird den langfristigen Zielen



Umweltgerechte Lösungen.
Innovative Techniken.

Bau . Dienstleistung . Innovation . Betrieb
www.max-boegl.de

Ver- und Entsorgung . Hochbau . Schlüsselfertiges Bauen
Betonfertigteile . Stahl- und Anlagenbau . Brückenbau
Verkehrswegebau . Tunnelbau . Umwelttechnik
Fahrwegtechnologie



MAX BÖGL

Fortschritt baut man aus Ideen.

Max Bögl Bauunternehmung GmbH & Co. KG
Postfach 11 20 · 92301 Neumarkt
Telefon +49 9181 909-0
Telefax +49 9181 905061
info@max-boegl.de



Bild: Firma Pfaffinger

eines Trinkwasserversorgers nicht gerecht, denn sie kann mangelnde Betriebssicherheit, hohe Wasserverluste, erhöhte Schadensraten, eine Verschlechterung der Wasserqualität sowie den vorzeitigen Substanz- und Werteverlust der Verteilungsanlagen nach sich ziehen. Die Instandhaltungskosten bei dieser Strategie sind zwar kurzfristig geringer, aber langfristig überproportional hoch.

• **Präventivstrategie** - Vorbeugende und intervallorientierte Instandhaltung:

Dieser Strategieansatz sieht Wartungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in definierten Zeitabständen vor. Dabei wird der Ist-Zustand der Wasserverteilungsanlagen allerdings nicht berücksichtigt, wodurch überhöhte Instandhaltungskosten entstehen können, so dass der Einsatz dieser Strategie in der Regel nicht wirtschaftlich ist.

• **Inspektionsstrategie** - Vorbeugende und zustandsorientierte Instandhaltung:

Im Rahmen dieser Strategie werden für die Festlegung der Instandhaltungsmaßnahmen der festgestellte Ist-Zustand sowie die Entwicklungstendenzen der Anlagen im Vergleich zu einem definierten Soll-Zustand herangezogen.

Die Instandhaltung nach der Inspektionsstrategie ist daher langfristig angelegt und gewährleistet so den effektiven und wirtschaftlichen Einsatz der Mittel für die Instandsetzung. Die Kosten ergeben sich in Abhängigkeit des tatsächlichen Instandhaltungsbedarfs.

Inspektion der Wasserversorgung

Wasserversorgungsanlagen sind demnach zustandsorientiert im Rahmen einer Inspektionsstrategie in Stand

zu halten, wofür das DVGW-Arbeitsblatt W 400-3 folgende Hinweise gibt:

• Sorgfältige und systematische Dokumentation und Auswertung aller Ereignisse

Verteilung und Entwicklung der Wasserverluste,

• Kenntnis über Wasserqualität und deren mögliche Veränderung im Rohrnetz.

Qualitätsorientierung bei Planung und Prozessabläufen

Im Hinblick auf eine wirtschaftliche und qualitätsorientierte Planung der erforderlichen Prozessabläufe sollen nach dem DVGW-Arbeitsblatt W 400-3 unter anderem folgende Punkte berücksichtigt werden:

• Optimierte Instandhaltungsplanung,
• regelmäßige Rohrnetzüberprüfung und Wasserverlustbeurteilung,
• Einsatz von geeigneten Verlegeverfahren und langlebigen Rohrwerkstoffen,
• Kooperation mit anderen Unternehmen,
• Optimierung des Bereitschaftsdienstes,
• effektiver Personaleinsatz und effiziente Aufgabenerledigung
• bedarfsgerechte Materialwirtschaft (Beschaffung und Lagerhaltung).

Bietereignung

Vor dem Hintergrund dieser anspruchsvollen Netzdienstleistungen, mit denen ein kommunaler Wasserversorger ein Leitungsbauunternehmen beauftragen kann, wird deutlich, dass hierfür nur qualifi-

„Was notwendig ist, muss gemacht werden! Die Wasser- und Abwasseranlagen sind oft das größte Anlagekapital in den Kommunen. Ihr ordnungsgemäßer Zustand ist sicher zu stellen. Letztlich dient er dem Schutz der Umwelt und dem Erhalt des Vermögens. Zudem sind die Wasserver- und die Abwasserentsorgung kostendeckende Einrichtungen, die der Bürger über Gebühren bezahlt.“

Georg Riedl, 1. Bürgermeister der Stadt Pfarrkirchen und Vorstandsmitglied im Bayerischen Städtetag, Vorsitzender der kreisangehörigen Städte des Bezirksverbandes Niederbayern des Bayerischen Städtetages, anlässlich der Baurunde Ostbayern am 25. Februar 2010 im Kulturspeicher Regensburg.

und Maßnahmen,

• genaue Zuordnung und Beobachtung der Kosten über eine detaillierte Abrechnung,
• zeitnah geführte Rohrnetz-Dokumentation,
• zeitnah geführte Schadensstatistik,
• Kenntnis über die Höhe,

zierte Rohrleitungsbaubetriebe in Betracht kommen. Deshalb kommt der Prüfung der Bietereignung durch den Auftraggeber große Bedeutung zu. □

Quelle: Rohrleitungsbauverband rbv: Netzdienstleistungen für Leitungsbauunternehmen; Köln, 2011.

Bieterqualifikation höheren Stellenwert einräumen

Aus guten Gründen sollen öffentliche Aufträge nur an geeignete Auftragsbewerber vergeben werden: Zum einen wegen des Gebots, mit dem Steuer- bzw. Gebührenaufkommen der Bürger sparsam umzugehen; zum anderen aufgrund des Anliegens des Auftraggebers, mangelfreie und qualitativ hochwertige Leistungen zu erhalten.

Deshalb sollen die Auftraggeber auf eine entsprechende Eignung der Bieter achten und zu diesem Zweck deren Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit prüfen (§ 6 Abs. 3 VOB/A 2009). Leider wird in der Vergabepraxis seit Jahren auf die erforderliche Eignung der Bieter viel zu wenig Wert gelegt und der Zuschlag fast regelmäßig auf das billigste Angebot erteilt. Um dieser permanenten ruinösen Billigstpreisvergabe entgegen-

zutreten, plädiert die Auftragnehmerseite schon seit geraumer Zeit dafür, gerade auch im Leitungsbau der Bieterreignung einen viel höheren Stellenwert einzuräumen.

Lebensmittel Trinkwasser

Gerade wenn es um das wichtige Lebensmittel Trinkwasser geht, dürfte für jedermann klar sein, dass bei Bau-, Sanierungs-, Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten



in der Wasserversorgung nur Firmen zum Zuge kommen sollten, die eine technisch einwandfreie Errichtung und Erhaltung von Rohrleitungen sicherstellen.

Eignungsnachweis

Um dies zu gewährleisten, ist es geboten, dass Leitungsbaunternehmen ihre organisatorische, personelle und

technische Eignung nachweisen können.

Als Nachweis der fachlichen Qualifikation von Rohrleitungsbauunternehmen für Gas und Wasser haben sich die Zertifizierungen nach dem Arbeitsblatt GW 301 – Qualifikationskriterien für Rohrleitungsbauunternehmen des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) – bewährt.



FW 1: ku, st



W 1: ge, ku, pe, st
G1: ge, pe, st



Gruppe: AK 1



Als renommierter Bauspezialist können unsere Kunden auf einzigartige Erfahrungswerte, eingespielte Expertenteams und übergreifendes Know-how in allen relevanten Bauleistungsparten vertrauen.

KASSECKER - Ihr kompetenter Partner rund um den Bau

- Allgemeiner Tiefbau
- Rohrleitungsbau
- Fernwärme
- Spezialtiefbau
- Ingenieurtiefbau
- Sanierungen
- Bahnbau
- Stahl- und Metallbau
- Industriebau
- Büro- und Verwaltungsimmobilien
- Gesundheitszentren
- Hotels und Schulen



Franz KASSECKER GmbH
Egerer Straße 36
95652 Waldsassen

Tel. 09632 / 501-0
Fax 09632 / 501-290
info@kassecker.de
www.kassecker.de



Zertifizierung

Die Zertifizierung nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301 gilt für Rohrleitungsarbeiten bzw. das Arbeiten an in Betrieb befindlichen Rohrleitungen. Im Zertifizierungsumfang sind Einbinde-, Anschluss- und Verbindungsarbeiten für die im Zertifikat aufgeführten Gruppen, Betriebsdrücke, Nennweiten und Werkstoffe eingeschlossen.

Eignungskriterien ... bei Wasser

Das Arbeitsblatt GW 301 sieht für den Rohrleitungsbau im Bereich Wasser folgende Zertifizierungen vor:

- **W 3** Wasserrohrleitungen für Betriebsdrücke bis 16 bar und Nennweiten bis DN 300
- **W 2** Wasserrohrleitungen für alle Drücke und Nennweiten bis DN 400
- **W 1** Wasserrohrleitungen für alle Drücke und Nennweiten (aus den Werkstoffen Stahl, Gusseisen und Kunststoff).

... bei Abwasser

Für den Bereich der Abwasserleitungen und -kanäle finden sich in der Gütesicherung Kanalbau RAL GZ 961 detaillierte Anforderungen an die Fachkunde und Leistungsfähigkeit der Bieter, insbesondere Anforderungen an Erfahrung und Zuverlässigkeit des Unternehmens, an Personal, Einrichtungen und Geräte, Nachunternehmer und Eigenüberwachung.

sigkeit des Unternehmens, an Personal, Einrichtungen und Geräte, Nachunternehmer und Eigenüberwachung.

Gütezeichen für Beurteilungsgruppen

Mit einem Gütezeichen der Beurteilungsgruppen AK 3 bis AK 1 weisen Firmen nach, dass sie die für die jeweils definierte Bauaufgabe nötige Qualifikation besitzen:

- **AK 3:** Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen aller Werkstoffe in Nennweiten kleiner/gleich DN 250 in offener Bauweise und mit den dazugehörigen Schächten bis zu einer Tiefenlage von 3 m;
- **AK 2:** Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen aller Werkstoffe in Nennweiten kleiner/gleich DN 1200 in offener Bauweise mit den dazugehörigen Bauwerken bis zu einer Tiefenlage von 5 m
- **AK 1:** Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen aller Werkstoffe und Nennweiten, insbesondere auch in Tiefenlagen größer 5 m mit den dazugehörigen Bauwerken in offener Bauweise unter erschwerten Bedingungen

Die Berechtigung zur Forderung eines Eignungsnachweises nach RAL GZ 961 ergibt sich aus § 6 Abs. 3 Nr. 3 VOB/A 2009.



Bild: Firma Kassecker

Protokoll VOB- Stellen-Gespräch

Auf Veranlassung des Bayerischen Bauindustrieverbandes hat die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern im 32. Informationsgespräch VOB-Stellen am 6. Juli 2010 den Nachweis der Bietereignung mit der DVGW-Bescheinigung GW 301 bzw. mit dem RAL-Gütezeichen GZ 961 unterstrichen und hierzu in dem Protokoll über dieses VOB-Stellen-Jahres-

gespräch folgendes festgehalten:

„Wie bei sämtlichen öffentlichen Bauaufträgen sollen auch im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung nur geeignete Firmen für die Zuschlagserteilung in Betracht kommen. Im Bereich der Wasserversorgung kann die Bietereignung unproblematisch mit der DVGW-Bescheinigung GW 301 und im Bereich der Abwasserentsorgung mit dem RAL-Gütezeichen GZ 961 ‚Güteschutz Kanalbau‘ nachgewiesen werden.“

Eignungsnachweis

Es ist vergaberechtlich zulässig, dass der Auftraggeber diese beiden Bescheinigungen als geeignete Nachweise für die geforderte Eignung in die Ausschreibung aufnimmt, wenn er die Möglichkeit einräumt, die geforderte Eignung auch anderweitig nachweisen zu können.

In der Praxis kommt es auf den Einzelfall an, welche Anforderungen an die Eignung in der Ausschreibung gestellt werden und ob anderweitige Nachweise diese erfüllen (Detailuntersuchung verschiedener Nachweise).“

Quelle: bbr – Fachmagazin für Brunnen- und Leitungsbau 2/2011

In Franken zu Hause ...

- erdverlegter Rohrleitungsbau
- grabenloser Rohrleitungsbau
- Wassertechnik/Anlagenbau

ROTEC
Rohrtechnik GmbH

Am Pestalozziring 18 · 91058 Erlangen · Tel.: 09131/61664-0
Fax.: 09131/61664-23 · www.rotec-erlangen.de



Bild: Firma Mennicke

Landtags-Beschluss zur Abwasserentsorgung

Bayerischer Landtag befasst sich mit Rückstellungen für Sanierungsmaßnahmen in der kommunalen Abwasserentsorgung

Auf Antrag von CSU und FDP hat der Bayerische Landtag am 17. März 2011 folgenden Beschluss (Drucksache 16/8008) gefasst:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit schriftlich zu berichten, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf für die Bildung von zweckgebundenen „Rückstellungen“

zur Finanzierung von wirtschaftlich vernünftigen Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen der örtlichen Abwasserentsorgung besteht und welche Abhilfemöglichkeiten ggf. in Betracht kommen. Dabei ist

insbesondere darauf einzugehen, wie sichergestellt werden kann, dass keine Gebührenüberforderung von Bürgern und Wirtschaft eintritt, und welche weiteren Aspekte (z.B. Zweckbindung, Verwendungsfrist, Verwendungspflicht, Verzinsung, Auswirkungen auf Beitragserhebungen und steuerliche Fol-

gen) beachtet werden müssen. Falls möglich, wird für jeden Lösungsvorschlag um eine bezifferte Folgenabschätzung unter besonderer Berücksichtigung der zu erwartenden Auswirkungen auf die Höhe der Abwassergebühren gebeten.“

LfU-Gutachten als Begründung

Begründet wird diese politische Initiative im Bayerischen Landtag von CSU/FDP damit, dass die Abwasserkanäle vieler Kommunen teilweise sanierungsbedürftig seien. Nach einem vom Landesamt für Umwelt in Auftrag gegebenen Gutachten seien 15,6 % des kommunalen Abwasserkanalnetzes betroffen. Für die Sanierung werde mit Gesamtkosten von mindestens 3,6 Mrd. Euro gerechnet.

Größere Spielräume für Rückstellungen

Nachdem eine finanzielle staatliche Anschubfinanzierung aufgrund der aktuellen Haushaltssituation in absehbarer Zeit unrealistisch sei, sei zu prüfen, auf welche Weise den Gemeinden größere Spielräume für die Bildung von zweckgebundenen Rückstellungen ermöglicht werden könnten, ohne dass Bürger und Wirtschaft benachteiligt würden. □

Pfaffinger

Ein leistungsstarker Partner



Josef Pfaffinger Bauunternehmung GmbH

Wiener Str. 35 · 94032 Passau · Tel 0851 3 90-0 · Fax 0851 3 90 29
www.pfaffinger.com · info@pfaffinger.com

Immer für Sie da

- Hochbau
- Ingenieurbau
- Rohrleitungsbau
- Rohrnetz- & Sanierungstechnik
- Drill- & Energietechnik
- Industrie- & Energietechnik

Immer vor Ort

- Passau
- Leipzig
- Berlin
- Leuna
- Stuttgart
- Österreich
- Rumänien



Rechtsgrundlagen für die Überwachung und Sanierung von Abwasseranlagen

Das in Bayern aktuell geltende Wasserrecht (Wasserhaushaltsgesetz des Bundes, Bayerisches Wassergesetz) nimmt die Betreiber von Abwasseranlagen umfassend in die Pflicht. Das Ziel: Mehr Selbstverantwortung des Abwasseranlagenbetreibers und mehr Transparenz, was den Zustand der Abwasseranlagen betrifft.

Nach § 60 Abs. 1 WHG zu unterhalten, dass die An- sind Abwasseranlagen so zu forderungen an die Abwas- errichten, zu betreiben und serbeseitigung eingehalten



Bild: Firma Kassecker

werden. Abwasseranlagen dürfen nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden. Dies gilt für die öffentliche Sammelkanalisation, die Grundstücksanschlüsse und die Grundstücksentwässerungsanlagen, die vor allem dicht und standsicher sein müssen. Entsprechen vorhandene Abwasseranlagen nicht diesen Anforderungen, so sind die erforderlichen Maßnahmen innerhalb angemessener Fristen durchzuführen (§ 60 Abs. 2 WHG).

Verpflichtungen des Betreibers

Gemäß § 61 Abs. 2 WHG ist der Betreiber einer Abwasseranlage verpflichtet, ihren Zustand, ihre Funktionsfähigkeit, ihre Unterhaltung und ihren Betrieb sowie Art und Menge des Abwassers und der Abwasserinhaltsstoffe selbst zu überwachen. Da die Bundesregierung von der Möglichkeit, eine entsprechende Ausführungsverordnung zu erlassen, bisher keinen Gebrauch gemacht hat, gilt in

Bayern bis auf weiteres die Eigenüberwachungsverordnung (EÜV) vom 20. September 1995 fort.

Art und Häufigkeit der Überwachung

In der EÜV sind Art und Häufigkeit der Überwachung verschiedener Anlagenteile geregelt, z.B. eine eingehende Sichtprüfung der Kanäle einmal in 10 Jahren. Nach wie vor fehlt es jedoch an einem strikten und flächendeckenden Vollzug der EÜV, da bis heute lediglich ca. zwei Drittel der bayerischen Kanalnetze entsprechend überprüft worden sind.

Abwasserkataster

Das Gleiche gilt für die im Bayerischen Wassergesetz befindliche Vorschrift zum Abwasserkataster (Art. 54). Danach muss jeder Betreiber einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage ein Abwasserkataster führen, das aus dem Kanalkataster und dem Einleiterkataster besteht.

Zustand der Anlagen

Aus dem Kanalkataster muss sich unter anderem der Zustand der Anlagen ergeben, das heißt, es lässt sich daraus auch ein notwendiger Sanierungsbedarf ableiten. Eine Regelung jedoch, die –

Schnell. Kompetent. Zuverlässig.

Um welches Rohrleitungsprojekt es auch geht – Mennicke bietet die passenden Lösungen.

Mennicke hat sich darauf spezialisiert, in den Bereichen Versorgung und Entsorgung unter Einsatz modernster Technologien wirtschaftliche und umweltfreundliche Lösungen zu schaffen.

Durch unsere personellen und technischen Ressourcen sind wir in der Lage, Projekte jeder Dimension zu realisieren.

Tel.: 09 11/36 07-278, Fax 09 11/36 07-406



MENNICKE
Rohr- u. Anlagenbau

Rollnerstraße 180
90332 Nürnberg

obwohl sie im Gesetz steht – in der Praxis bisher nicht ausreichend Beachtung findet.

Wasserhaushaltsgesetz des Bundes

Das am 1. März 2010 in Kraft getretene neue Wasserhaushaltsgesetz des Bundes enthält auch eine Vorschrift, die wohl langfristig das Ende der Mischkanalisation einläutet. Nach § 55 Abs. 2 WHG soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Keine neuen Mischkanalisationen

Während die bestehenden Mischkanalisationen wohl grundsätzlich im bisherigen Umfang weiter betrieben und auch saniert werden dürfen, wird man bei der Neuerrichtung von Abwasseranlagen an dieser gesetzlichen Vorgabe

wohl nicht vorbeikommen.

Straftatbestand Gewässerverunreinigung

Schließlich müssen sich Betreiber von Abwasseranlagen stets vor Augen halten, dass die Verunreinigung eines Gewässers durch den Betrieb undichter Kanäle einen Straftatbestand nach § 324 StGB darstellt. Ein vorsätzlicher Verstoß gegen diese Vorschrift kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe geahndet werden. Handelt der Täter fahrlässig, so droht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine entsprechende Geldstrafe.

Eine pflichtgemäße Kanalüberwachung ist unabdingbar

In Anbetracht dieses bestehenden Rechtsrahmens kann der Rat an kommunale Abwasseranlagenbetreiber nur lauten: das Kanalnetz pflichtgemäß zu überwachen und – soweit erforderlich – nachhaltig zu sanieren. Untätigkeit in diesem Bereich kann nicht mit klammen Kommunalhaushalten begründet



Kanalsanierung ist Vertrauenssache.

Als erfahrener Spezialist für Kanalsanierungen in geschlossener Bauweise überzeugen wir durch ingenieurtechnisches Know-how. Zuverlässige Qualitätsarbeit sichert den Partnern wirtschaftliche Projekte. Das umfangreiche, technische Leistungspaket enthält einzigartige Sondertechniken. Mit regionalen Niederlassungen in **München, Kempten, Aschaffenburg, Stuttgart** und **Bochum** ist Kundennähe garantiert. www.geiger-kanaltechnik.de

Geiger Kanaltechnik GmbH & Co. KG
Felix-Wankel-Straße 1 · 82152 München/Krailling
Telefon +49 89 8950800-0
Telefax +49 89 8950800-22

geiger

werden, da solche Maßnahmen vollständig über Beiträge und Gebühren der Bürger zu finanzieren sind. □

Quelle: Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU): Leitfaden zur Inspektion und Sanierung kommunaler Abwasserkanäle; Augsburg, 2010.



Best-Practice-Fallbeispiel:

Close-Fit-Liner-Verfahren

Innovativ, kostengünstig, umweltschonend

Seit fast 100 Jahren sorgt der Zweckverband Marktheidenfeld für die Gewinnung von Trinkwasser für den eigenen Bedarf und einige weitere Gemeinden. Auch das Naturschutzgebiet Weihergrund zählt zu den Gewinnungsgebieten des Verbandes. Um die Trinkwasserqualität zu erhalten und eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten, müssen auch in Naturschutzgebieten Rohrleitungen zur Wassergewinnung regelmäßig gewartet und gegebenenfalls saniert werden.

Sanieren ohne Großbaustelle

Bei der Sanierung muss auf die zu schützende Natur besondere Rücksicht genommen werden. Daher setzten die Verantwortlichen in Marktheidenfeld auf den Einsatz eines Close-Fit-Liners, der eine schonende Methode, um Rohre zu erneuern, darstellt.

Kein großflächiges Aufgraben erforderlich

Das Ausgraben tiefer und langer Gräben entlang der verlaufenden Rohre ist bei der Anwendung dieses Verfahrens nicht notwendig. Eine einzelne Baugrube reicht bereits aus, um weite Rohrstrecken zu sanieren –

ideal für den Einsatz in einem Schutzgebiet. Zur Umsetzung der grabenlosen Erneuerung von PVC-Leitungen in den Nenngrößen DN 150 und 125 beauftragte der Zweckverband Marktheidenfeld ein versiertes Rohrbauunternehmen.

Die erforderlichen Sanierungsarbeiten umfassten die aus Tiefbrunnen bestehende Wassergewinnungsanlage sowie die schadhaften Brunnenleitungen zum Maschinenhaus.

Reibungsloser Ablauf

Im November und Dezember 2010 wurden vom Team der beauftragten Firma unter Einhaltung der strengen Umweltschutzvorgaben insgesamt 1.790 Meter Close-Fit-

Liner in die bestehenden PVC-Leitungen eingezogen. Aufgrund des eingesetzten Verfahrens konnte dies über punktuelle Baugruben geschehen. Zudem schweißte und verband der Leitungsbaubetrieb die Rohrleitungen.

Druckprüfung und bakteriologische Untersuchung

Um die Dichtheit der sanierten Leitungen zu überprüfen, wurde eine Druckprüfung durchgeführt. Nachdem sichergestellt war, dass die Rohre kein Wasser verlieren, wurden die Leitungen gespült.

Da es sich um Trinkwasserleitungen handelt, musste darüber hinaus vor der Inbetriebnahme durch eine bakteriologische Voruntersuchung geklärt werden, ob die Instandsetzungsarbeiten nicht zu Verunreinigungen des Wassers geführt hatten. Insgesamt sieben Mitarbeiter des Leitungsbaubetriebs arbeiteten 22 Tage an der Sanierung.

„Dabei dürften Investitionen in die Leitungsinfrastruktur an dieser Stelle gar nicht beeinflusst werden. Sie sind nämlich eigentlich auf Basis des Gebührenmodells kostendeckend zu kalkulieren und die hier anfallenden Schulden und Defizite zählen nicht zur Kommunalverschuldung.“

Gerhard Preß, 1. Bürgermeister der Stadt Rödentel und Vorsitzender der kreisangehörigen Städte des Bezirksverbandes Oberfranken des Bayerischen Städtetages, anlässlich der Baurunde Franken am 18. Mai 2010 im Kloster Banz

Close-Fit-Liner

Bei dem eingesetzten Close-Fit-Liner handelt es sich um ein rundes PE-Rohr, das maschinell in eine U-Form gebracht wird. Es kann zur Sanierung von Rohrleitungen aller Art in ein bestehendes Rohr eingezogen werden.

Vor dem Einziehen des PE-Liners ist zunächst die Reinigung der zu erneuernden Rohrleitungen erforderlich. Dann wird er mit einer Seilwinde in die Altleitung eingezogen.

Umweltschonendes Verfahren

Bei der abschließenden Erwärmung durch Wasserdampf kehrt das Rohr in seine ursprüngliche, runde Form zurück und passt sich so optimal an die Form des Altrohres an.

Das Ausheizen mit Wasser ist ein sehr umweltschonendes Vorgehen, da keinerlei Chemikalien eingesetzt werden müssen. Die Instandsetzung schadhafter Rohre mit Close-Fit-Linern ist dauerhaft und effizient. □



Bild: Firma Mennicke

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauindustrieverband e. V.

Redaktion:

Dr. Detlef Lupp und Jeanette Hübner

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171/9307-11, Fax 08171/805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Druck:

Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Public Private Partnership (PPP) / Öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP):

PPP für kommunale Leitungsinfrastruktur

Ein zukunftsträchtiges Konzept auch für Bau, Sanierung und Erhaltung der kommunalen Leitungsinfrastruktur

Eine sinnvolle Strategie für Maßnahmen in der Wasserver- und Abwasserentsorgung können auch PPP-Konzepte sein. Der hier propagierte Lebenszyklusansatz, d.h. Qualität und Effizienz über eine längere Vertragslaufzeit hinweg, kann auch im Bereich des Leitungsbaus zum Tragen kommen.

Damit kann ein PPP-Konzept im weitesten Sinn dazu beitragen, dass eine Bau- bzw. Sanierungs- oder Unterhaltungsmaßnahme im Bereich Wasser oder Abwasser schneller, kostengünstiger, nachhaltiger und auch partnerschaftlicher durchgeführt wird.

Entscheidungsgewalt bleibt bei der Kommune

Dabei ist klarzustellen, dass das PPP-Konzept nichts mit Privatisierung zu tun hat, denn die Verantwortung und Entscheidungsgewalt über die Maßnahme insgesamt bleibt nach wie vor bei der Kommune.

Im Rahmen eines solchen PPP-Konzepts handelt es sich lediglich um eine arbeitstechnische Entlastung der Kommune durch eine neue Aufgabenverteilung, indem sich diese einen kompetenten Dienstleister als Unterstützung zur Seite nimmt.

Kommunale Pflichtaufgabe

Die bayerischen Leitungsbaufirmen sind überhaupt nicht daran interessiert, die Wasser- bzw. Abwasserwirtschaft zu privatisieren. Im Gegenteil, die bayerische Leitungsbauindustrie tritt dafür ein, dass die Wasserver- und Abwasserentsorgung in Bayern eine kommunale Pflichtaufgabe bleibt.

Vertrag als Grundlage

Grundlage einer solchen langfristigen Zusammenarbeit zwischen Kommune und privatem Leitungsbauunternehmen ist ein Vertrag, der

die Rechte und Pflichten beider Partner beschreibt. Die letztendliche Entscheidungshoheit verbleibt in kommunaler Hand.

Vertragstypen

Zur Auswahl für derartige Projekte stehen unterschiedliche Vertragstypen, die sich im Hinblick auf Art und Umfang der Aufgabenüber-

sellschaftsrechtliche Kooperationskonzepte.

Langfristige Aufgaben- und Risikoverteilung

Diese verschiedenen Modelle bieten neben einer langfristigen und sinnvollen Aufgaben- und Risikoverteilung zwischen Kommune und privatem Partner in der Regel beachtliche Kostenvorteile gegenüber der herkömmlichen gesonderten Vergabe von Bau- bzw. Sanierungsaufträgen und dem sich daran anschließenden kommunalen Betrieb.

geber muss kein bzw. weniger Material und Personal vorhalten und sich nicht um Hard- und Softwareaktualisierungen kümmern.

- Die Leitungsbauunternehmen verfügen über ein spezielles Know-how. Die besondere Erfahrung mit den gängigen Eigenheiten oder Materialien der Branche oder die Kenntnisse im Umgang mit Schadensereignissen führen zu einer entsprechenden Projektoptimierung.

- Synergiepotenziale führen zu weiteren Kostenvorteilen, zum Beispiel bei Personaleinsatz, Bereitschaftsdienst oder Logistik.

Kommune bleibt Eigentümer

Unabhängig vom jeweiligen Modell bleibt die Kommune Eigentümer der Anlagen und ist rechtlich für die ordnungsgemäße Wasserver- und Abwasserentsorgung verantwortlich.



tragung auf den privaten Vertragspartner unterscheiden. Hierbei handelt es sich insbesondere um

- kombinierte Bau-, Sanierungs-, Instandhaltungs- und Wartungsverträge,
- Verträge über Vorhaltung und Einsatz von Bereitschafts- und Entstörungsdiensten,
- technische Betriebsführungsverträge,
- komplette Betreibermodelle und
- in geeigneten Fällen ge-

Es gibt hier keine allgemeingültige Standardlösung, sondern letztlich kann und soll ein Vertrag immer auf die jeweiligen Anforderungen und Bedürfnisse der Kommune abgestimmt werden.

Je nach gewähltem Vertragsmodell können sich sehr unterschiedliche und weitreichende Effizienzvorteile für die öffentliche Auftraggeberseite ergeben, zum Beispiel:

- Der öffentliche Auftrag-

Grundsätzlich sollte die Wahl des richtigen Modells unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, wie der Größe und dem Zustand des Leitungsnetzes oder des Gebührenaufkommens getroffen werden.

Auftragsbandbreite für Fachunternehmen

Im Hinblick auf Bauunterhalts- bzw. Betriebsleistungen im Bereich Abwasser

kann der private Vertragspartner beispielsweise damit beauftragt werden, das in dem festgelegten Entsorgungsgebiet anfallende Schmutz- und Niederschlagswasser zu sammeln und in der Kläranlage zu entsorgen.

Die Abwassersammlung und -ableitung, die Abwasserreinigung, die Sammlung und Aufbereitung anfallender Reststoffe sowie des Klärschlammes können in Anlagenteilen erfolgen, die dem privaten Partner von der Kommune zur Nutzung überlassen werden oder von dem privaten Betreiber zuvor neu erstellt bzw. saniert worden sind.

Betreibervertrag sichert volle Funktionsfähigkeit

Dem Betreiber können der Betrieb, die Instandhaltung und die Wartung des Schmutzwasserkanalnetzes und der Kläranlage übertragen werden. Dabei hat er die Anla-



gen stets in einem voll funktionsfähigen Zustand zu halten. Insbesondere ist jederzeit zu gewährleisten, notwendige Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen und Wartungs- sowie Reparaturarbeiten regelmäßig bzw. – soweit erforderlich – auch außerplanmäßig durchzuführen. Weiterhin können

zum Betreibervertrag – außer den Leitungen und der Kläranlage selbst – Sonderbauwerke wie Regenrückhaltebecken, Pumpwerke und Druckrohrleitungen gehören.

Ausschreibungen

Ausschreibungsverfahren zur Vergabe einer „Betriebs-

führung Trinkwasserversorgung“ oder zur „Vergabe der Planung, der Finanzierung, des Baus und des Betriebs des Schmutzwasserbeseitigungssystems und der Trinkwasserversorgung für eine Gemeinde in privatrechtlicher Betriebsform“ sollten auch in Bayern zukünftig keine exotischen Einzelfälle bleiben. □

Bau-Werte. Nachhaltig.

Werte bewahren und ausbauen.

Unsere gebaute Umwelt – Hochbauten wie Tiefbauten – ist ein bedeutender Teil unseres Volkvermögens: Werte, die es zu achten und zu erhalten gilt.

Bauen ist ein wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeit.

Das Nachhaltigkeitsgebot verlangt, unsere Umwelt – sowohl Natur wie Bauwerke – so zu erhalten, dass unsere Nachkommen mindestens so gut leben können wie wir heute.

Nachhaltigkeit für morgen erfordert Bau-Investition heute!



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
80331 München Oberanger 32
Postfach 100361 80077 München
Telefon +49 89 235003-0 Fax -70
info@bauindustrie-bayern.de
www.bauindustrie-bayern.de

Für weiterführende Informationen, fachliche Beratung zu den behandelten Themen oder zur Vermittlung von Firmenkontakten steht Ihnen der Bayerische Bauindustrieverband e.V. gerne zur Verfügung. □